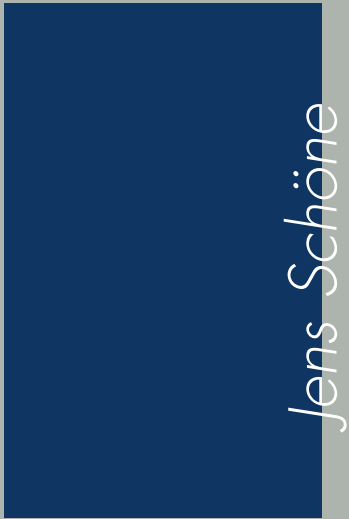


(Fotos: Bundesarchiv)



Die Landwirtschaft 1945 der DDR 1990

ISBN 3-931426-90-4



Die Landwirtschaft der DDR 1945 – 1990

Jens Schöne

Jens Schöne, landwirtschaftliche Ausbildung, Studium der Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik in Berlin, 2004 Promotion. Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR und ihren Folgen, u.a. Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945 – 1950/51, Stuttgart 2000; Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, Berlin 2004.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

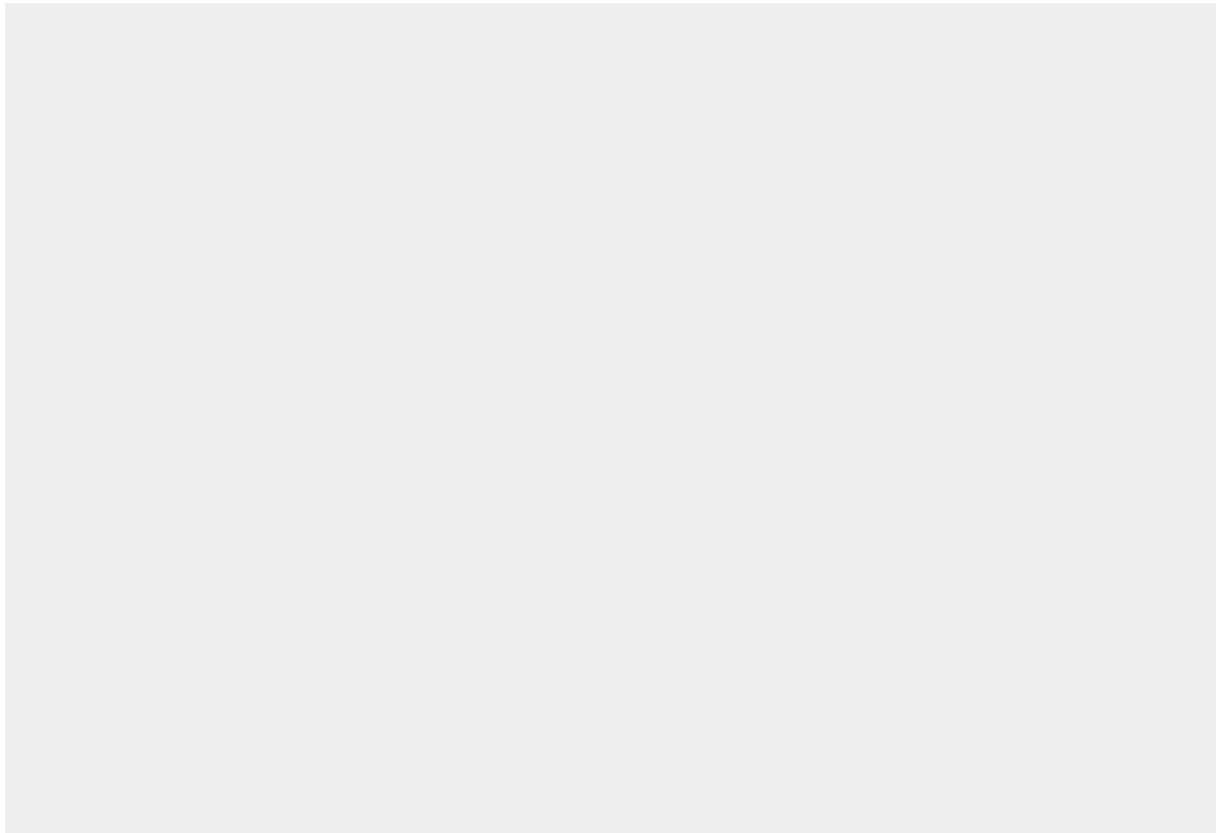
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, www.thueringen.de/de/lzt
2005

ISBN 3-931426-90-4

Inhalt

Einführung	5
Die Vierzigerjahre: Bodenreform und Klassenkampf	9
Kriegsende und Landwirtschaft	10
„Junkerland in Bauernhand“. Die Bodenreform	12
Klassenkampf auf dem Lande	18
Die Fünfzigerjahre: Kollektivierung	23
Von Moskau nach Merxleben. Die ersten LPG	24
Der 17. Juni 1953	25
Die „Vieweg-Theorie“ und ihre Folgen	30
Zwangskollektivierung. Der „sozialistische Frühling“ auf dem Lande	32
Die Sechzigerjahre: Industrialisierung	37
Zwangskollektivierung und Mauerbau	38
Schwierige Konsolidierung	42
Der Übergang zu „industriemäßigen Produktionsmethoden“	45
Die Siebzigerjahre: Spezialisierung	51
Großraumbwirtschaft. Die Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion	52
Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion	56
Soziale Realität. Aspekte dörflichen Lebens	60
Die Achtzigerjahre: Kurskorrekturen	69
Langsame Veränderungen. Kosten, Erträge, Umwelt	70
Endzeitstimmung	76
Weiterführende Literatur	80

Einführung



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Im Frühjahr 1960 wandte sich Walter Ulbricht, de facto der erste Mann im Staat, an die Bauern der DDR und offenbarte ihnen wichtige Verhaltensregeln für die Zeit nach der soeben abgeschlossenen Kollektivierung: „Du hast als Genossenschaftsbauer selbst die Bauernbefreiung unter der Führung der Arbeiterklasse errungen. Hüte stets das Bündnis mit der Arbeiterklasse wie deinen eigenen Augapfel, denn das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauern ist die Grundlage des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.“ Ohne Bauern kein Sozialismus, ohne Bauern keine DDR, so lautete die Essenz von Ulbrichts Aussagen. Daher hatten er und andere Spitzenpolitiker schon seit 1945 beharrlich die Notwendigkeit betont, im Interesse der eigenen Machtsicherung die landwirtschaftlichen Produzenten für sich zu gewinnen. Doch diese galten in der marxistisch-leninistischen Ideologie als wankelmütig; wegen ihres Privateigentums an Produktionsmitteln mussten sie zunächst von der Arbeiterklasse und ihrer selbst ernannten „Avantgarde“, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), auf den richtigen Weg gebracht werden.

Insofern ist die Geschichte der DDR-Landwirtschaft auch immer die Geschichte einer versuchten Vereinnahmung. Unentwegt trachtete die allein herrschende SED danach, in den Dörfern ihr Weltbild durchzusetzen. Dabei scheute sie weder Kosten noch Mühe. Zugleich aber war die Agrarwirtschaft mehr. Sie beeinflusste das alltägliche Leben auf dem Lande und wurde ihrerseits davon beeinflusst. Sie war geprägt von den beständigen Kompromissen zwischen politischen Vorgaben und ökonomischen Engpässen, von den Unwägbarkeiten einer zunehmend zentralisierten Planwirtschaft. Sie war nicht zuletzt das Fortbestehen bäuerlicher Traditionen und Werte. Strukturell

veränderte sie sich mehrfach fundamental, doch wie die zahlreichen Wieder- und Neueinrichter seit 1990 zeigen, waren diese Veränderungen keineswegs endgültig oder unumkehrbar.

Auch in anderer Hinsicht beschränkte sich die Bedeutung der Landwirtschaft nicht auf die bündnispolitischen Überlegungen. Ihr kamen handfeste Aufgaben zu. In den Jahren nach 1945 musste sie trotz weitreichender Kriegsfolgeschäden die Ernährung einer erschöpften Bevölkerung sichern, die sich durch mehrere Millionen Flüchtlinge und Vertriebene beachtlich vergrößerte. Dann, ab den frühen Fünfzigerjahren, sollte sie den Aufbau des Sozialismus subventionieren, später den ehrgeizigen Versuch, die Bundesrepublik kurzfristig im Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern zu überholen. In den letzten beiden Jahrzehnten der DDR schließlich hatte sie einen umfangreichen finanziellen Beitrag zur angestrebten Realisierung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu erbringen. Zu fast jedem Zeitpunkt oblagen ihr somit Pflichten, deren Bedeutung weit über den agrarischen Sektor hinausreichte. Die Aufmerksamkeit der politischen Führung des Landes war ihr dadurch sicher. Doch das war durchaus nicht immer von Vorteil, denn die tonangebenden deutschen Kommunisten, die zuvor in Moskau geschult worden waren, verstanden nur wenig von den Erfordernissen landwirtschaftlicher Produktion. Diesen Mangel glichen sie durch ideologische Leitsätze aus und versuchten immer wieder, die Realität an die Anforderungen der Weltanschauung anzupassen. Mit Hilfe inszenierter Kampagnen trachteten sie danach, die daraus folgenden Politikziele umzusetzen. Ein um das andere Mal wurden Modellbeispiele geschaffen, zu Wettbewerben aufgerufen und diese in

eine „Massenbewegung“ überführt. Das Ergebnis war eine stufenweise Umgestaltung der agrarischen Strukturen, in der jedes Jahrzehnt eine eigene Schwerpunktsetzung erlebte: Bodenreform, Kollektivierung, Industrialisierung, Spezialisierung und zuletzt leichte Kurskorrekturen. Naturgemäß war keiner dieser Abschnitte genau auf ein Jahrzehnt beschränkt, doch ist ihre gewollte Abfolge nicht zu übersehen. So galt die Kollektivierung als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Industrialisierung – also musste zuerst sie durchgesetzt werden, notfalls gegen jegliche Widerstände.

Im Selbstverständnis der politischen Protagonisten war die SED-Agrarpolitik erfolgreich, auf den ersten Blick wurden die angestrebten Ziele durchaus erreicht. In den Achtzigerjahren dämmerte aber selbst jenen im inneren Zirkel der Macht, dass die Kosten dafür zu hoch waren; allzu ausgeprägte Fehlentwicklungen wurden daraufhin vorsichtig zurückgenommen. Tatsächlich jedoch war ein weitreichender Unterschied zwischen den Absichten und den Ergebnissen der agrarwirtschaftlichen Bemühungen schon von Anbeginn ein nahezu konstantes Merkmal der verfolgten Politik. Das war nirgendwo so offensichtlich wie in den Dörfern selbst. Immer wieder kam es zu Konflikten, weil die ergriffenen Maßnahmen dem bäuerlichen Sachverstand widersprachen und die erhofften Erfolge ausblieben. Doch nur selten probten die Landwirte den Aufstand. Protesterfahrungen, die älter waren als die DDR, lehrten, dass offener Widerstand nur wenig Aussicht auf Erfolg haben würde. Also wurden die zentralen Vorgaben nach außen hin akzeptiert, aber so weit wie möglich an die örtlichen Gegebenheiten angepasst. Als etwa der Beitritt zu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nahezu unvermeidlich

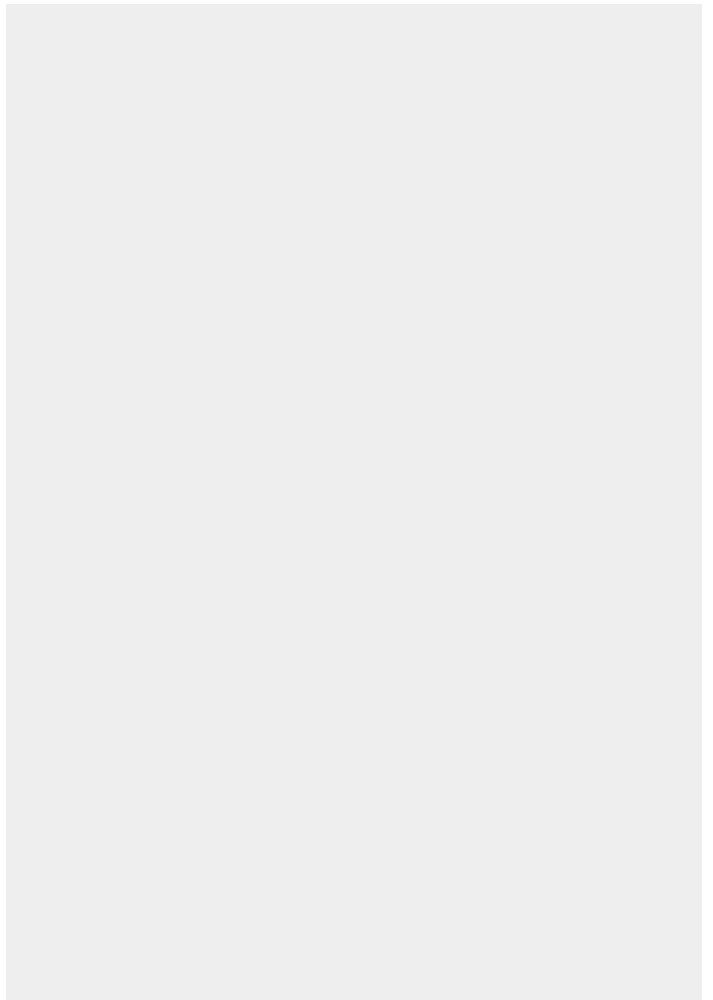
wurde, vollzogen fast alle Betriebsinhaber diesen Schritt, arbeiteten vielfach aber weiter wie bisher. Dieses Spannungsfeld zwischen politischem Veränderungsdruck und bäuerlicher Beständigkeit verzögerte oftmals die Umsetzung der zentralen Weisungen, verlieh dem System zugleich aber eine gewisse Stabilität. Denn bei allem Gestaltungswillen der SED: Voraussetzung für das Fortbestehen ihres Regimes war die hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die wiederum eine ständige Steigerung der Erträge erforderte. Und diese ließ sich eben nicht durch Dekrete, sondern nur durch die erfolgreiche Arbeit der landwirtschaftlichen Produzenten sicherstellen.

Daher wird im Folgenden beides zu berücksichtigen sein, die agrarpolitischen Impulse und ihre konkreten Auswirkungen. Maßgebliche Kraft war und blieb dabei die Führungsspitze der SED bzw. der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter Anleitung der sowjetischen Besatzungsmacht einschneidende Transformationsprozesse eingeleitet hatte. Obwohl die Gründung der DDR erst im Oktober 1949 erfolgen sollte, begann die relevante Agrarpolitik bereits 1945. Als der „erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ konstituiert wurde, war die Bodenreform offiziell abgeschlossen und die Kollektivierung kündigte sich bereits an. Bis zu deren Vollzug blieb die Landwirtschaft Chefsache. Walter Ulbricht persönlich fällte die wichtigsten Entscheidungen. Nachdem aber die „sozialistische“ Produktionsweise strukturell erzwungen war und der Mauerbau neue Bedingungen für die Existenz der DDR gesetzt hatte, erlangten ökonomische Überlegungen zumindest in Ansätzen stärkere Bedeutung. Die Zeit des rücksichtslo-

sen Klassenkampfes war vorbei, an der Entscheidungshoheit führender SED-Funktionäre änderte sich freilich nur wenig. Ihr entsprang beispielsweise die widersinnige Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, die zum agrarpolitischen Leitbild der Sieb-

zigerjahre wurde – obwohl sie in den Dörfern auf breite Ablehnung stieß. Trotz aller Veränderungen behielten machtpolitische Überlegungen stets den Vorrang vor ökonomischen Notwendigkeiten. Auch daran sollte die DDR scheitern.

Die Vierzigerjahre: Bodenreform und Klassenkampf

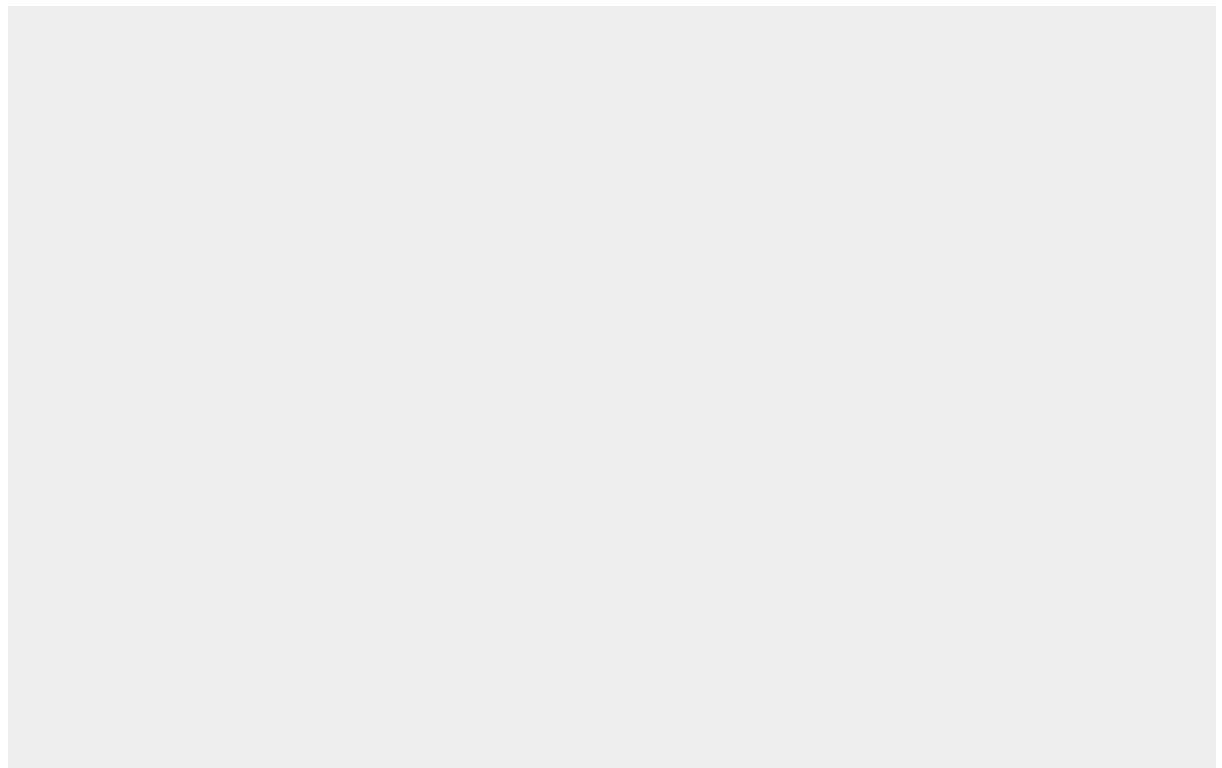


(Foto: Bundesarchiv 100 034 016)

Kriegsende und Landwirtschaft

Bereits im Januar 1943 hatten die zukünftigen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Casablanca die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zum wichtigsten Ziel ihrer Politik erhoben und im Oktober gleichen Jahres die Teilung des Landes in mehrere Besatzungszonen beschlossen. Aus der Erwartung, einen Teil des besiegten Landes verwalten und unter den schwierigen Nachkriegsbedingungen reorganisieren zu müssen, erwuchs daher für alle Besatzungsmächte gleichermaßen die Notwendigkeit, Konzeptionen für eben jene Zeit zu erarbeiten.

In Moskau konstituierte sich dazu nach zahlreichen Vorarbeiten am 6. Februar 1944 eine zwanzigköpfige „Arbeitskommission des Zentralkomitees (ZK) der KPD“, die unter Federführung der dorthin emigrierten Teile der Parteiführung und in enger Absprache mit sowjetischen Stellen derartige Planungen auszuarbeiten hatte. Schon wenige Monate später legte die Kommission ein „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ vor, in dem die Grundlinien der zukünftigen Politik festgeschrieben waren. Für die Agrarwirtschaft waren hierin vor allem drei Zielstellungen fixiert: die Tilgung des nationalsozialistischen Erbes auf dem Lande, die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung sowie die Begründung eines engen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den „werktätigen“ Bauern. Als grundlegende Vorbe-



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

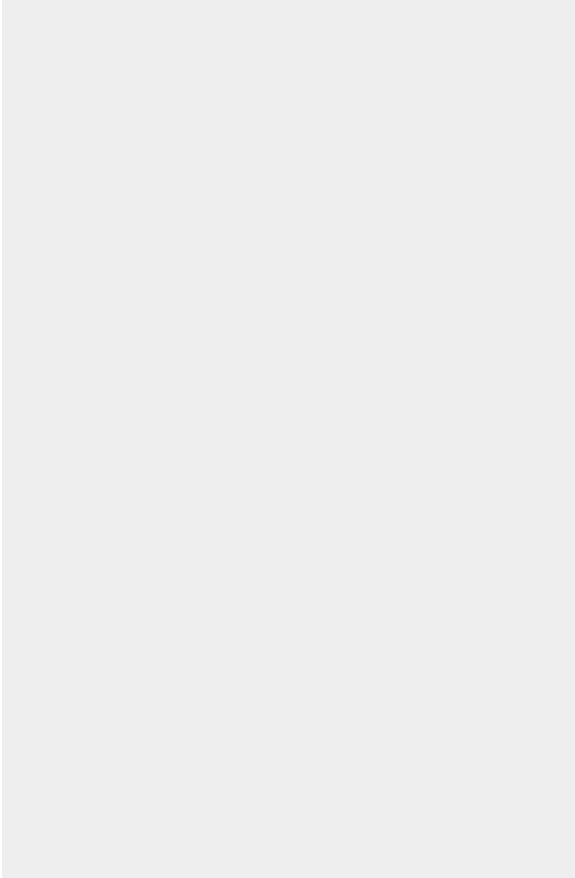
Bauerntag 1948 in Bad Langensalza

dingung für die Realisierung dieser Ziele wurde eine umfassende Landreform gefordert, deren Verlauf bereits bei Marx, Engels und Lenin festgeschrieben war. Ihre genauen Modalitäten blieben zunächst jedoch auffallend unklar. Weder die Frage, wie groß die zu enteignenden Betriebe sein müssten, noch wie mit dem konfiszierten Boden zu verfahren sei, wurde abschließend beantwortet. Verschiedene Größenangaben wurden ebenso diskutiert wie die wechselnde Orientierung auf genossenschaftliche oder einzelbäuerliche Strukturen.

Insgesamt konnte so von klaren agrarpolitischen Konzeptionen der KPD-Führung am Ende des Krieges kaum die Rede sein. Dies kam nicht überraschend, denn die Partei war aus den Städten hervorgegangen und primär immer auf diese orientiert. Nur sehr wenige Funktionäre, wie etwa Edwin Hoernle, verfügten über landwirtschaftliche Kenntnisse; die Mehrzahl versuchte, mangelnde Erfahrungen durch die Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorien zu kompensieren. Hierin galten die Bauern als zwingend benötigte Bündnispartner der Arbeiterklasse, wegen ihres Privateigentums an Produktionsmitteln zugleich aber auch als potenzielle Ausbeuter. Daher mussten sie für die Ziele des Proletariats sowie seiner Partei gewonnen werden. Doch nicht allen agrarwirtschaftlichen Produzenten wurde die gleiche Bedeutung zugesprochen. Während die „werk tätigen“ Landarbeiter und Kleinbauern mit weniger als zehn Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) als „natürliche“ Bündnispartner angesehen wurden, sollten Mittel- und Großbauern zunächst „neutralisiert“ und Großgrundbesitzer sowie Guts herren entschädigungslos enteignet werden. Die derart erworbenen Flächen

müssten zumindest in Teilen wiederum an Landarme und Landlose vergeben werden, um auf diese Weise das geforderte Bündnis zu gewährleisten. Dass eine solche Umverteilung zunächst zu einer Verringerung der Produktion führen würde, wurde billigend in Kauf genommen. Nicht die Steigerung der Erträge, sondern eine Zerschlagung der überlieferten Besitzverhältnisse galt als wichtigstes agrarpolitisches Ziel nach der Machtübernahme. Auch das Fernziel kommunistischer Agrarpolitik war bereits von Friedrich Engels festgeschrieben worden und richtete sich ausdrücklich gegen das Privateigentum aller Einzelbauern: „Der Gemeinbesitz der Produktionsmittel wird hier als einzig zu erstrebendes Hauptziel aufgestellt.“

Doch nicht nur die ideologisch geprägten Ansprüche bildeten den Hintergrund der agrarpolitischen Aktivitäten der KPD-Führung im Jahr 1945. Es galt zunächst, sehr viel drängendere Probleme zu lösen. Kriegswirtschaft und Kampfhandlungen hatten zu einer chronischen Unterversorgung der Böden geführt sowie die Bestände und Vorräte schrumpfen lassen und die erwarteten Flüchtlingsströme aus dem Osten würden zu einem sprunghaften Anwachsen des Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen führen. Viele Bauernhöfe waren zerstört, ebenso weiterverarbeitende Betriebe wie Mühlen, Molkereien oder Schlachthöfe. Es fehlte an fast allem: Zucht- und Nutzvieh, Saatgut, Dünger, Futtermittel, Zugmaschinen, Arbeitskräfte und vieles andere mehr. Krankheiten wie Typhus und Ruhr grassierten, Flächen waren vermint, Wohn- und Wirtschaftsgebäude beschädigt und die zahllosen Plünderungen durch Angehörige der Roten Armee verschärften die Situation zusätzlich. Es bestand akuter Handlungsbedarf.



(Foto: Bundesarchiv P 0807/500N)

Der Kreis Randow ist vorbildlich in der Erfüllung der Produktionsaufgaben, die wir uns im Zweijahresplan gestellt haben. Vor allem haben die Bauern und Neusiedler es verstanden, ihre Arbeit in einer Weise zu organisieren, die höhere Produktionserträge verbürgt. Ein nachahmenswertes Beispiel für solche rationellen, kollektiven Arbeitsmethoden ist die gegenseitige Hilfe beim Getreidedrusch. Aufnahme 1948. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR/ADN)

Eine Landreform konnte daher durchaus als geeignetes Mittel erscheinen, den weitreichenden Problemen zu begegnen, auch wenn sich die damit verbundenen Absichten der sowjetischen Besatzungsmacht und der von ihr abhängigen KPD keineswegs auf diesbezügliche Fragen beschränkten. Flüchtlinge und Vertriebene könnten so ihre eigene Existenz sichern, brachliegende

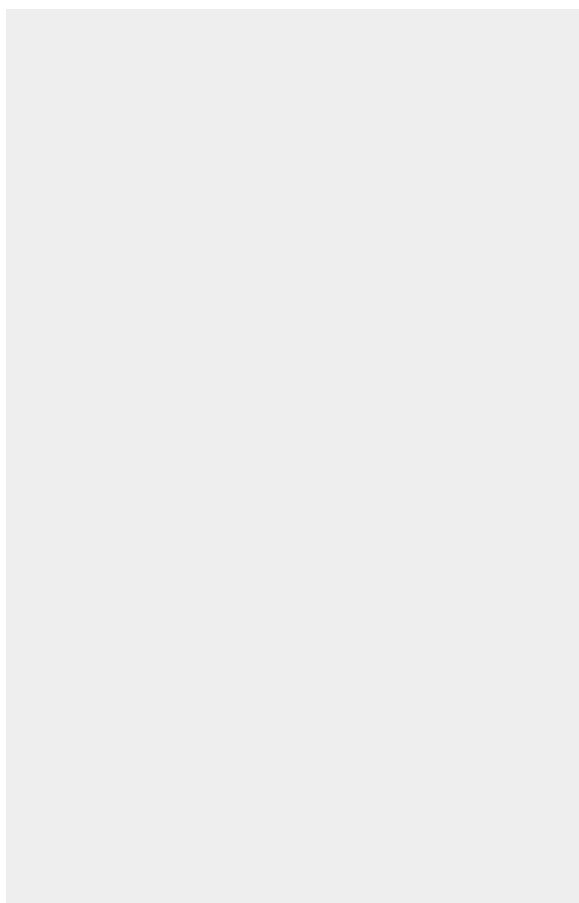
Flächen würden bearbeitet und die Versorgung der Städte gewährleistet werden. Doch bereits in Moskau hatte Hoernle ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Wirtschaft auf zersplitterten Kleinflächen ökonomisch wenig sinnvoll sein würde, weil damit notwendigerweise ein Produktionseinbruch einhergehen würde. Die Bodenreform war und blieb umstritten.

„Junkerland in Bauernhand“. Die Bodenreform

Gemäß der landwirtschaftlichen Betriebszählung des Jahres 1939 hatten auf dem Gebiet der späteren DDR 9.050 Betriebe mit einer Wirtschaftsfläche von 100 oder mehr Hektar (ha) bestanden. Damit stellten sie 1,5 Prozent aller Betriebe mit mehr als einem halben Hektar Gesamtfläche, verfügten aber über 45,4 Prozent der Wirtschafts- und 28,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Zehn Jahre später hatte sich das Bild grundlegend gewandelt. Nur 1.979 Betriebe, die über mehr als 100 ha Wirtschaftsfläche verfügten, existierten noch; 7.079 Betriebe, die sich zuvor zum größten Teil in Privatbesitz befunden hatten, waren nach offiziellen Angaben im Rahmen der Bodenreform enteignet worden. Damit stellten sie nur noch 0,2 Prozent aller Betriebe und ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche war auf 3,6 Prozent zurückgegangen.

Der agrarwirtschaftliche Strukturwandel, den die KPD-Spitze in ihrem Moskauer Exil

gefordert hatte, war damit vollzogen, die vormaligen Gutsbesitzer enteignet und aus ihren Heimatkreisen vertrieben, und mit 210.276 Neubauernstellen Ende des Jahres 1950 auch eine neue soziale Gruppe konstituiert, die den bündnispolitischen Anforderungen der Parteiführung zu entsprechen schien. Durchschnittlich 34 Prozent der Nutzfläche, mehr als 50 Prozent davon in Mecklenburg, waren in den Vorjahren beschlagnahmt und zu annähernd zwei Dritteln an Privatpersonen verteilt worden. Doch so erfolgreich, wie es die Zahlen auf den ersten Blick suggerieren, war die Bodenreform keineswegs verlaufen – und sie sollte schwere Probleme nach sich ziehen.



(Foto: Bundesarchiv J 0820/19/1N)
Besitzurkunde für ein Grundstück, das im Rahmen der Bodenreform vergeben wurde.

Bereits in ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 hatte die KPD öffentlich die Liquidierung des Großgrundbesitzes gefordert, um damit scheinbar die Entnazifizierung auf dem Lande voranzutreiben. Die individuelle Verstrickung der betroffenen Betriebsinhaber mit der nationalsozialistischen Diktatur wurde tatsächlich aber nicht hinterfragt, die Enteignungen sollten pauschal erfolgen. Damit waren der Willkür Tür und Tor geöffnet.

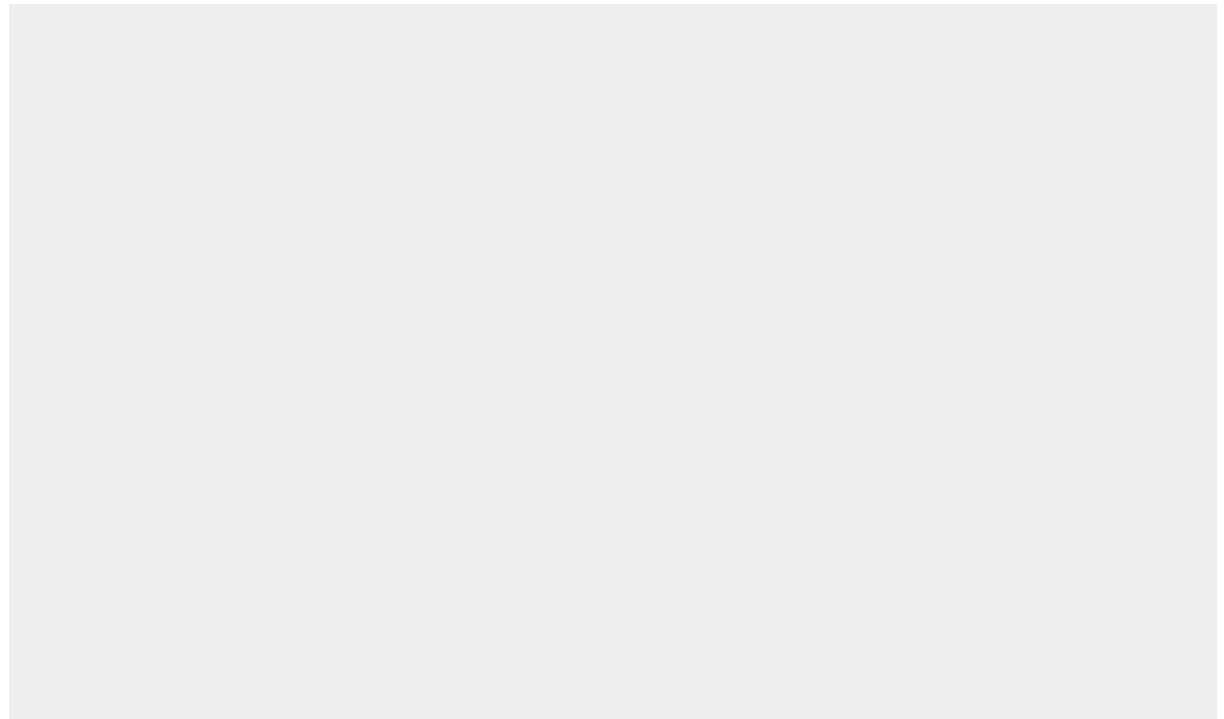
Da sehr schnell offenkundig wurde, dass sich die zwischenzeitlich gehegte Hoffnung auf einen spontanen Beginn der Bodenreform, auf wilde Enteignungen in den Dörfern, nicht erfüllen würde, entstand immer mehr die Notwendigkeit, diese künstlich zu inszenieren. Dabei gab der sowjetische Diktator Josef W. Stalin die Richtung vor. Er forderte eine ebenso rasche wie radikale Durchführung der Reform und legte anscheinend auch die Enteignungsgrenze von 100 ha fest. Ihre Durchführung jedoch oblag den deutschen Kommunisten. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ verkündete daher der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck am 2. September 1945 in der brandenburgischen Kleinstadt Kyritz den Beginn einer solchen Reform. Allein bis zum Februar 1946 bildeten sich daraufhin etwa 9.500 örtliche Bodenkommissionen, die ihre Arbeit entsprechend der Vorgaben aus Berlin aufnahmen. Etwa 3,3 Millionen Hektar Land wurden enteignet und in einen zentralen Bodenfond überführt, 559.089 Privatpersonen daraus begünstigt und die ländliche Wirtschafts- und Sozialstruktur der späteren DDR somit grundlegend verändert.

Mit dem Fortschreiten der Bodenreform offenbarten sich jedoch sehr schnell die Folgeprobleme. Schon in ihrer Initiierungs-

phase traten die ersten gravierenden, nicht einkalkulierten Fehlentwicklungen auf. Bewohner zahlloser Gemeinden weigerten sich aus den unterschiedlichsten Gründen, Land zu übernehmen. Persönliche Verbindungen zu den enteigneten Betriebsinhabern gaben dafür ebenso den Ausschlag wie die Hoffnung vieler Flüchtlinge, bald wieder in ihre angestammte Heimat zurückkehren zu können. Die überlieferten sozialen Beziehungen spielten bei der Verteilung des Landes oftmals eine sehr viel größere Rolle als das vorgesehene Losverfahren, wodurch Neuankömmlinge in den Dörfern übervorteilt wurden und Spannungen vorgezeichnet waren. Aufgrund der herausragenden Stellung altingesessener Bewohner in den lokalen Bodenkommissionen veränderten sich die herkömmlichen Besitzverhältnisse jenseits der enteigneten Betriebe in vielen Fällen

kaum; alte Hierarchien festigten sich damit mehr, als sich neue bilden konnten, und die Neubauern blieben in vielen Dörfern isoliert.

Die größten Probleme resultierten jedoch aus der offensichtlichen Unfähigkeit der Besatzungsmacht und der KPD-Führung, die Reform organisatorisch, logistisch und materiell abzusichern. Die mehr als 200.000 Neubauernwirtschaften waren zwar mit großem propagandistischen Aufwand geschaffen worden, ihre Ausstattung ließ vielfach jedoch in jeglicher Hinsicht zu wünschen übrig. An Spannvieh und Zugmaschinen fehlte es ebenso wie an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, an Baumaterial, Dünger, Saatgut, Arbeitskräften und finanzieller Unterstützung. So bewirtschafteten die Neubauern in Mecklenburg 1946 etwa 55 Prozent des Landes, verfügten



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

aber lediglich über 15 Prozent der Zugpferde; noch im Juni 1947 arbeiteten 43,6 Prozent der dortigen Neubauern ohne Pferd, 36,4 Prozent der Betriebsinhaber gar ohne jegliches Zugvieh. Da auch die Ausstattung der neu geschaffenen Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) mangelhaft blieb, konnten diese kaum Abhilfe schaffen. Ebenso wenig vermochte ein überregionaler Viehaustausch, den die sowjetische Besatzungsmacht im November 1945 anordnete, dem unzureichenden Bestand entgegenzuwirken. Noch 1950 verfügte jede Neubauernstelle im Landesdurchschnitt über lediglich 0,6 Pferde, 2,5 Rinder (davon 1,1 Milchkühe), 0,7 Schafe und 3,1 Schweine – damit konnte zwar die eigene Existenz vorläufig zumeist gesichert werden, an eine ökonomische Festigung der Betriebe und die dafür notwendige Marktproduktion war unter diesen Voraus-

setzungen aber nicht zu denken. Die Zukunftsperspektiven der Neubäuerlichen Betriebe waren somit in vielen Fällen äußerst begrenzt.

Den ehrgeizigsten Versuch, der allgemeinen Notlage der Neubauern zu begegnen, unternahm die sowjetische Militärverwaltung im September 1947 mit dem so genannten „Neubauernbauprogramm“, als sie mit ihrem Befehl Nr. 209 „über Maßnahmen zum wirtschaftlichen Aufbau der Neubauernwirtschaften“ daran ging, die schweren baulichen Mängel der Betriebe zu beheben. Allein bis Ende des Jahres 1948 sollten nun auf 37.000 Neubauernhöfen Häuser errichtet werden, wobei insbesondere für die Kernländer der Bodenreform, Mecklenburg (12.000 Häuser) und Brandenburg (10.000 Häuser), weitreichende Baumaßnahmen vorgesehen wa-



(Foto: Bundesarchiv R 81218)

„Neubauernsiedlung“ in Hönöw bei Berlin 1948

ren. Doch unrealistische Planungen, widersprüchliche Anweisungen und ungeeignete Begleitbestimmungen behinderten die Umsetzung der Zielstellungen von Anbeginn. Weder eröffnete der Befehl einen Ausweg aus dem akuten Baustoffmangel, noch bot er andere konkrete Hilfszusagen der Besatzungsmacht an. Und so konnte es nicht überraschen, dass die anspruchsvollen Pläne an den Realitäten der Nachkriegszeit scheiterten. Daran vermochte auch der angeordnete Abbruch der Gutshäuser nichts zu ändern. Zwar waren bis zum März 1948 fast 2.000 Gutsanlagen abgerissen und dadurch 71 Millionen Mauersteine sowie knapp 5 Millionen Dachziegel gewonnen worden, doch reichte dies keineswegs aus, um den immensen Bedarf zu decken. Im Gegenteil: Oftmals verstärkte der Abriss intakter Anlagen die Probleme in den Dörfern, da hierin Flüchtlinge oder Sozialeinrichtungen untergebracht worden waren. Doch die Demontage galt als politisch notwendig und wurde daher jenseits der Dörfer nicht in Frage gestellt.

Die so eröffneten Problemfelder blieben nicht folgenlos: Bis zum 1. April 1948 waren in Mecklenburg lediglich 784 Gehöfte fertiggestellt und 4.431 begonnen worden. Auch in den anderen Regionen blieben die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen zurück. Zwar meldeten mehrere Länder und Provinzen die Erfüllung der Pläne, doch war dies lediglich Makulatur, die zudem zu Unmutsbekundungen unter der Bevölkerung führte, da sie die eklatanten Widersprüche zwischen den Berichten und der Realität sehr deutlich wahrnahm. Trotz des enormen Bauvolumens blieb die Umsetzung des ehrgeizigen Programms somit zum Scheitern verurteilt. Sein Ende war absehbar. Als die SED-Führung 1952 den Beginn der Kollektivierung verkündete, bedeutete dies zu-

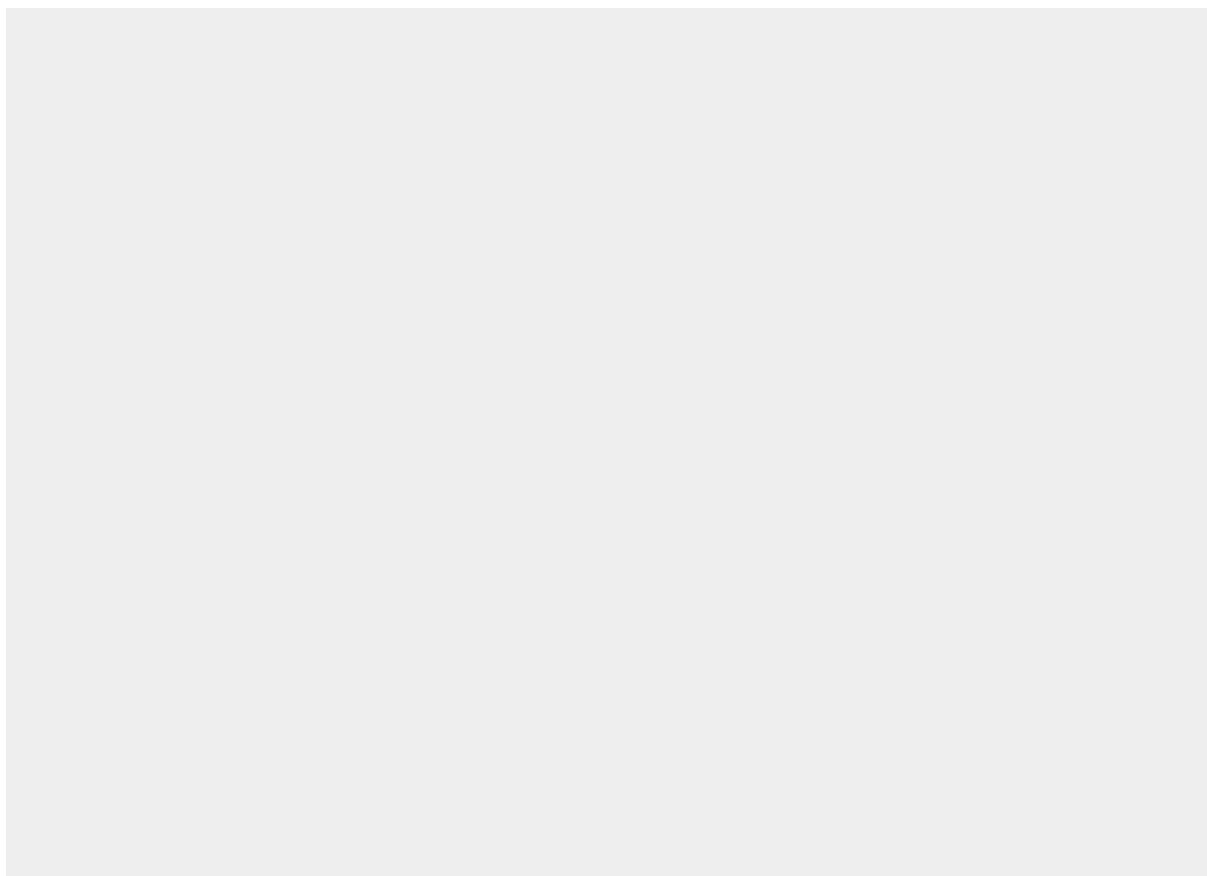
gleich auch das endgültige Aus für die ausgedehnte Bautätigkeit auf den Neubauernhöfen. Nicht mehr die individuelle Wirtschaft, sondern die gemeinschaftlichen Anlagen standen fortan im Mittelpunkt.

Alles in allem war es zu keinem Zeitpunkt gelungen, die instabilen Neubauernwirtschaften ökonomisch zu festigen. Nur etwa zehn bis zwölf Prozent der Betriebe erreichte die wirtschaftliche Konsolidierung, nahezu 90 Prozent der Hofstellen arbeitete weniger erfolgreich. Die unzureichende Unterstützung durch staatliche Stellen trug dazu ebenso bei, wie deren Unfähigkeit, auf unvorhergesehene Entwicklungen flexibel zu reagieren. Doch auch mangelnde landwirtschaftliche Kenntnisse der Betriebsinhaber, fehlende Arbeitskräfte und die bereits beschriebene, unzureichende Ausstattung der Wirtschaften mit lebendem wie totem Inventar trugen zum Scheitern bei. Dass das erhaltene Land zudem nur als gebundenes Eigentum galt, das weder ganz noch teilweise verkauft, verpachtet oder verpfändet werden durfte, legte der Wirtschaftsführung in den neu geschaffenen Betrieben weitere Beschränkungen auf und schuf einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Altbauern. Die nahezu zwangsläufige Konsequenz war eine massive Landflucht. Zum 1. Juni 1948 hatte die sowjetische Besatzungsmacht das Ende der Bodenreform verfügt, ein knappes Jahr später hatten bereits mehr als 10.000 Neubauern ihre Betriebe aufgegeben. Obwohl der Sicherung der Bodenreform und dem Erhalt der Neubauernstellen auch in der Folgezeit oberste Priorität eingeräumt wurde, wuchsen die Zahlen beständig an. Hatten 1949 noch annähernd 11.100 Neubauern vor den weitreichenden Schwierigkeiten kapitu-

liert, waren es 1950 bereits mehr als 16.000, und bis zum Ende des Jahres 1951 addierte sich die Zahl der Betriebsausgaben auf mehr als 67.000. Damit hatten bereits 22,9 Prozent der ursprünglichen Siedler ihre Parzellen wieder verlassen, bis Mitte des Jahres 1952 erhöhte sich der Anteil gar auf nahezu ein Drittel aller Betriebe. Unter diesen Umständen erwies es sich als zunehmend schwieriger, das Land erneut zu vergeben; nur 9,6 Prozent aller bis 1952 verlassenen Flächen konnten wieder an Neubauern verteilt werden.

Die Besatzungsmacht, insbesondere aber die SED-Führung, deren Herrschaft es an

demokratischer Legitimierung fehlte, hatten mit der Bodenreform versucht, weltanschauliche und ökonomische Zielstellungen zugleich zu verwirklichen. Nun zeigte sich, dass dieser Versuch zu scheitern drohte. Im April 1952 wurden 235.000 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht oder nur unzureichend bewirtschaftet; damit trat ein schwerer Zielkonflikt immer deutlicher zutage. Der zwingenden Notwendigkeit einer dauerhaften Produktionssteigerung standen die Negativfolgen der Bodenreform, vor allem die beständig zunehmenden Brachländer, immer deutlicher gegenüber. Ökonomisch erfolgreich hingegen arbeiteten zu diesem Zeitpunkt die Großbauern, somit hätte ihr Betriebsmodell eine

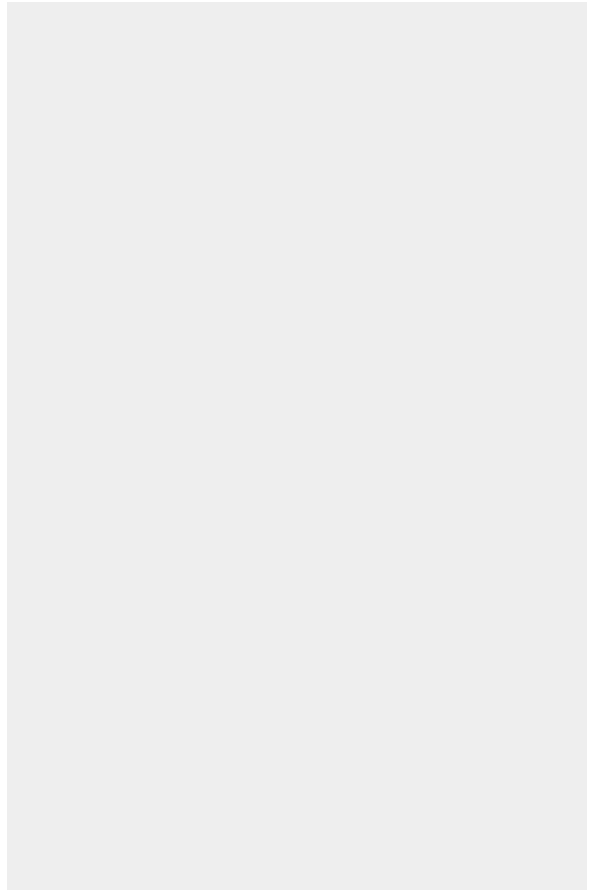


(Foto: Bundesarchiv 19000/112 N)

Orientierung auf dem Weg aus der Krise bieten können. Die kommunistische Ideologie aber offerierte dafür nur eine Möglichkeit: die Kollektivierung. Die agrarwirtschaftliche Zwangslage, insbesondere die allgemeine Not der Neubauern, hatten die politisch Verantwortlichen selbst herbeigeführt, und sie sollte ihnen ab dem Sommer des Jahres 1952 als wichtige Legitimation für die „sozialistische Umgestaltung“ dienen. Dass es jedoch auch hier in erster Linie politisch-ideologische Motive waren, die den Ausschlag gaben, verdeutlicht der seit 1948 von der SED-Führung künstlich forcierte Klassenkampf. Er widersprach der ökonomischen Logik, stand mit den Vorgaben des Marxismus-Leninismus aber gänzlich in Einklang.

Klassenkampf auf dem Lande

Im Jahr 1948 hatte der Kalte Krieg mit der Berlin-Blockade seinen ersten Höhepunkt erreicht. Da machte die sowjetische Besatzungsmacht der SED-Führung unmissverständlich klar, dass ihre gemeinsamen politischen Ziele nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu erreichen sein würden. Davon konnte der agrarische Sektor mit seiner herausragenden Bedeutung für den gesellschaftlichen Neuaufbau kaum unberührt bleiben. Und tatsächlich verschärfte sich die entsprechende Rhetorik alsbald. Insbesondere Eigentümer von Betrieben mit mehr als 20 ha Nutzfläche aber auch bürgerliche Agrarwissenschaftler und Verwaltungsangestellte, die traditionel-

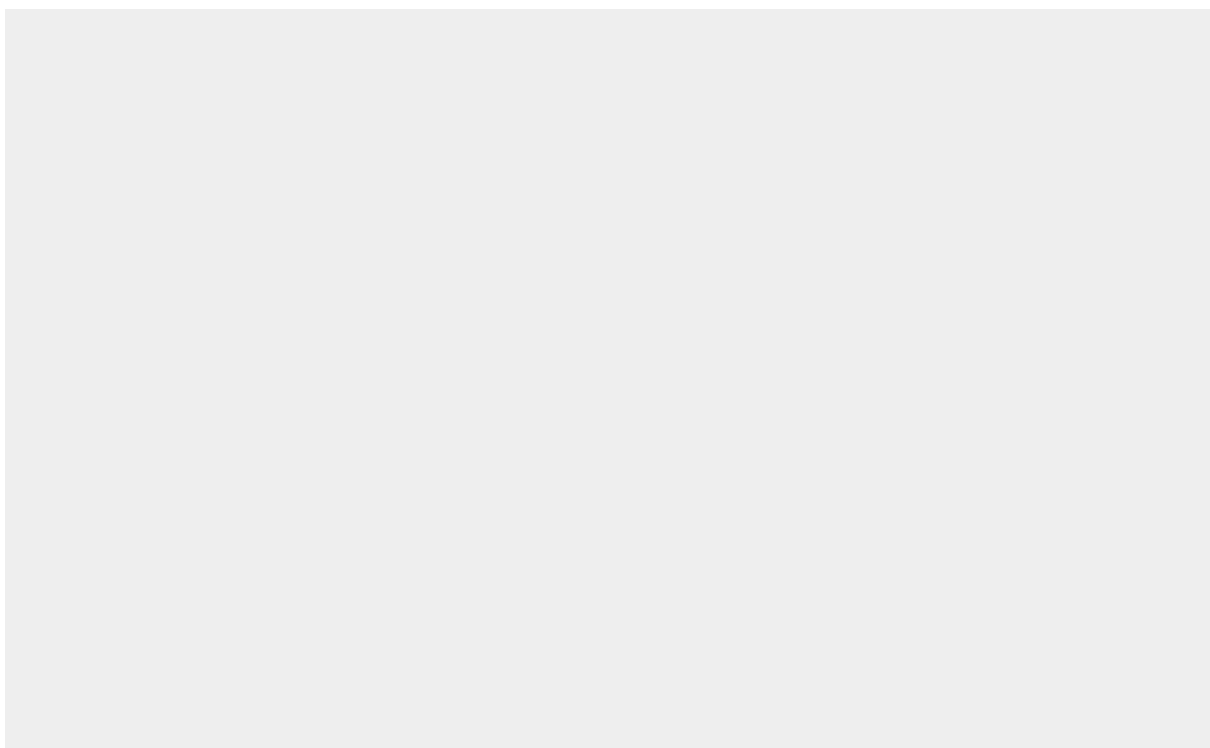


(Foto: Bundesarchiv B1107/11/9N)

Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 8. September 1945 über die Durchführung der Bodenreform.

len landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Züchterverbände, gemeinhin alle Formen autonomer gesellschaftlicher Selbstorganisation wurden nun zunehmend zu Gegnern der kommenden Ordnung erklärt und die Notwendigkeit ihrer Vereinnahmung verkündet.

Die SED trieb den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft energisch voran. In den Dörfern richteten sich die daraus resultierenden Maßnahmen in erster Linie gegen die Großbauern. Von der Überzeugung getrieben, dass es keinen friedlichen Übergang zum Sozialismus geben könne, ver-



(Foto: Bundesarchiv H 25033)

Einbringung der Ernte in Dallwitzhof Kreis Rostock.

Dallwitzhof, ein ehemaliges Stadtgut im Kreis Rostock, wurde durch die Bodenreform aufgeteilt. Jetzt bearbeiten Neubauern den Boden und ihre nutzbringende Arbeit hilft, die Ernährung der ganzen Bevölkerung zu verbessern. Die vorhandenen Dreschmaschinen werden zum Teil direkt auf den Feldern von den Neusiedlern gemeinsam genutzt. (Zeitgenössische Bildlegende des allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR/ADN)

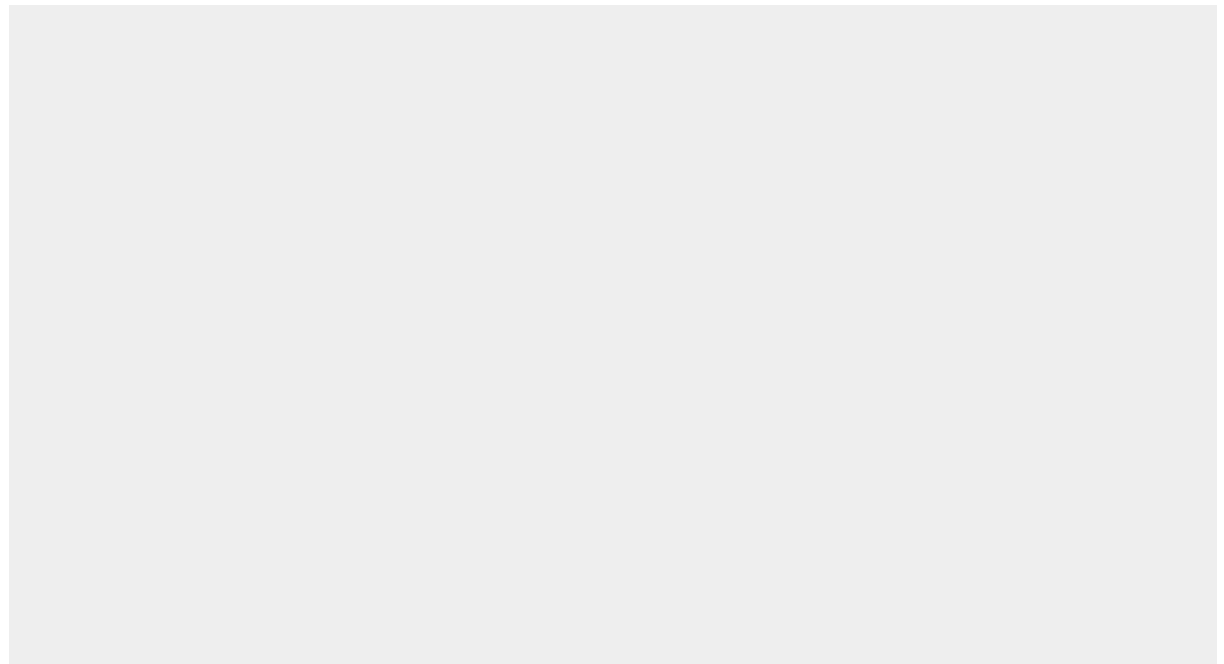
folgte die SED-Spitze mit diesem Vorgehen zwei Ziele zugleich. Einerseits sollten die ökonomisch potenten Betriebe genutzt werden, um die Negativfolgen der Bodenreform abzumildern, und sie andererseits einen stark überdurchschnittlichen Beitrag zur Erfüllung der ehrgeizigen Planziele erbringen.

Die Großbauern hatten zunächst durchaus von der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone profitiert. Da ihre Betriebe in der Regel über eine gute Inventar Ausstattung verfügten und sie selbst zumeist auf fundierte agrarwirtschaftliche Kenntnisse zurückgreifen konnten, vermochten sie überwiegend effektiv zu arbeiten und die aufer-

legten Ablieferungspflichten zu erfüllen. Im Gegensatz dazu scheiterten viele klein- und Neubäuerliche Betriebe an den bereits beschriebenen Unzulänglichkeiten. Somit hatte sich 1947/48 die paradoxe, den eigentlichen Absichten widersprechende Situation ergeben, dass der überwiegende Teil der großbäuerlichen Betriebe florierte, während die „natürlichen Verbündeten“ der Arbeiterklasse vielfach kaum die eigene Existenz zu sichern vermochten. Zwar hatte die Landwirtschaftsverwaltung schon 1946 begonnen, die Ablieferungspflicht in Abhängigkeit von Bodenqualität und Betriebsgröße festzusetzen, doch waren die erhofften Effekte ausgeblieben. Hier nun sollte der künstlich forcierte Klassenkampf Ab-

hilfe schaffen. Fortan galten die Großbauern in der Rhetorik der Parteiführung durchgängig als „Klassenfeinde“, als Ausbeuter, die danach trachteten, alle anderen Berufskollegen in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Derart eindimensionale Denkmuster fanden in der Realität zwar kaum eine Entsprechung, doch bildeten sie die Basis für weitreichende Maßnahmen, mit Hilfe derer die bisherigen Eliten der Dörfer in ihrem Einfluss beschnitten und in ihrer Betriebsführung behindert werden sollten. Insbesondere die Hektarveranlagung für tierische Produkte, die am 1. Januar 1949 in Kraft trat, benachteiligte die großflächigen Betriebe wesentlich, da die abzuliefernden Produkte nun nicht mehr in Abhängigkeit vom tatsächlich gehaltenen Vieh, sondern von der Betriebsgröße festgelegt wurden. Dies galt auch für die einen Monat zuvor verabschiedete Steuerreform, durch die der Steuersatz je Hektar für Großbauern den der Kleinbauern um etwa 30 Prozent

überstieg. Das Anfang 1950 in Kraft tretende „Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten“ führte unmittelbar zu einer Verknappung und Verteuerung der Landarbeiter, auf deren Mitarbeit vor allem die großen Betriebe angewiesen waren. Als wichtigstes Mittel zur ökonomischen Belastung der Großbauern erwies sich jedoch die für alle Hofstellen obligatorische Pflichtablieferung agrarischer Produkte. Zwar erfassten die zwischen 1950 und 1952 jährlich erfolgten Erhöhungen des Ablieferungssolls alle Betriebsgrößen, doch in höchst unterschiedlichem Maße. Landwirte mit mehr als 50 ha mussten 1949 schon mehr als die doppelte, 1950 gar die dreifache Menge Getreide je Hektar abliefern, als dies bei Kleinbauern mit weniger als fünf Hektar der Fall war. Bis 1952 erhöhte sich das Ablieferungssoll bei tierischen Produkten für Bauern mit mehr als 20 ha um 280 bis 290 Prozent, zugleich wurden sie bei der Versorgung mit Be-



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

triebsmitteln ebenso benachteiligt wie beim Einsatz der in den Ausleihstationen konzentrierten Technik. Unter diesen Voraussetzungen waren Schwierigkeiten in der Wirtschaftsführung der Betriebe nahezu unvermeidlich. Diese wiederum wurden von den Verantwortlichen konsequent genutzt, um die Bauern wegen aufgelaufener Ablieferungsrückstände zu kriminalisieren und zum Teil öffentlichkeitswirksam in Strafprozessen als Gegner der entstehenden Ordnung zu brandmarken. Zwar kam es in diesem Zusammenhang wiederholt zu Solidaritätsbekundungen in den Dörfern, doch vermochte dies nichts daran zu ändern, dass nun auch die Justiz verstärkt zum Einsatz kam, um den Klassenkampf weiter zu entfesseln.

Mit den ökonomischen Beschränkungen einher ging die Beschneidung des politischen und sozialen Einflusses der Großbauern. Dieser Prozess erfolgte zwar keineswegs unmittelbar und ungebrochen, doch zeigte er mittelfristig durchaus Wirkung. Die zielgerichtete Zerschlagung des überlieferten Genossenschaftswesens, insbesondere der Raiffeisengenossenschaften, trug dazu ebenso bei wie die Verdrängung der Bauern aus Führungspositionen in der berufsständischen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) hatte die SED auf Betreiben der Besatzungsmacht bereits 1948 eine neue politische Organisation in den Dörfern installiert, die ihren Bündnisvorstellungen weiteren Vorschub leisten sollte.

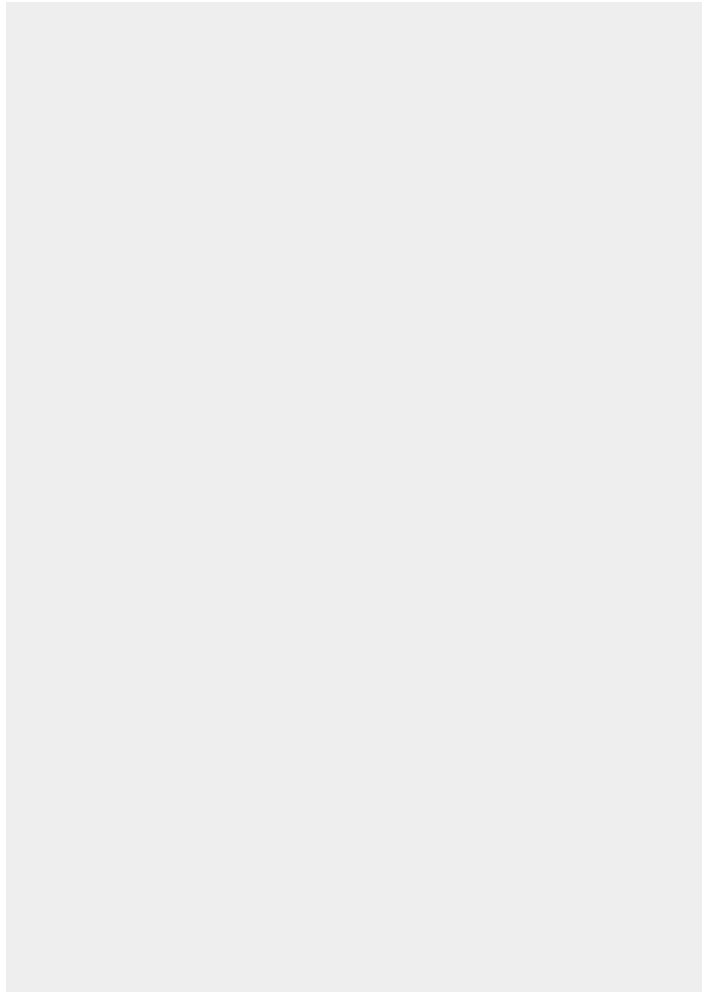
Der seit 1948 ständig forcierte Klassenkampf blieb nicht ohne Folgen. Allein zwischen 1950 und 1952 gaben etwa 5.000 Großbauern, die bis zum Beginn der einschneidenden Maßnahmen über-

wiegend erfolgreich gewirtschaftet hatten, ihren Betrieb auf und verließen die DDR oftmals in Richtung Bundesrepublik. Mehr als zehn Prozent aller großbäuerlichen Betriebe wurden so der landwirtschaftlichen Produktion entzogen, denn eine effektive Bewirtschaftung der verlassenen Höfe war nur in Ausnahmefällen gewährleistet. Doch nicht nur die Produktion, sondern auch die Verarbeitung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse war durch die erfolgte Demontage der relevanten Strukturen nachhaltig gestört. Daraus mussten sich unweigerlich ökonomische Negativeffekte ergeben, die sich im Scheitern des Zweijahrplanes 1949/50 auch deutlich zeigten. Doch derartige Störungen nahm die SED-Führung billigend in Kauf. Auch jetzt stand nicht in erster Linie die Umsetzung ökonomischer Ziele im Mittelpunkt ihres Wirkens, sondern die Verwirklichung einer weltanschaulichen Utopie. Seit die Besatzungsmacht zu erkennen gegeben hatte, dass die Partei in der SBZ einen eigenen Staat, eine eigene Diktatur, würde errichten können, hatten leitende Funktionäre immer wieder beklagt, dass die Entwicklung auf dem Lande zu langsam vorangehe. Daher waren auch nie die Gerüchte verstummt, dass die Parteiführung eine „zweite Bodenreform“ plane, in deren Folge alle Bauern enteignet und/oder zum Eintritt in Produktivgenossenschaften gezwungen werden würden. Derartige Gerüchte wurden ebenso häufig wie heftig dementiert; im ideologisch geprägten Erwartungshorizont der SED-Spitze hatte eine „Vergenossenschaftlichung“ der landwirtschaftlichen Produktion jedoch ihren festen Platz. Ein solcher grundlegender Transformationsprozess konnte aber nicht ohne die Einwilligung der sowjetischen Schutzmacht in Angriff genommen werden und noch Ende des Jahres 1948 hatte Stalin ausdrücklich

vor einem zu schnellen Voranschreiten auf dem Wege zum Sozialismus gewarnt. Doch die Agrarpolitik der SED-Führung, die daraus resultierende Not vieler Neubauern, die zunehmende Landflucht der Großbauern und die zu langsam wachsenden Produktionsziffern verlangten zunehmend nach einer durchgreifenden Lösung. Trotz zu verzeichnender Produktionssteigerungen hatte die agrarwirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR seit dem Krieg zu ständig neuen Problemen geführt. Im Vergleich dazu musste die Kollektivierung aus dem Blickwinkel der Machthaber verstärkt als not-

wendiger Befreiungsschlag gelten. Ein solcher Schritt war ohnehin Bestandteil der sozialistischen Zukunftshoffnungen; die verfehlte Agrarpolitik seit 1945 rückte ihn immer drängender auf die tagespolitische Agenda. Dies musste um so wichtiger erscheinen, als überdeutlich war, dass die ehrgeizigen Ziele des ersten Fünfjahresplanes (1951 – 1955) mit den bisherigen agrarpolitischen Strategien nicht zu erreichen sein würden. Daher reagierte die SED-Führung prompt, als Stalin im April 1952 den Weg zum Aufbau des Sozialismus freimachte.

Die Fünfzigerjahre: Kollektivierung



(Foto: Bundesarchiv 100 014 004)

Von Moskau nach Merxleben.

Die ersten LPG

Am 24. April 1952 ließ die SED-Spitze in ihrer parteieigenen Zeitung, dem „Neuen Deutschland“, Gerüchte um eine bevorstehende Kollektivierung abermals (und letztmalig) energisch dementieren, derartige Äußerungen seien nichts als Geschwätz. Tatsächlich jedoch war zu diesem Zeitpunkt die „sozialistische Umgestaltung“ der Landwirtschaft, die Überführung der einzelbäuerlichen Privatbetriebe in kollektive Produktionsgenossenschaften, bereits beschlossen. Anfang des Monats hatte sich eine hochrangige Delegation der SED in Moskau aufgehalten und dort unter anderem Gespräche mit Stalin geführt. Hierbei hatte sich der sowjetische Staatschef auf eine endgültige Abgrenzung der DDR von der westlichen Hemisphäre festgelegt und entsprechende Konsequenzen gefordert, vor allem die Schließung der Grenze zur Bundesrepublik und den Aufbau eigener Streitkräfte. Auch die Landwirtschaft kam in diesem Zusammenhang zur Sprache. Stalin, der die agrarökonomischen Gegebenheiten in der DDR offenbar kaum überblickte, regte nun die Gründung von Produktionsgenossenschaften an, denn auch sie seien „ein Stückchen Sozialismus“. Damit war der Weg zur Kollektivierung frei. Allerdings legte er deren Beginn ausdrücklich für den Herbst des laufenden Jahres fest und warnte mehrfach vor dem Einsatz von Zwangsmaßnahmen. Statt dessen sollten einzelne Muster-Genossenschaften gegründet und diese dann in eine Massenbewegung überführt werden.

Die Entscheidung zur „Vergenossenschaftlichung“ fiel also in Moskau. Ihre unmittelbare Realisierung und ihre zunehmende Kompromisslosigkeit hatte dessen ungeachtet die SED-Führung in Berlin zu verantworten. Schon in der Folgewoche begann sie, die weitreichende Transformation vorzubereiten. In der Sitzung des Politbüros der Partei vom 3. Juni 1952 wurden die diesbezüglichen Bemühungen erstmals zusammengefasst. Der Austausch des Ministers für Land- und Forstwirtschaft wurde beschlossen, ein Staatssekretär für Produktionsgenossenschaften ernannt und Maßnahmen zu deren Förderung festgelegt. Noch immer galt die Kollektivierung offiziell als nicht erwünscht, intern waren jetzt die letzten Weichen gestellt.

Nur einen Tag später, am 4. Juni, wurde die bisherige Zurückhaltung fallen gelassen. Walter Ulbricht unterrichtete die herbeizitierten Kreissekretäre seiner Partei von dem fundamentalen Kurswechsel und gab detaillierte Anweisungen, wie dieser in der Praxis umzusetzen sei. Wichtigster Punkt dabei: Die SED müsse die LPG-Gründungen von Anbeginn unter Kontrolle haben, dürfe offiziell aber nicht in Erscheinung treten. Die Kollektivierung sollte als selbstbestimmter Prozess der Bauern wahrgenommen werden, nicht als Inszenierung der Partei. So geschah es. In den nächsten Tagen sprachen Delegationen aus Dörfern des ganzen Landes beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft in Berlin vor und forderten dort ultimativ die Zulassung sowie die Unterstützung ihrer Produktionsgenossenschaften. Jede einzelne dieser Delegationen, sei es aus Merxleben (Thüringen), Jahna (Sachsen) oder Ilberstedt (Sachsen-Anhalt), war auf Geheiß von SED-Funktionären aufgebrochen, die im Bedarfsfall auch die benötigten Fahr-

zeuge zur Verfügung stellten. Das Ministerium entsprach den vorgetragenen Forderungen und die Kollektivierung nahm ihren Lauf. Von einem spontanen Beginn, einer Eigeninitiative der beteiligten Bauern, wie es die Geschichtsschreibung der DDR beständig suggerierte, konnte freilich nicht die Rede sein.

Doch schloss dieser Mangel an Eigeninitiative auch mangelndes Interesse der betroffenen Landwirte an gemeinschaftlicher Arbeit ein? Mitnichten, wie ein genauer Blick auf die frühen Produktionsgenossenschaften zeigt. Trotz unterschiedlicher geographischer Verbreitung wiesen sie eine Reihe von strukturellen Gemeinsamkeiten auf: Die Mitglieder, nahezu ausnahmslos Neubauern, hatten bereits in der Vergangenheit Erfahrungen mit gemeinschaftlicher Arbeit gesammelt, ihre Betriebe befanden sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, sie selbst waren im Dorf oftmals sozial ausgegrenzt und unter ihnen befanden sich in herausgehobener Stellung SED-Mitglieder, auf die übergeordnete Parteigliederungen zum Zwecke der Durchsetzung eigener Ziele zurückgreifen konnten. Unter diesen Voraussetzungen bedeutete die Gründung einer Produktionsgenossenschaft nicht nur die Umsetzung parteipolitischer Vorgaben, sondern gleichzeitig auch einen möglichen Ausweg aus der beschriebenen Notlage der Neubäuerlichen Betriebe – SED-Agrarpolitik und bäuerliches Eigeninteresse stimmten hier weitgehend überein. Dieser Umstand sollte sehr bald an Bedeutung verlieren, doch den im Juni, Anfang Juli 1952 gebildeten LPG mangelte es zwar an spontanen Gründungsinitiativen, nicht aber an Freiwilligkeit und Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit.

Der 17. Juni 1953

Im Juli 1952 verkündete die SED-Führung auf der II. Parteikonferenz erstmals öffentlich ihre Absicht, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen. Für die Landwirtschaft bedeutete das vor allem, dass der eingeschlagene Kollektivierungskurs nun massiv vorangetrieben werden sollte. Dabei berief sich die Parteiführung auf eben jene Forderungen aus der „werk-tätigen Bauernschaft“, die sie zuvor selbst in Szene gesetzt hatte, und definierte drei LPG-Typen, zwischen denen die Bauern wählen konnten. Während im Typ I lediglich der Boden der Mitglieder gemeinschaftlich bewirtschaftet wurde, schloss der Typ II (der in der Praxis kaum eine Rolle spielte) die Übernahme von Ackerland, Maschinen, Zugtieren und Geräten für die Bodenverarbeitung durch die LPG mit ein. Der Typ III schließlich schrieb auch die Nutzung privater Wirtschaftsgebäude und Viehbestände der Mitglieder durch die LPG fest.

Sehr schnell wurde freilich das grundlegende Problem der Kollektivierungspolitik deutlich: Ihr fehlte eine Mehrheit unter der ländlichen Bevölkerung. Denn obwohl mit einem Beitritt massive Vergünstigungen verbunden waren und obwohl damit die eigene Existenz oftmals überhaupt erst gesichert werden konnte, verweigerte sich die überwiegende Anzahl der Bauern einem solchen Schritt konsequent. Zwar waren bis Mitte August 774 LPG gegründet, doch gerade jene Betriebsinhaber, die erfolgreich arbeiteten, sahen nur wenig Veranlassung, ihren Betrieb in eine Gemeinwirtschaft einzubringen. Denn: Welche Überlebenschancen würden Genossenschaften, die fast

Die LPG-Typen

Im Gegensatz zum sowjetischen Vorbild existierten in der DDR drei verschiedene LPG-Typen, deren Besonderheiten durch die staatlich verordneten Musterstatuten festgeschrieben wurden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Typen waren vielfältig, fanden ihren Ausdruck aber vor allem im jeweiligen „Vergesellschaftungsgrad“ der Produktionsmittel. In allen drei Fällen blieb der Boden als wichtigstes Produktionsmittel formalrechtliches Eigentum der Bauern, die Verfügungsgewalt darüber wurde ihnen aber konsequent entzogen.

LPG Typ I

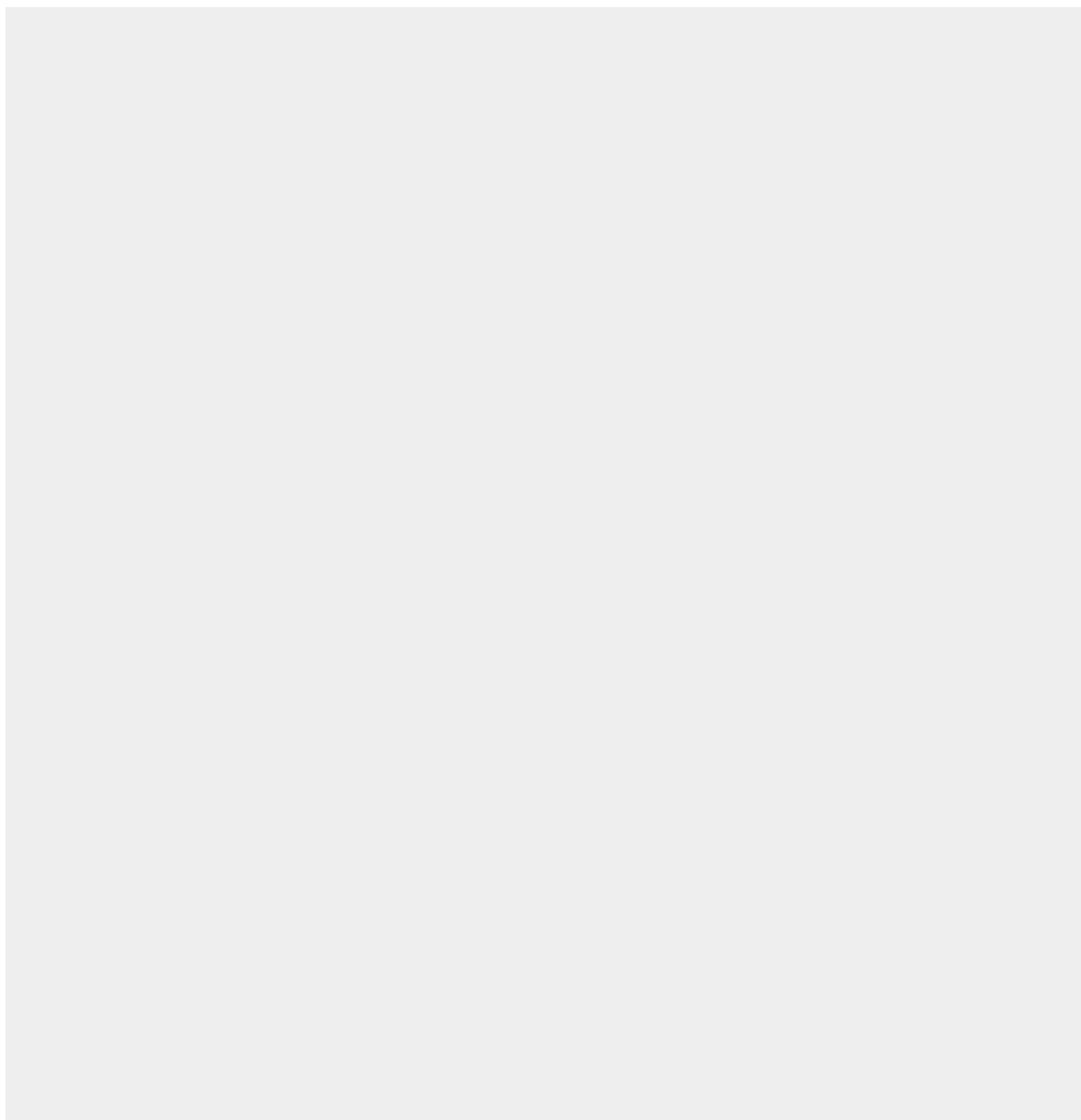
Nur die Felder werden gemeinschaftlich bearbeitet. Die Viehbestände sowie alle Maschinen und Geräte bleiben weiterhin im Besitz der LPG-Mitglieder, die damit eigenverantwortlich wirtschaften. Das gilt auch für einen halben Hektar Ackerland pro Familie, der die Grundlage der „individuellen Hauswirtschaft“ bildet.

LPG Typ II

Ackerland, Zugtiere sowie Maschinen und Geräte zur Bodenbearbeitung werden von der Produktionsgenossenschaft übernommen. Das Zucht- und Nutzvieh verbleibt ebenso wie die Gerätschaften zur Bearbeitung der auch hier zugestandenen „individuellen Hauswirtschaft“ persönliches Eigentum der Bauern. In der Praxis spielte dieser Typ kaum eine Rolle.

LPG Typ III

Hier ist der „Vergesellschaftungsgrad“ der Produktionsmittel am höchsten. Nahezu die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche – auch Obstplantagen, Wald und Wiesen – muss in die LPG eingebracht werden. Gleiches gilt für Maschinen, Geräte und Vieh. Sowohl die Pflanzenproduktion als auch die Tierhaltung sind genossenschaftlich organisiert. Eine Ausnahme bildet wiederum die „individuelle Hauswirtschaft“, die nun auch eine begrenzte Anzahl Nutzvieh umfassen kann.



(Foto: Bundesarchiv S 98363)

Das ehemalige Gut in Görsdorf (Kreis Luckenwalde) wurde zur MAS-Station und dient heute den schaffenden Bauern. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

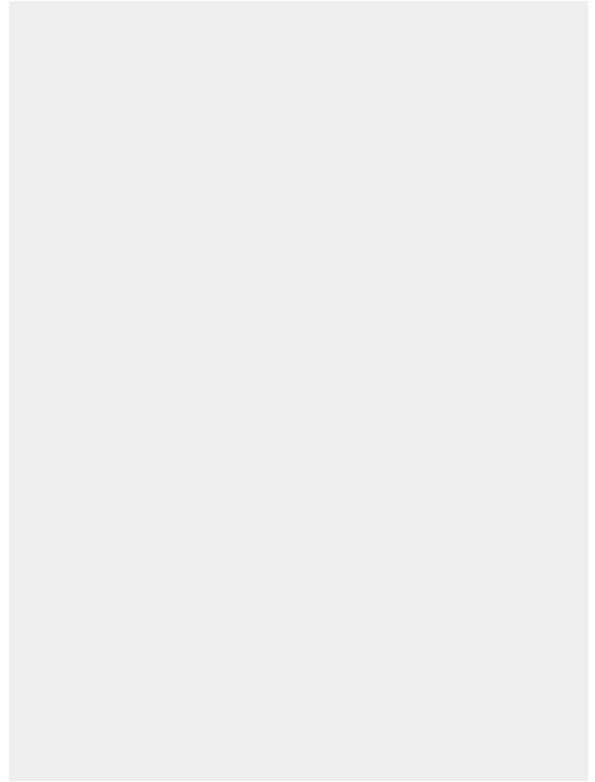
ausschließlich aus kaum überlebensfähigen Neubauernbetrieben bestanden, im Vergleich zu den wirtschaftlich starken Altbauern haben? Die SED reagierte auf diese Ablehnung, wie sie es bereits auf der Parteikonferenz angekündigt hatte: mit einer

weiteren Verschärfung des Klassenkampfes. Obwohl erkennbar war, dass die Produktivität der LPG weit hinter jener der Privatbetriebe lag und am Ende des Jahres selbst mehrere der massiv geförderten Muster-LPG zahlungsunfähig waren, forcierte die Partei-

führung die Umsetzung ihrer Zukunftsvisionen in zunehmendem Maße. LPG-Vorsitzende wurden auf zentrale Anweisung bewaffnet, Gegner der Kollektivierung inhaftiert, Schauprozesse in zahlreichen Dörfern abgehalten, Ablieferungsverpflichtungen willkürlich erhöht und immer mehr Betriebsinhaber enteignet. Allein auf der Grundlage einer einzigen, im Februar 1953 verabschiedeten Verordnung verloren innerhalb von fünf Wochen mehr als 6.500 Bauern ihre Höfe. Die Polizei, die Justiz und – weit weniger erfolgreich – das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) waren im Dauereinsatz, um die Beschlüsse der SED-Führung in den Dörfern umzusetzen.

Abermals waren die Folgen fatal. Seit 1952 waren dem Staat durch die Vertreibung von Großbauern mehr als 621.000 Hektar Nutzfläche anheim gefallen, ohne dass die Voraussetzungen gegeben waren, sie effektiv zu bewirtschaften. Versuche, dies durch den Einsatz von Industriearbeitern oder Strafgefangenen zu kompensieren, scheiterten kläglich. Einen weiteren Entzug der ohnehin knappen Arbeitskräfte brachte die ständig steigende Anzahl von „Republikfluchten“ mit sich. Waren im ersten Quartal des Jahres 1952, unmittelbar vor dem Beginn der Kollektivierung, 455 Bauern aus der DDR geflohen, so waren es im gleichen Zeitraum des Folgejahres bereits 5.685, im zweiten Quartal des Jahres 1953 5.391 weitere. In den Dörfern hieß es nun immer öfter: „Durchsetzen wird sich die LPG Typ IV, die Menschen weg, der Boden hier.“ Die sozialen, ökonomischen und politischen Spannungen stiegen dramatisch.

Es war die Führung in Moskau, die nach Stalins Tod im März 1953 erkannte, welche verheerenden Auswirkungen dies für das



(Foto: Bundesarchiv 100 034 021)

SED-Regime haben könnte. Denn die Probleme beschränkten sich keineswegs auf den ländlichen Lebensraum. Auch in den Städten versuchte die Monopolpartei, ihren Sozialismuskurs unter allen Umständen durchzusetzen. Da die landwirtschaftliche Produktion einbrach, würden Rationierungen und Preiserhöhungen für Lebensmittel bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsanforderungen letztlich nicht zu vermeiden sein. Auch das würde die gesamte Bevölkerung treffen. Noch im März ordnete die sowjetische Schutzmacht daher den Abbruch der Kollektivierung an. Doch es geschah bisher Udenkbares: Die SED-Führung verweigerte sich. Zwar folgte sie den Anweisungen formal, forcierte die „sozialistische Umgestaltung“ im unbedingten Glauben an die Überlegenheit des eingeschlagenen Weges intern jedoch weiterhin. Damit verschärfte sie auch die bereits existierenden Probleme nachhaltig.

Anfang Juni des Jahres 1953 hatte sich die Situation derart zugespitzt, dass die sowjetische Partei- und Staatsführung nun unzweideutig reagierte. Sie bestellte Spitzenfunktionäre der SED nach Moskau ein und forderte dort ultimativ den Abbruch der seit 1952 verfolgten Politik. Sie diktierte einen Text, der als „Neuer Kurs“ in die Geschichte der DDR eingehen sollte. Ab dem 10. Juni 1953 ohne jegliche Erläuterung in den Medien der DDR veröffentlicht, stellte dieser Schriftsatz schlichtweg eine Sensation dar. Denn hierin gab die politische Führung des Landes, die von sich selbst behauptete, immer Recht zu haben, nicht nur den Abbruch nahezu aller Sozialismus-Experimente bekannt, sondern räumte erstmals und öffentlich Fehler ein. Die Bevölkerung, die in den vergangenen zwölf Monaten die Konsequenzen des Klassenkampfes am eigenen Leibe hatte spüren müssen, forderte Konsequenzen. Die SED-Spitze verweigerte sie. Das brachte das Fass zum Überlaufen. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der die herrschende Diktatur an den Rand ihres Abgrundes brachte und nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden konnte, war die Folge.

Die Landwirtschaft war vom „Neuen Kurs“ in mehrfacher Hinsicht betroffen; er stellte die bisherigen Entwicklungen auf den Kopf. Enteignete Bauern sollten ihr Land zurück-erhalten, eingesperrte Dorfbewohner aus den Gefängnissen entlassen werden und „Republikflüchtige“ straffrei in die DDR zurückkehren können. LPG-Gründungen wurden ausgesetzt, unrentable Produktionsgenossenschaften sollten aufgelöst und ihre einseitige Förderung beendet werden. Wie ihre weitere Zukunft aussehen würde, blieb gänzlich unklar. Plötzlich, unerwartet und unkommentiert hatten sich die Vorzeichen

verkehrt. Statt der bisher bedingungslos protegierten LPG waren es nun die bis zu diesem Zeitpunkt verfeimten Einzelbauern (und Großbauern waren hier explizit eingeschlossen), denen die weitreichende Unterstützung des Staates zukommen sollte. Öffentlich hatten Partei und Regierung ihren forcierten Kollektivierungskurs als Fehler bezeichnet. Und obwohl sofort spekuliert wurde, dass ein solches Eingeständnis nur auf Druck aus Moskau erfolgt sein könne, war die wichtigste Schlussfolgerung aus dem Schuldeingeständnis doch eine andere und wurde in vielen Dörfern geäußert: „Dieser Beschluss bedeutet, dass die SED und die Regierung unfähig sind.“

Erkennbar früher als in den Städten, ab dem 12. Juni, brach daraufhin der Sturm los. Während in den späteren Zentren des Aufstandes noch weitgehende Ruhe herrschte, kam es in den Dörfern zu vielfältigen Widerstandsaktionen. Bis zum 21. Juni sollte es in über 300 Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern Proteste geben. Fahnen wurden öffentlich verbrannt, Bürgermeister verprügelt und neue Gemeindevertretungen gewählt. Besonders verhasste Funktionäre mussten unter dem Hohngelächter der Einwohner Stalinbilder durch das Dorf tragen oder auch in Fäkaliengruben springen. Immer wieder wurden drei Forderungen erhoben: Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen sowie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Dabei blieben die Proteste keineswegs auf die Dörfer beschränkt. In zahlreichen Kreisstädten, etwa in Jessen und Mühlhausen, organisierten Bauern Demonstrationen oder nahmen an solchen teil. Selbst unter den Demonstranten in Berlin befanden sich Landwirte. „Der faschistische Putschversuch am 17. Juni 1953 hat gezeigt, dass der Klassengegner seine Kräfte auf das Land konzentriert“,

sollte das Ministerium für Staatssicherheit später festhalten.

Wie in den Städten, so reagierte die sowjetische Schutzmacht nach einem Moment der Unsicherheit auch in den kleineren Gemeinden mit aller Härte. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, Dörfer von Panzern umstellt und ungezählte Verhaftungen vorgenommen. Doch der Protest sollte weiter anhalten. Über zehn Prozent der zuletzt 5.074 LPG lösten sich in der Folgezeit auf. Mehr als 33.000 Mitglieder erklärten ihren Austritt, in Bauernversammlungen wurde die Abschaffung der Pflichtablieferung sowie die Einführung der Marktwirtschaft gefordert, immer wieder wurden Straßensperren errichtet und wiederholt kam es zu Streiks. Die Ablieferungszahlen blieben auch in der zweiten Jahreshälfte rückläufig. In Übereinstimmung mit den Festlegungen des „Neuen Kurses“ war die Kollektivierung zu einem vorläufigen Schlusspunkt gelangt.

Die „Vieweg-Theorie“ und ihre Folgen

Unmittelbar unter dem Eindruck des Volksaufstandes beschlossen SED-Führung und Ministerrat der DDR eine Reihe von Maßnahmen, die auf eine Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe und vermeintlich auch auf eine rechtliche Angleichung einzelbäuerlicher und genossenschaftlicher Wirtschaftsformen abzielten. Vormalige Besitzer konnten ihre enteigneten oder verlassenen Betriebe zurückbekommen und Kredite zur Wiederaufnahme der Arbeit erhalten, die

Höhe der Pflichtablieferungen landwirtschaftlicher Produkte wurde zum Teil drastisch gesenkt (bei Eiern z.B. um mehr als 65 Prozent), Ablieferungsschulden wurden gestundet, gesperrte Konten freigegeben und zuvor erhobene Verwarnungsgelder ersatzlos gestrichen. Und auch auf den Tagungen der SED-Führung, die in den Folgewochen stattfanden und die die weitere Vorgehensweise der Partei nach dem Volksaufstand festzulegen versuchten, wurde die allseitige Förderung der einzelbäuerlichen Betriebe nachdrücklich betont.

Tatsächlich jedoch wurde ein Abbruch der Kollektivierung nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Bereits im September 1953 verwarf das Zentralkomitee der SED den zuvor verhängten Aufnahmestopp und ordnete abermals die uneingeschränkte Unterstützung von LPG-Gründungen an. Damit sollten nicht zuletzt die brach liegenden Flächen in Bewirtschaftung genommen werden, deren Anteil weiter anwuchs und 1956 einen neuerlichen Höchststand von 16 Prozent der Gesamtfläche erreichte. Da zeitgleich der Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten erheblich anstieg – zwischen 1950 und 1956 verdoppelte sich der Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Fett und Eiern in etwa –, verlangte dieses Problem zunehmend nach einer Lösung. Versuche, die Flächen in Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben (ÖLB) zusammenzufassen und den jeweiligen Gemeinden zu übertragen, erwiesen sich schnell als ungeeignet. Auch die LPG, deren materielle und technische Ausstattung mangelhaft blieb, zeigten sich nicht in der Lage, hier entlastend einzuspringen. Im Gegenteil, die Übernahme der oftmals verwahrlosten Flächen senkte die geringe Produktivität der Gemeinwirtschaften in vielen Fällen weiter ab. Auch die Umwand-

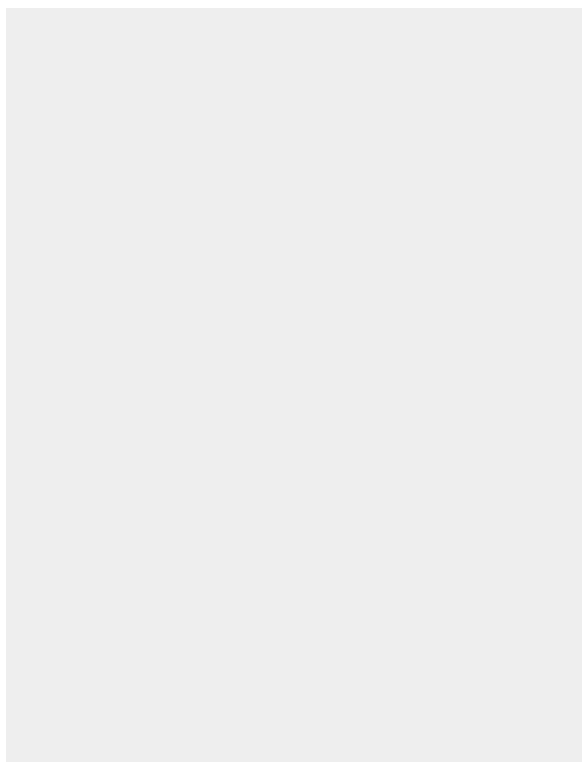
lung von ÖLB zu LPG erwies sich als kontraproduktiv und wurde von den Einzelbauern in den Dörfern als neuerlicher Beweis agrarwirtschaftlicher Unfähigkeit der politischen Führung gewertet. Zunehmend kam die Frage nach Alternativen zum eingeschlagenen Kurs auf.

Befördert wurden derartige Bestrebungen durch die vorsichtige Entstalinisierungspolitik, die der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Februar 1956 ausgelöst hatte. Überall im Ostblock ergaben sich daraus Reformdebatten, Inhalt und Umfang der ausgelösten Umstrukturierungsprozesse unterschieden

sich jedoch auch in Hinblick auf die jeweilige Agrarpolitik deutlich. In Polen und Ungarn etwa war ein endgültiger Abbruch bzw. eine Verlangsamung der „Vergenossenschaftlichung“ die Folge. In der DDR hingegen kam es vor allem zu intellektuellen Debatten, die jedoch auch in den Dörfern auf Widerhall stießen.

Größte Aufmerksamkeit erlangte in diesem Zusammenhang das „Neue Agrarprogramm für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR“, das im November 1956 von Kurt Vieweg und seiner Assistentin Marga Langendorf vorgelegt wurde. Seine Popularität verdankte das Papier nicht zuletzt Vieweg selbst, der als einer der Wenigen aus der SED-Führungsspitze über fundierte agrarökonomische Kenntnisse verfügte, diese in verschiedenen Funktionen nachgewiesen hatte und daher auch bei der ländlichen Bevölkerung auf eine gewisse Akzeptanz stieß.

Inhaltlich ging das Programm von einem langfristigen Nebeneinanderbestehen von genossenschaftlichen und einzelbäuerlichen Betrieben aus. Das Endziel kommunistischer Agrarpolitik, eine durchgängig „vergenossenschaftlichte“ Landwirtschaft, war damit nicht in Frage gestellt. Dessen Realisierung aber sollte nicht in unmittelbar absehbarer Zeit erfolgen, sondern erst nach einer umfassenden ökonomischen Stabilisierung der Produktionsgenossenschaften. Von deren langfristigen Überlegenheit überzeugt, regten Vieweg und Langendorf u.a. die sofortige Einstellung aller direkten und indirekten Zwangsmaßnahmen, die Aufhebung der Pflichtablieferungen, die Einführung eines einheitlichen Preissystems, die Wiederetablierung der traditionellen Spezialgenossenschaften sowie eine gleich-



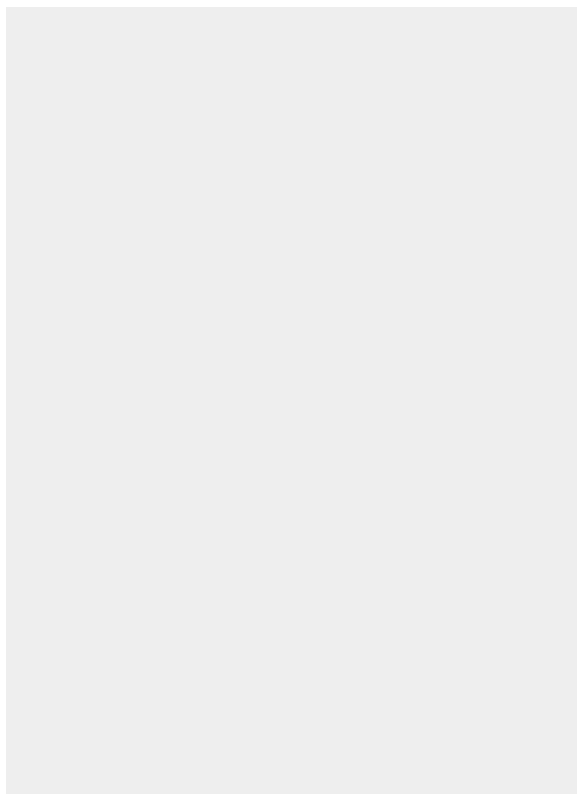
(Foto: Bundesarchiv 24 725/2N)

Am 21.5.1954 besuchte Präsident Wilhelm Pieck das volkseigene Saatzuchthauptgut Petkus, Kreis Luckenwalde und besichtigte unter anderem die großangelegte Ferkelaufzucht des Gutes. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

berechtigte Förderung der Produktionsgenossenschaften und der einzelbäuerlichen Betriebe an.

Mit ihrer programmatischen Initiative stießen die Verfasser jedoch von Anbeginn auf entschlossenen Widerstand orthodoxer Teile der SED-Spitze. Mit der Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und Polen verengten sich die Spielräume für Reformversuche im Spätherbst 1956 spürbar. In diesen Sog gerieten Vieweg und Langendorf, deren Vorschläge nun zunehmend als „konterrevolutionär“ gebrandmarkt wurden. Am Beginn des Jahres 1957 entschied die Parteiführung intern, Alternativen endgültig auszuschließen und unzweideutig auf eine weitere Kollektivierung zu orientieren. Dass sie sich dazu entschloss, hatte auch mit den Ausarbeitungen Viewegs und Langendorfs zu tun, die in den Dörfern zum Teil begeisterte Unterstützung fanden, da sich hier zentrale Forderungen der Bevölkerung widerspiegeln. Das traumatische Erlebnis des 17. Juni 1953 im Hinterkopf, fürchtete die Führung der Monopolpartei ein Anwachsen derartiger Ansprüche zutiefst, zumal sich in Polen und Ungarn erst kürzlich gezeigt hatte, wie schnell Reformversuche außer Kontrolle geraten konnten. Dies offenbart die Tragik des „Neuen Agrarprogramms“: Auf eine Ausweitung agrarwirtschaftlicher Rationalität abzielend, löste es doch eine gegenläufige Tendenz mit aus und führte mittelfristig zu einer umfassenden Radikalisierung der Kollektivierungspolitik. Vieweg und Langendorf sollten ihre Überlegungen, die sie auch öffentlich in ausgewählten Gemeinden diskutiert hatten, nach einer zeitweiligen Flucht in die Bundesrepublik mit langjährigen Haftstrafen bezahlen. Ihre Namen verschwanden damit jedoch keineswegs aus den agrarwirtschaftlichen Diskussionen. Im Gegenteil,

gerade als Argument gegen allzu aufdringliche Werbungsversuche für die LPG sollte der Verweis auf das Programm in den Folgejahren zum festen Bestandteil bäuerlicher Selbstbehauptung werden. Der „sozialistische Frühling“ des Jahres 1960 ließ sich damit freilich nicht verhindern.



(Foto: Bundesarchiv 100 035 012)

Zwangskollektivierung. Der „sozialistische Frühling“

Bis zum Volksaufstand des Jahres 1953 war etwa ein Viertel aller privatbäuerlichen Betriebe in LPG überführt worden, bis zum

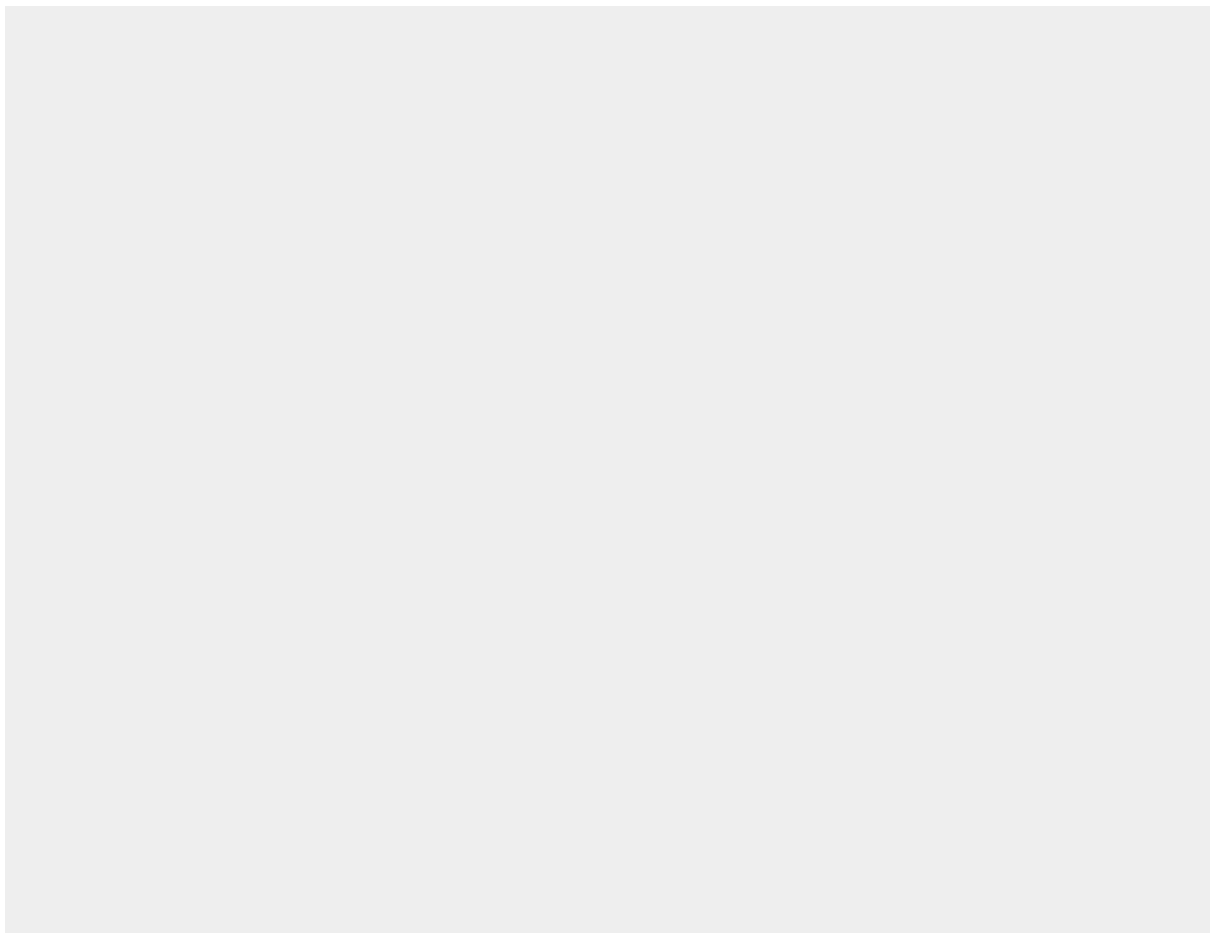
Ende des Jahres 1959 folgte ein weiteres Viertel. Die 9.566 Produktionsgenossenschaften bearbeiteten nun 45,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in 367 Dörfern waren bereits alle Bauern Mitglied einer Gemeinwirtschaft. Doch noch immer bestanden etwa 400.000 Privatbetriebe, die über deutlich mehr als die Hälfte der Fläche verfügten, in 883 Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern gab es keine LPG.

Seit dem V. Parteitag des Jahres 1958 hatte die SED-Führung auch öffentlich wieder eindeutig auf das Ziel einer vollständigen Kollektivierung orientiert, diese zunächst jedoch für das Jahr 1965 anvisiert. Auch 1959 deutete nur wenig auf einen schnellen Abschluss der „sozialistischen Umgestaltung“ hin. Einige Monate später hatte sich das Bild dennoch fundamental gewandelt. Lediglich 18.821 einzelbäuerliche Betriebe existierten noch und die Produktionsgenossenschaften erstreckten sich über 83,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Etwa eine halbe Million Menschen war ihnen innerhalb weniger Wochen beigetreten, die Mitgliederzahl hatte sich damit etwa verdoppelt. Was war geschehen?

Noch immer erfüllte die Agrarwirtschaft nicht die an sie gestellten Forderungen. Zwar gelang eine Produktionssteigerung, doch lag diese deutlich hinter den Ergebnissen der Bundesrepublik und genügte nicht, um die ehrgeizigen Planziele zu erfüllen. Gerade mit der Abschaffung der letzten Lebensmittelkarten im Jahr 1958 stieg der Verbrauch an Nahrungsmitteln aber sprunghaft an – und konnte immer weniger befriedigt werden. Eine der schwersten Versorgungskrisen in der Geschichte der DDR nahm ihren Lauf. Schlimmer noch: Schon unmittelbar nach dem V. Parteitag

hatte sich gezeigt, dass das erhoffte Anwachsen der LPG-Zahlen ausblieb. Ein solches Wachstum galt der politischen Führung jedoch als unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Steigerung der Produktion. Augenscheinlich lieferten die Einzelbauern im Durchschnitt noch immer deutlich mehr Erzeugnisse als die Gemeinwirtschaften, doch galten die Entwicklungsmöglichkeiten der Privatbetriebe seit Marx, Engels und Lenin als begrenzt. Im Selbstverständnis der SED-Spitze musste es daher oberstes Ziel sein, den genossenschaftlichen Sektor zu stärken. Doch immer weniger Bauern und ihre Familienangehörigen erklärten sich bereit, einer LPG beizutreten. Hatte der flächenbezogene Zuwachs der Produktionsgenossenschaften 1958 landesweit noch 11,8 Prozent betragen, so ging dieser im Verlauf der ersten drei Quartale des Folgejahres auf bis zu 1,6 Prozent zurück und lag regional unter einem Prozentpunkt. Versorgungs- und Kollektivierungskrise trafen jetzt aufeinander. Die möglichen Folgen waren nicht abzuschätzen.

Doch dann bot sich ein vermeintlicher Ausweg. Der Kreis Eilenburg (Bezirk Leipzig), der wegen seiner mangelnden Planerfüllung bisher als agrarwirtschaftlicher Problemfall gegolten hatte, meldete am 12. Dezember 1959 nach Berlin, dass es gelungen sei, alle Bauern für die LPG zu gewinnen. Aufgrund der damit einhergehenden „Bewusstseinsänderung der Menschen in unseren Dörfern“ sei es nun möglich, die hochfliegenden Pläne zu erfüllen und damit die eigene Überlegenheit im Systemwettstreit mit der Bundesrepublik nachzuweisen. Daran glaubte auch die SED-Führung ohne eine Spur von Zweifel. Seit ihrem Beginn war die Kollektivierung als einzige Möglichkeit bezeichnet worden, die angestrebten Produktionszuwächse zu



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Parteiversammlung 1957

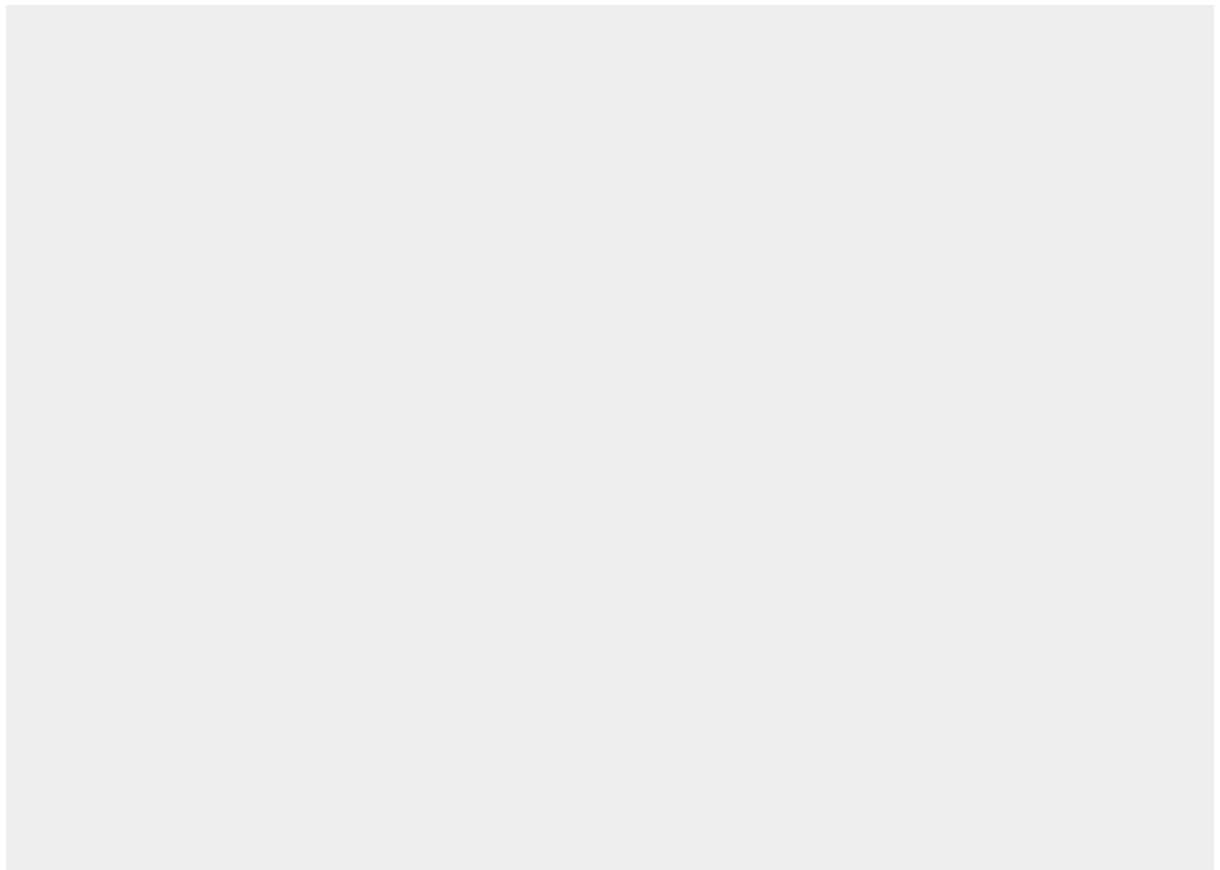
erzielen. In der Krisensituation der Jahre 1959/60 musste die weitere Intensivierung der „sozialistischen Umgestaltung“ daher als effiziente Lösung der angestauten Probleme erscheinen. Das grundlegende Problem blieb jedoch die mangelnde Bereitschaft der landwirtschaftlichen Produzenten, daran teil zu haben. Schon 1953 hatte sich angedeutet, dass es für die Kollektivierung keine Mehrheit in den Dörfern geben würde, und die folgenden Jahre hatten daran nur wenig geändert. Daher konnte es kaum Unklarheiten darüber geben, dass ein kurzfristiger Abschluss der „Vergenossenschaftlichung“ nur unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen möglich

sein würde. Hatte es bisher auch immer freiwillige Beitritte zu den LPG gegeben, so verlor dies nun fast gänzlich an Bedeutung. Die Zwangskollektivierung des Jahres 1960 war das Ergebnis.

Die Anweisung dazu kam aus Berlin. Zwar war an keiner Stelle offen von Zwang und Gewalt die Rede, doch forderte die SED-Spitze die Vollendung der Kollektivierung nun ultimativ ein. Organisationseinheiten der Partei, Angehörige von Polizei, Justiz und Staatssicherheit, aber auch Arbeiter aus Industriebetrieben, Studenten und Mitglieder der Kampfgruppen überschwemmten nun die Dörfer und „überzeugten“ innerhalb

weniger Wochen mehrere Hunderttausend Bewohner, ihre Betriebe aufzugeben und „freiwillig“ einer LPG beizutreten. Nach Absprachen mit der Parteiführung hatte der Rostocker SED-Bezirkssekretär Karl Mewis im Januar 1960 den Anfang gemacht, nur drei Monate später hatte der „sozialistische Frühling“ das gesamte Land überrollt. So unterschiedlich die Kollektivierung in den Regionen begonnen hatte, so sehr ähnelten sich die Methoden, mit denen sie jetzt zum Abschluss gebracht wurde. Jegliche Ge-

setzlichkeit verlor ihre Bedeutung; eine Beschwerdeinstanz, an die sich die Bauern mit Erfolgsaussichten hätten wenden können, existierte nicht. Die Klagen mehrten sich zwar auf allen Ebenen, doch wurden derartige Bemühungen durchgängig als Provokation der „Klassenfeinde“ gewertet. Mitglieder der Werbebrigaden überstiegen Zäune und schlugen Scheiben ein, willkürliche Verhaftungen erfolgten. Richter und Staatsanwälte drohten mit drakonischen Strafen, Verwaltungseinrichtungen erhöhten



(Foto: Bundesarchiv 94106/1N)

1962: Lehrerstudenten helfen Wansdorfer Genossenschaftsbauern beim Rübenverhacken. Die Studenten der Außenstelle Wansdorf des Lehrerbildungsinstituts Potsdam sind den Genossenschaftsbauern der LPG „Aufbau“ (Typ III) in Wansdorf, Kreis Nauen, bei den in diesen Wochen anfallenden Pflegearbeiten auf den Rübenfeldern eine große Hilfe. An drei Tagen in der Woche arbeiten die künftigen Lehrer in der Genossenschaft praktisch, um sich die Grundkenntnisse in der landwirtschaftlichen Produktion anzueignen.

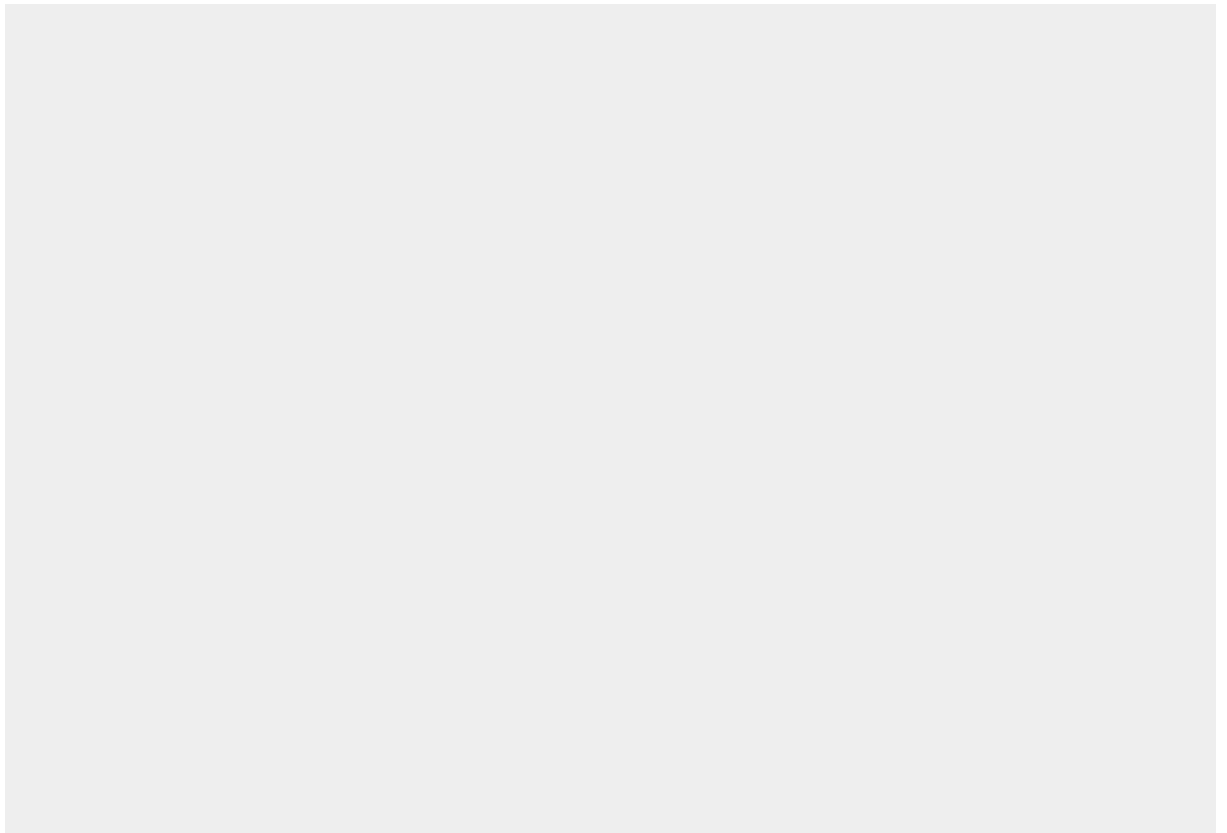
(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

die Ablieferungspflichten um ein Vielfaches und auch innerhalb der Dörfer entluden sich angestaute Probleme, persönliche Rechnungen wurden beglichen. Lautsprecherwagen plärren Propaganda (wenn es sein musste, rund um die Uhr) und die Zahl der Republikflüchtigen erhöhte sich ebenso markant wie die der Brandstiftungen und der Selbstmorde. Allein im ersten Halbjahr 1960 verließen daraufhin 5.257 in der Landwirtschaft Beschäftigte die DDR. Dies entsprach im Vergleich zum Vorjahres-

zeitraum einer Steigerung um 117 Prozent – 5.000 weitere Personen wurden bei einem solchen Versuch verhaftet.

Doch trotz der offensichtlichen Negativfolgen konnte Walter Ulbricht am 25. April 1960 vor der Volkskammer den Abschluss der Kollektivierung verkünden und ein Ende der agrarwirtschaftlichen Schwierigkeiten voraussagen. Schnell sollte sich zeigen, wie sehr er damit irrte.

Die Sechzigerjahre: Industrialisierung



(Foto: Bundesarchiv: 76 775/1N)

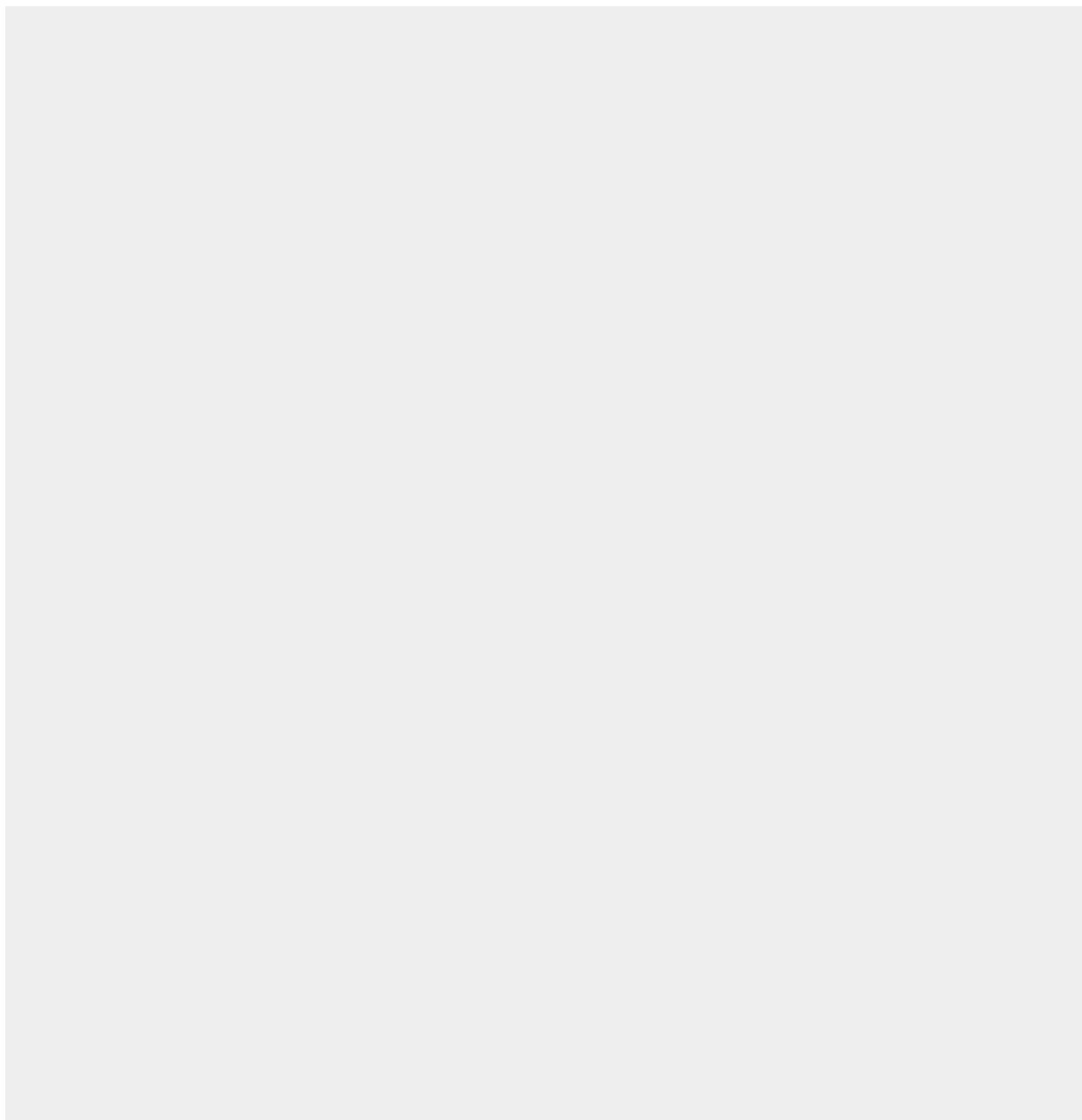
Zwangskollektivierung und Mauerbau

Die zentrale Planwirtschaft galt den Machthabern in Ost-Berlin als alleiniger Ausweg aus den vielfältigen ökonomischen Problemen. Mit dem Abschluss des „sozialistischen Frühlings“ waren auch in der Landwirtschaft strukturell alle Voraussetzungen geschaffen, um die vermeintliche Überlegenheit des Planes über den Markt praktisch nachzuweisen. Und gerade weil die Kollektivierung letztlich als Zwangsmaßnahme erfolgt war, lastete sowohl auf der SED als auch auf den LPG ein besonderer Erfolgsdruck; politische Legitimität und ökonomisches Wachstum waren hier eng miteinander verbunden. Seit 1952 galten die Produktionsgenossenschaften offiziell als einzig zukunftsträchtiges Modell landwirtschaftlicher Produktion, jetzt war es an ihnen, diese Überlegenheit zu demonstrieren.

Doch im Gegensatz zu den überschwänglichen Ankündigungen verbesserte sich die Versorgung mit Lebensmitteln keineswegs, im Gegenteil. Schon Anfang Mai 1960 beliefen sich die Ablieferungsrückstände bei Fleisch landesweit auf mehr als 29 Millionen Kilogramm. Das Angebot an Frischgemüse blieb mangelhaft, Frischobst befand sich überhaupt nicht mehr im Verkauf. Der Bedarf an Hülsenfrüchten war nur zu 60 bis 70 Prozent gedeckt, Gemüsekonserven wurden fast gar nicht und Obstkonserven nur noch gefüllt mit Kürbissen und Pflaumen gehandelt. Wenige Monate nach der Vollkollektivierung war die schlechte Lebensmittelversorgung bereits wieder das Hauptthema öffentlicher Gespräche und

eine Verbesserung der Situation in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Hauptursache dafür, und das wurde in der Bevölkerung sehr genau wahrgenommen, war die geringe Produktivität der LPG. Die fehlende Vorbereitung des „sozialistischen Frühlings“, schwere Engpässe bei Treibstoffen und Ersatzteilen, der unzureichende Viehbestand, eine ungenügende Koordination des Maschineneinsatzes, chaotische Entscheidungen der Verwaltung und Profilierungssüchte zahlreicher Funktionäre – all dies lag nicht in der Verantwortung der Produktionsgenossenschaften, schlug sich aber unmittelbar in den unbefriedigenden Betriebsergebnissen nieder.

Das eigentliche Problem jedoch stellte die mangelnde Freiwilligkeit dar, unter der die Bauern Anfang des Jahres 1960 in die LPG gepresst worden waren. Die „Märzgefallenen“, wie sie sich in einigen Gebieten des Landes selbst nannten, hatten ihren Beitritt unter dem zunehmenden Druck zwar erklärt, verweigerten sich nun aber den Anforderungen der genossenschaftlichen Arbeit. Verwandte bildeten LPG, denen mitunter nur zwei Betriebe angehörten und die einfach weiter arbeiteten wie bisher. „Weiche Pläne“ wurden aufgestellt, deren Zielstellungen unter den Ergebnissen der Vorjahre lagen, eine so genannte „Arbeitslangsam-Ideologie“ griff um sich und die LPG-Mitglieder konzentrierten sich zunehmend auf ihre persönliche Hauswirtschaft. Laut Statuten der Gemeinschaftsbetriebe durfte jedes Mitglied einen halben Hektar Land privat bewirtschaften und eine bestimmte Anzahl Vieh halten. Darauf wurde nun viel Zeit und Kraft verwendet. Insgesamt konnte so von genossenschaftlicher Arbeit nur sehr begrenzt die Rede sein. Erhöhte sich unter diesen Bedingungen der administrative Druck zur Kollektivarbeit, so ergaben sich daraus



(Foto: Bundesarchiv C 0325/05/4N)

1964 Bezirk Rostock: Jugendbrigade überbot Milchplan.

Mit 125 Prozent erfüllten die jugendlichen Mitarbeiter des Instituts für Tierzuchtforschung Dummerstorf ihren Milchplan für die ersten beiden Monate dieses Jahres. Bei jungen Tieren, die überwiegend erstmals gekalbt hatten, erreichten sie einen Stalldurchschnitt von rund 24 Litern. Grundlage für diese Erfolge waren ausreichende Futterreserven aus dem vergangenen Jahr sowie Pünktlichkeit und Sauberkeit beim Melken. Bis zum Tag der Republik wollen die jungen Melker 104.000 Liter Milch über den Plan liefern. Damit soll die durchschnittliche Milchleistung je Kuh auf 4.650 Liter Milch im Jahr steigen. Das Institut wird so gegenüber dem Vorjahr 300.000 Liter Milch mehr auf den Markt bringen.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)



(Foto: Bundesarchiv 76 364/1N)

18.9.1960 Cottbus:

Neun Bezirkssieger im Wettbewerb „Das schöne sozialistische Dorf“. Viele hundert Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern nahmen am 18. September in Fermerswalde im Kreis Herzberg an einer Großveranstaltung der Zentralen Kommission für den Wettbewerb „Das schöne sozialistische Dorf“ teil (...).

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

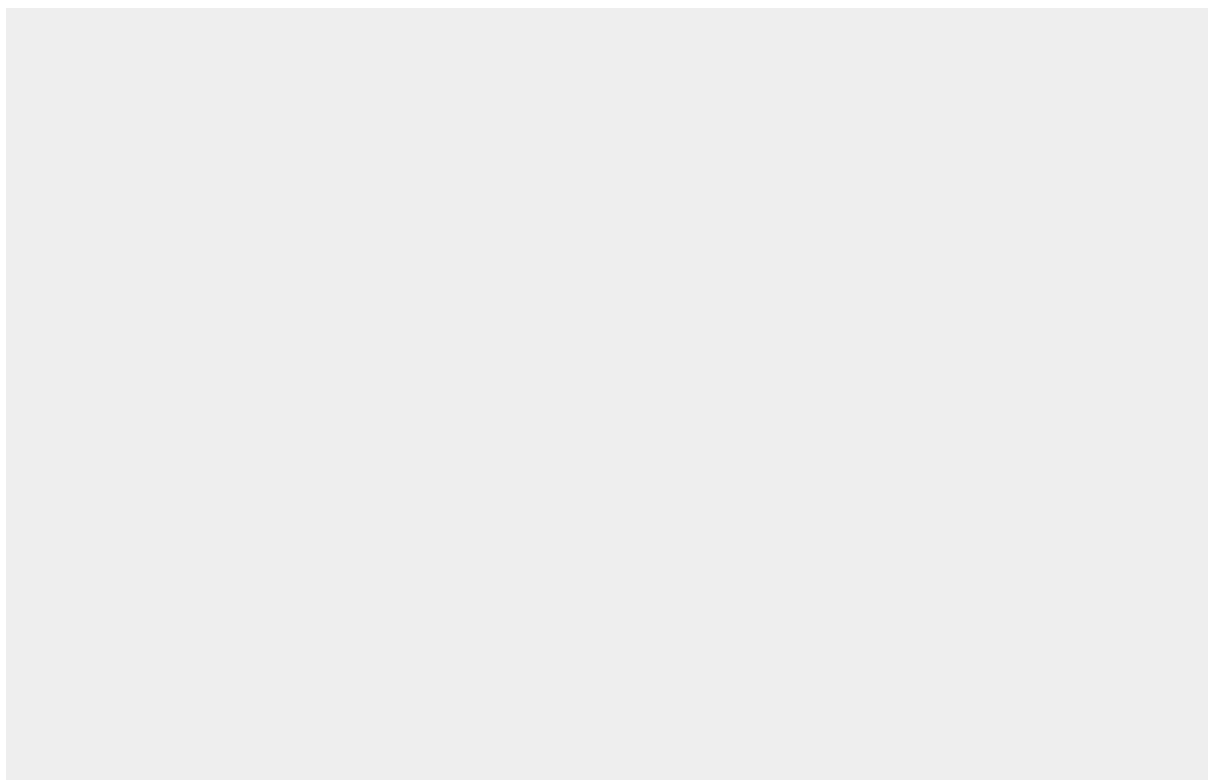
neue Aushandlungsprozesse, die immer öfter in einer „Republikflucht“ der Bedrängten endeten – 10.233 in der Landwirtschaft tätige Personen verließen 1960 die DDR, im ersten Quartal 1961 2.401 weitere. Im Sommer des Jahres 1960 und stärker noch ein Jahr später kam es zu Austrittswellen aus den LPG, die das Weiterbestehen der vollständig kollektivierten Landwirtschaft ernst-

haft in Gefahr brachten. Die politische Führung des Landes verlor zunehmend die Kontrolle.

Und die Probleme beschränkten sich keineswegs auf den agrarischen Sektor. Die Wirtschaft der DDR war mit den Zielstellungen des V. Parteitages schlichtweg überfordert. Der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsan-

spruch der SED hatte die DDR trotz zwischenzeitlicher Erfolge an den Rand des ökonomischen Zusammenbruchs gebracht, der zwangsläufig auch das Ende des politischen Systems nach sich gezogen hätte. Die Parteiführung reagierte, wie sie es schon zuvor in Krisensituationen getan hatte. Sie baute den Sicherheitsapparat aus und verstärkte die Zwangsmaßnahmen. Doch gerade vor dem Hintergrund steigender Lebensqualität in Westdeutschland erwies sich diese Vorgehensweise als kontraproduktiv, denn immer mehr Menschen verließen das Land. Da die Grenze zur Bundesrepublik bereits 1952 abgeriegelt

worden war, verblieb Berlin. Schon seit längerem hatten die kommunistischen Machthaber darauf gedrängt, hier eine Radikallösung herbeizuführen und die Übergänge zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt zu schließen. Im Sommer 1961 sah auch die sowjetische Schutzmacht keine andere Möglichkeit mehr, die DDR weiter am Leben zu erhalten – der Mauerbau am 13. August war die Folge. Die verfehlte Agrarpolitik der SED-Führung und ihre Unfähigkeit, die daraus erwachsenden Herausforderungen zu meistern, hatten dazu einen kaum zu überschätzenden Beitrag geleistet.



(Foto: Bundesarchiv 76 608/2N)

28.9.1960: Zur Vorbereitung des VI. Deutschen Bauernkongresses

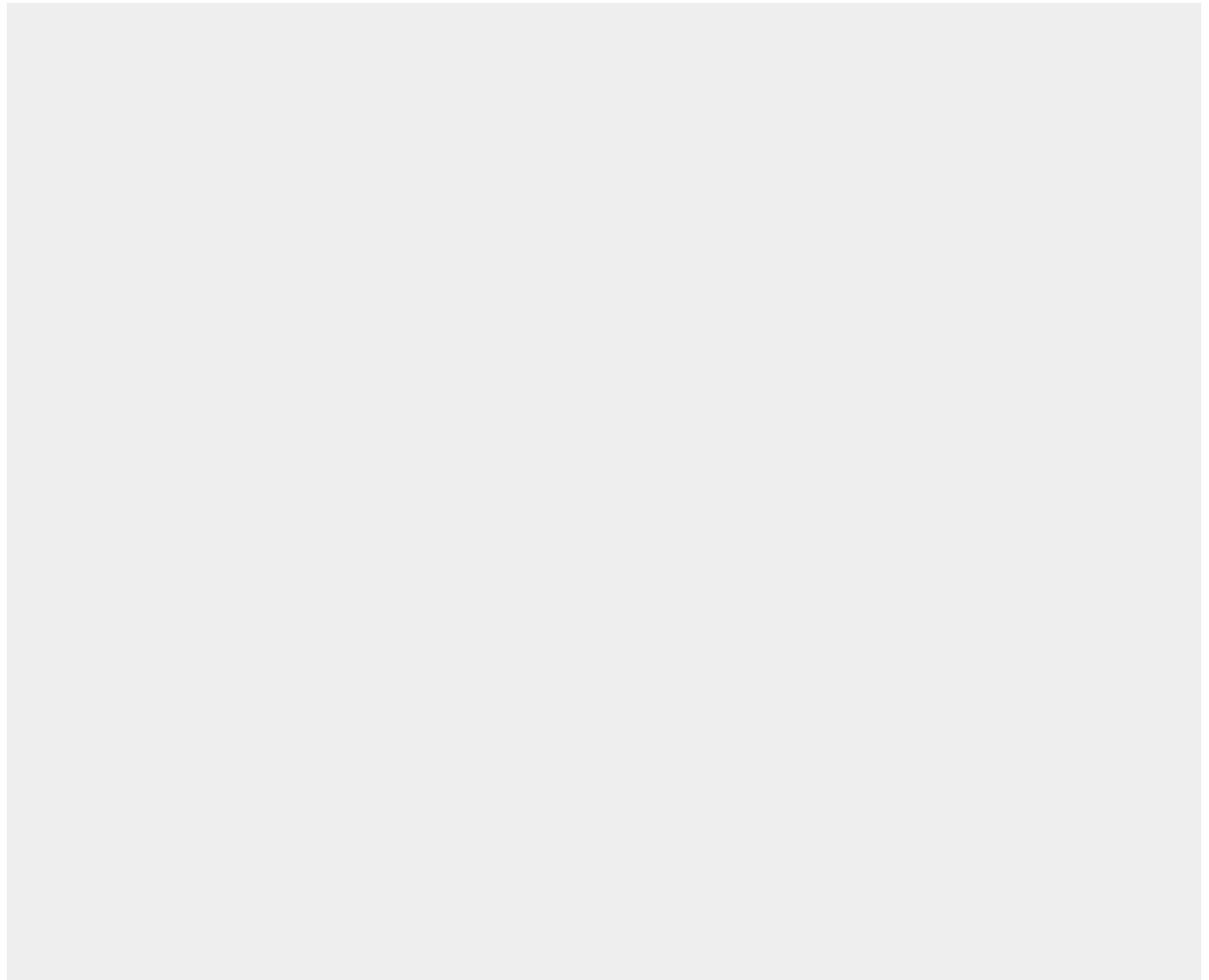
Kulturvolles Leben auf dem Dorf. Durch die maximale Steigerung der Marktproduktion wächst in den Dörfern der DDR Wohlstand und Glück. Die Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bauern und die Überwindung der Rückständigkeit des Dorfes wird das Ergebnis der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sein.

(Zeitgeschichtliche Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Schwierige Konsolidierung

Schon im Januar 1961 hatten die Medien der DDR das „Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit“ ausgerufen. Doch die damit verbundenen Absichten scheiterten

fundamental. Um so dringlicher war es, das LPG-System nach dem Mauerbau zu stabilisieren. Denn nicht zuletzt waren bisher die „Republikflüchtigen“ sowie „Klassenfeinde“ aus West-Berlin für die unbefriedigende ökonomische Entwicklung verantwortlich gemacht worden. Zur Festigung der Gemeinwirtschaften sparte die politische Führung daher weder Kosten noch Mühen, verordnete zugleich aber ein rigoroses Vorgehen



(Foto: Bundesarchiv 88 644/1N)

1961: Facharbeiter der Landwirtschaft ...

... werden schon am Anfang des nächsten Jahres mehrere Mitglieder der Feldbaubrigade aus der LPG „Vorwärts“ Wulkow b. Booßen, Bez. Frankfurt/Oder sein. Auch der Buchhalter der Genossenschaft und eine Lehrerin des Ortes nutzen die Winterzeit für die Qualifizierung zum Facharbeiter der Landwirtschaft im Feldbau. (Zeitgeschichtliche Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

gegen jede Form unangepassten Verhaltens. Die Zahl der Verhaftungen nahm nach dem 13. August 1961 auch in den Dörfern spürbar zu. Ebenso aber verstärkten sich die Bemühungen, die Arbeit in den Produktionsgenossenschaften zu erleichtern, ihren Mitgliedern Identifikationsmöglichkeiten anzubieten und die betrieblichen Unzulänglichkeiten so weit wie möglich auszuräumen. Lockung und Zwang gingen Hand in Hand.

Einen ersten wichtigen Schritt stellte die Übergabe der Technik von den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) an die LPG dar. Diese Absicht hatte bereits vor dem „sozialistischen Frühling“ bestanden, wurde nun aber stufenweise forciert. Damit sollte der Einsatz von Traktoren, Mähdreschern, Lege- und Erntemaschinen sowie anderen Gerätschaften optimiert, ihre Auslastung verbessert und zugleich günstige Voraussetzungen für eine Ausweitung der Großraumwirtschaft geschaffen werden. Denn über diese Zielstellung konnte kein Zweifel bestehen: Auf dem Wege beständig zunehmender Kooperation zwischen den LPG sollten auch in der Agrarwirtschaft „industriemäßige Produktionsmethoden“ eingeführt und so die Erträge nachhaltig gesteigert werden. An einen untrennbaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Prozessen glaubte die politische Führung der DDR ohne eine Spur von Zweifel – nicht zuletzt deshalb hatte sie die Kollektivierung so kompromisslos zu Ende geführt.

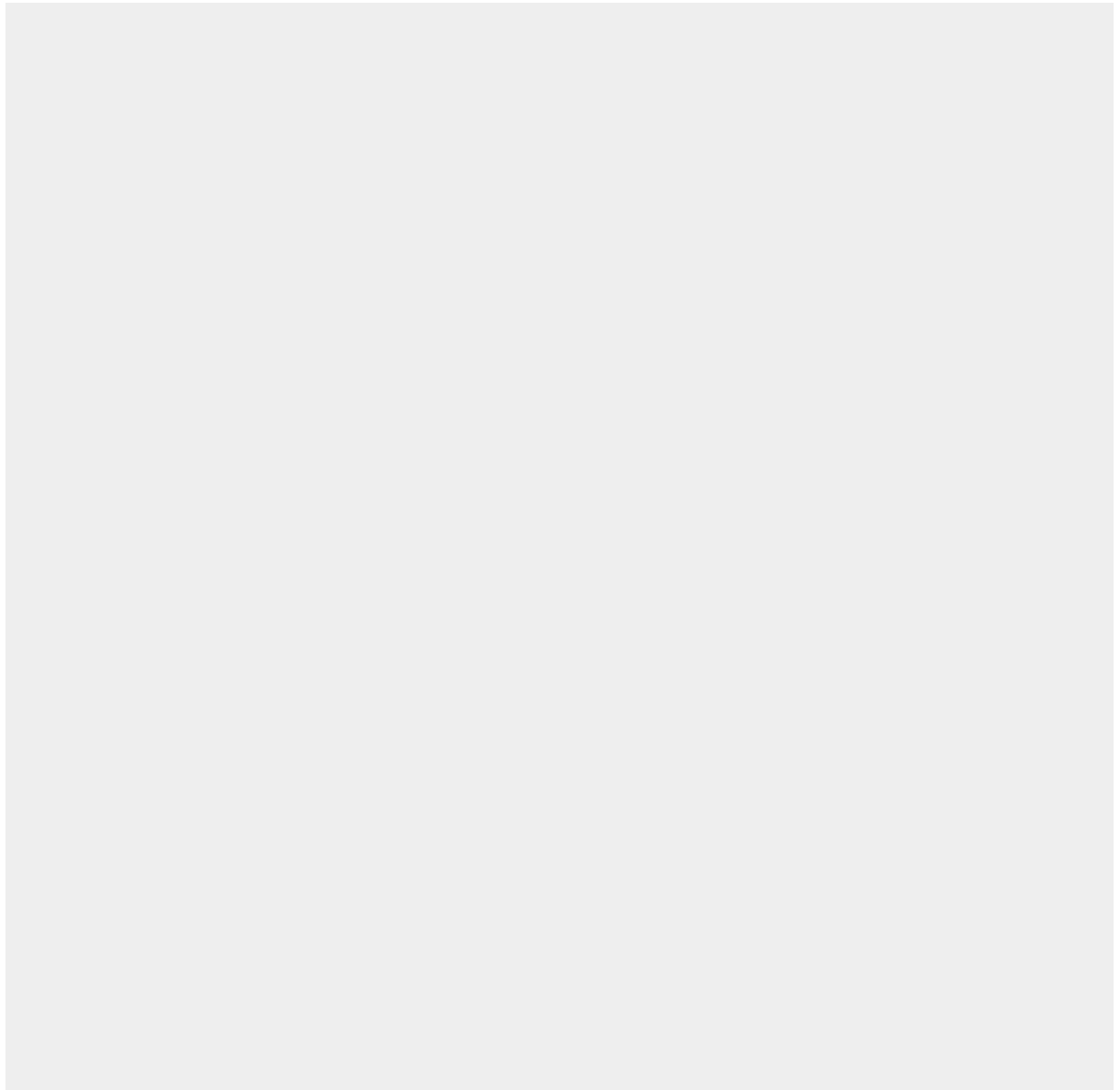
Neben der Technik wurden jetzt auch bisher unberücksichtigte Berufsgruppen für den Eintritt in die Produktionsgenossenschaften geworben. Wie das Beispiel der Traktoristen versinnbildlicht, war das nur konsequent. Bisher waren sie als Arbeiter in den MTS beschäftigt gewesen, aus einem

Abzug der Technik folgte eine Abwanderung der Techniker nahezu zwingend. Zwar oblagen den MTS, die sich ab 1964 Kreisbetriebe für Landtechnik (KfL) nennen sollten, weiterhin Reparaturaufgaben, über eigene Landmaschinen verfügten sie aber schon Mitte der Sechzigerjahre kaum noch. Doch der Beitritt von Traktoristen, Technikern, Verwaltungsangestellten und anderem Personal zu den LPG verlief nicht ohne Probleme. Die Entlohnung der Mitglieder erfolgte unter anderem auf der Grundlage des eingebrachten Bodens, über den fast ausschließlich die Bauern verfügt hatten. Wie aber sollten dann die landlosen Beitrittskandidaten bezahlt werden? Konnten Personen, die keinerlei Flächen einbrachten, trotzdem sämtliche Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen? Und wer sollte die Einrichtung der persönlichen Hauswirtschaften finanzieren? Erneut kam Unruhe auf.

Auch die sozialen Spannungen innerhalb vieler Produktionsgenossenschaften blieben vorerst bestehen. Die Art und Weise, wie sie zustande gekommen waren, trug wenig dazu bei, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu stärken. So lebten die überlieferten Beziehungen, die Traditionen, fort: Bauern blieben Bauern, und die Landarbeiter verrichteten weiterhin ihre angestammten Tätigkeiten. „Zusammenfassend kann die gegenwärtige Lage so eingeschätzt werden, dass durch die Maßnahmen vom 13.8.1961 auch eine gewisse Stabilisierung der Lage im Dorf erreicht worden ist, dass die Lage in den einzelnen Dörfern jedoch außerordentlich differenziert und unterschiedlich ist“, stellte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft treffend fest. So kurzfristig wie erhofft, ließen sich die Vorstellungen von SED- und Staatsführung unter den gegebenen Voraussetzungen tatsächlich nicht

verwirklichen. Selbst die Zusammenlegung der zahllosen Klein- und Kleinst-LPG verlief schleppender als erwartet. Zwar war die Zahl der Produktionsgenossenschaften zwei Jahre nach Abschluss der Kollektivierung bereits um etwa 15 Prozent zurückgegangen, doch trotz der vielen Fusio-

nen bewirtschaftete fast die Hälfte der verbliebenen 16.511 LPG durchschnittlich noch immer weniger als 200 Hektar. Für eine Einführung industriell geprägter Arbeitsabläufe konnten diese Flächen kaum als hinreichend angesehen werden.



(Foto: Bundesarchiv 83 501/3N)

Die 9. Landwirtschaftsausstellung der DDR in Markkleeberg wurde am 9.6.1961 durch den Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, feierlich eröffnet.

(Zeitgeschichtliche Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Die zahlreichen Negativerscheinungen fanden ihren deutlichsten Ausdruck in einem abermals spürbaren Rückgang der Hektarerträge bei wichtigen Kulturen wie Kartoffeln und Mais sowie auch in der tierischen Produktion. Gleichwohl zeigten die Bemühungen um die organisatorische und ökonomische Festigung der LPG erste Erfolge. Mit der endgültigen Abriegelung der DDR hatte auch die unkontrollierbare Abwanderung von Arbeitskräften ein jähes Ende gefunden und sich damit die Planungssicherheit der Betriebe verbessert. Die unmittelbare Verfügbarkeit über die Technik und die Verstärkung durch ausgebildete Fachkräfte ermöglichten den LPG ein eigenständigeres Handeln. Und nicht zuletzt waren mit der vollständigen Kollektivierung die angestammten Konkurrenten, die Einzelbauern, bis auf wenige Ausnahmen ihrer Existenz beraubt worden. All diese Faktoren sollten wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen. Denn mit der allmählichen Konsolidierung der Produktionsgenossenschaften und der zwischenzeitlichen Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems“ ab dem Jahr 1963 änderte sich das Erscheinungsbild der LPG langsam, aber spürbar.

Der Übergang zu „industriemäßigen Produktionsmethoden“

Indem sie die DDR endgültig einmauerte, verschaffte sich die SED-Spitze dringend notwendige Freiräume. Kaum jemand konnte sich jetzt noch ihrem Machtanspruch ent-

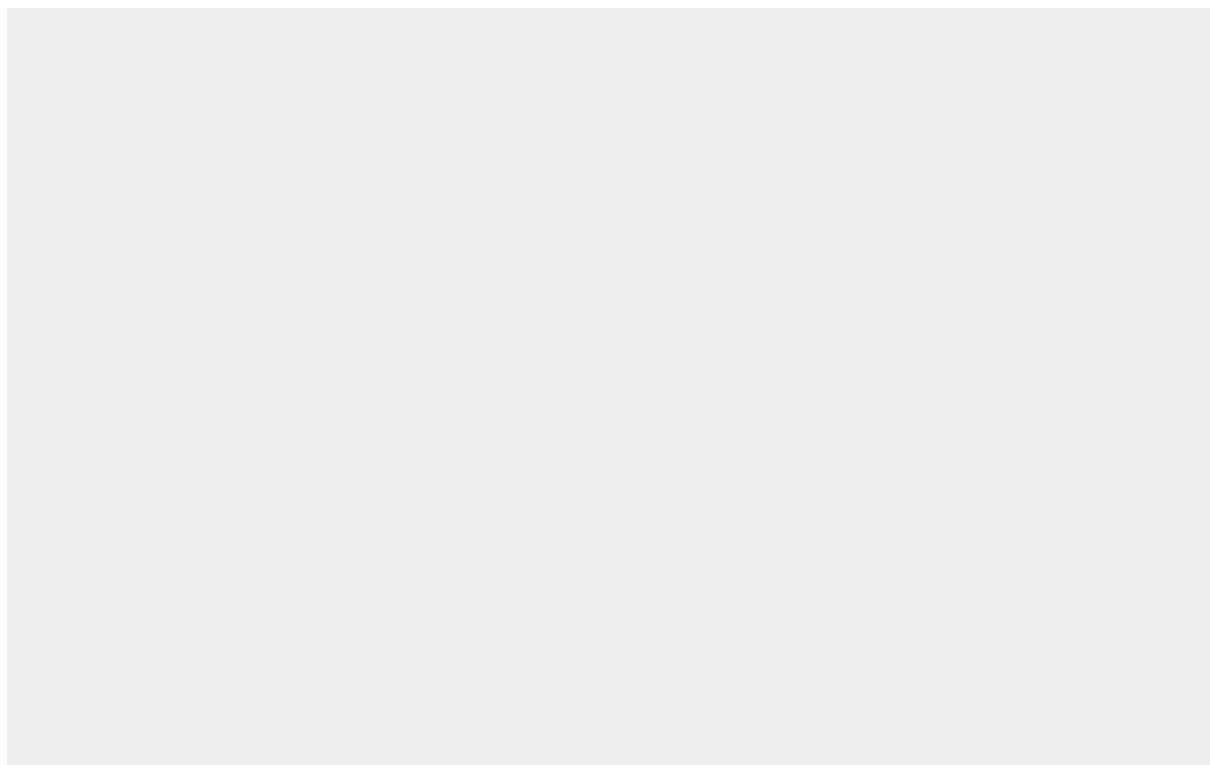
ziehen. Die politische Führung des Landes begriff diese Konstellation durchaus als Chance. Nach Jahren teils unerbittlichen Klassenkampfes sollte das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesellschaft auf ein neues Fundament gestellt werden und dabei auch die Ansprüche der Bevölkerung stärker als bisher Berücksichtigung finden. Sowohl die marxistische Weltanschauung als auch die realen Gegebenheiten forderten dafür vor allem eines: die nachhaltige Verbesserung der ökonomischen Situation der DDR. Die rigide Zentralplanwirtschaft der vorangegangenen Jahre hatte sich als wenig geeignet erwiesen, die vielfältigen Probleme zu lösen. Daher setzten die Verantwortlichen nun auf andere Wege, die unter anderem als „Ulbrichts Reformversuche“ in die Geschichte eingegangen sind. Freilich waren diese Reformen von Anbeginn begrenzt. Ihr grundlegendes Ziel war die Stimulierung des vorhandenen Leistungspotenzials. Dazu wurde auch die Eigeninitiative des Einzelnen angesprochen, die jedoch nicht zu weit gehen durfte. Weder war an eine Wiederbelebung des privaten Unternehmertums gedacht, noch durften die ökonomischen Neuerungen die politischen Machtverhältnisse in Frage stellen. Doch trotz dieser Einschränkungen blieben die Reformen nicht ohne Erfolg. Das schlug sich auch im agrarwirtschaftlichen Sektor nieder.

Nachdem ein langsamer Konsolidierungsprozess in den Produktionsgenossenschaften eingesetzt hatte, verkündete der VI. Parteitag der SED bereits im Januar 1963 den allmählichen Übergang zu „industriemäßigen Produktionsmethoden“ in der Landwirtschaft. Mechanisierung, Spezialisierung, Automatisierung und Chemisierung sollten wichtige Schritte auf dem Weg dorthin sein. Vor allem aber wurde eine weitere Konzentration der Produktionsabläufe mittels

Kooperation und Fusionierung von LPG angestrebt. Das letztendliche Ziel waren noch immer spezialisierte, großflächig strukturierte Agrarbetriebe, in denen alle Erkenntnisse des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ möglichst ungebrochen umgesetzt werden konnten. Das sollte nicht nur die Produktion ankurbeln, sondern auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Stadt und Land einander angleichen. Denselben Zwecken diente eine Reihe von Maßnahmen, die nun in schneller Folge eingeleitet wurden. Zur Schaffung flexiblerer Leitungsstrukturen löste die Regierung das Landwirtschaftsministerium auf und ersetzte es durch einen Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR; entsprechende Institutionen wurden auch auf Bezirks- und Kreisebene installiert. In ihnen arbeiteten neben den üblichen Partei- und Verwaltungsfunk-

tionären nun auch Fachleute aus der Praxis, die so zumindest einen begrenzten Einfluss auf Entscheidungen in ihrem Gebiet ausüben vermochten. Dies führte nicht zuletzt zu einer genaueren Einschätzung der gegebenen Möglichkeiten und einer realitätsbezogeneren Planung, an der wiederum leitende Mitglieder der Produktionsgenossenschaften mitwirkten.

Neben derartigen administrativen Neuordnungen standen nunmehr auch materielle Anreize, die sowohl die LPG als auch ihre Mitglieder zu einer merklichen Produktivitätssteigerung stimulieren sollten. Im Oktober 1963 hob der Ministerrat das System der Pflichtablieferungen auf und begann mit der Einführung einheitlicher Agrarpreise sowie der Gewährung zahlreicher Sondervergütungen. Diese waren unmittelbar an



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

die Erhöhung der Erträge und der Arbeitsproduktivität gekoppelt. In der tierischen Produktion, die sich wegen des hohen Anteils an LPG Typ I noch immer überwiegend in privater Hand befand, spielten die Modifikationen zunächst nur eine zweitrangige Rolle. In der Pflanzenproduktion jedoch lohnten sich Produktionszuwächse ab sofort spürbar, denn an sie waren beachtliche Prämien gekoppelt. Aber auch in Bezug auf die neu geregelten Preise galt: Die Industrialisierung hatte Vorrang. Daher konzentrierten sich die Zuwendungen in erster Linie auf die LPG Typ III, die aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Größe und ihres hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktionsmittel als Modell einer „sozialistischen“ Landwirtschaft galten und daher außerordentliche Förderung genossen. Damit sollten nicht nur die bestehenden Produktionsgenossenschaften vom Typ III protegiert, sondern allgemein die Zahl der LPG gesenkt und zugleich deren jeweiliger Flächenbestand erhöht werden.

Das gelang tatsächlich. Zwischen 1960 und 1970 verringerte sich die Anzahl der Gemeinwirtschaften um mehr als 50 Prozent, nach offiziellen Angaben von 19.313 auf 9.009. Zugleich verdoppelte sich ihre Durchschnittsgröße auf fast 600 Hektar. Doch die Zusammenschlüsse gestalteten sich in vielen Fällen schwierig. In dem Bewusstsein, eine besondere Stellung inne zu haben, nutzten viele LPG Typ III die Fusionen, um sich zu sanieren. Denn bei einem Übertritt in eine solche LPG wurden verschiedene Zahlungen der anzugliedernden Produktionsgenossenschaften vom Typ I oder II fällig, wie zum Beispiel die so genannten Inventarbeiträge. Diese wurden damit begründet, dass die LPG Typ III bereits eigene Gewinne reinvestiert und sich dadurch ihr Wert wesentlich erhöht

habe, der Bestand der Beitretenden dagegen einen sehr viel geringeren Wert aufweise. Die neuen Teilhaber müssten daher mit einer finanziellen Gegenleistung für ihren zukünftigen Anteil am Inventar aufkommen. Die zugrunde gelegten Beträge waren aber oftmals fiktiv und entbehrten einer entsprechenden materiellen Grundlage. Hinzu kam, dass die Investitionen zum großen Teil aus staatlichen Hilfsmitteln erfolgt und keineswegs von der LPG Typ III selbst erarbeitet worden waren. Einen besonders schwerwiegenden Fall stellte in diesem Zusammenhang etwa die erste Produktionsgenossenschaft der DDR im thüringischen Ort Merxleben dar, die zuvor besonders umfangreich von den Subventionen profitiert hatte. Als sie 1968 mit der LPG Typ I des Ortes fusionierte, verlangte sie von deren Mitgliedern pro Hektar eingebrachter Nutzfläche einen Betrag von 4.450 Mark. Zuvor hatte der Wert bei 500 Mark gelegen.

Möglich wurde das übermächtige Agieren der LPG Typ III durch die staatliche Förderpolitik. In ihren Willensbekundungen hatte die politische Führung des Landes immer wieder betont, dass allein diesen Produktionsgenossenschaften die Zukunft gehören würde. Dem wurde in der Praxis kräftig nachgeholfen. Schon die Übergabe der Technik war fast ausschließlich an den Typ III erfolgt und während der gesamten Sechzigerjahre blieb die einseitige Protegierung bestehen. Kredite wurden bereitwilliger ausgereicht, Subventionen und Prämien entsprechend gestaffelt und mit der Einführung einheitlicher Preise für tierische Produkte im Jahr 1968 die wichtigste Einnahmequelle der LPG Typ I gekappt. Damit gerieten diese Betriebe vielfach in einen staatlich gewollten und forcierten Modernisierungsrückstand, der zu einer beständi-

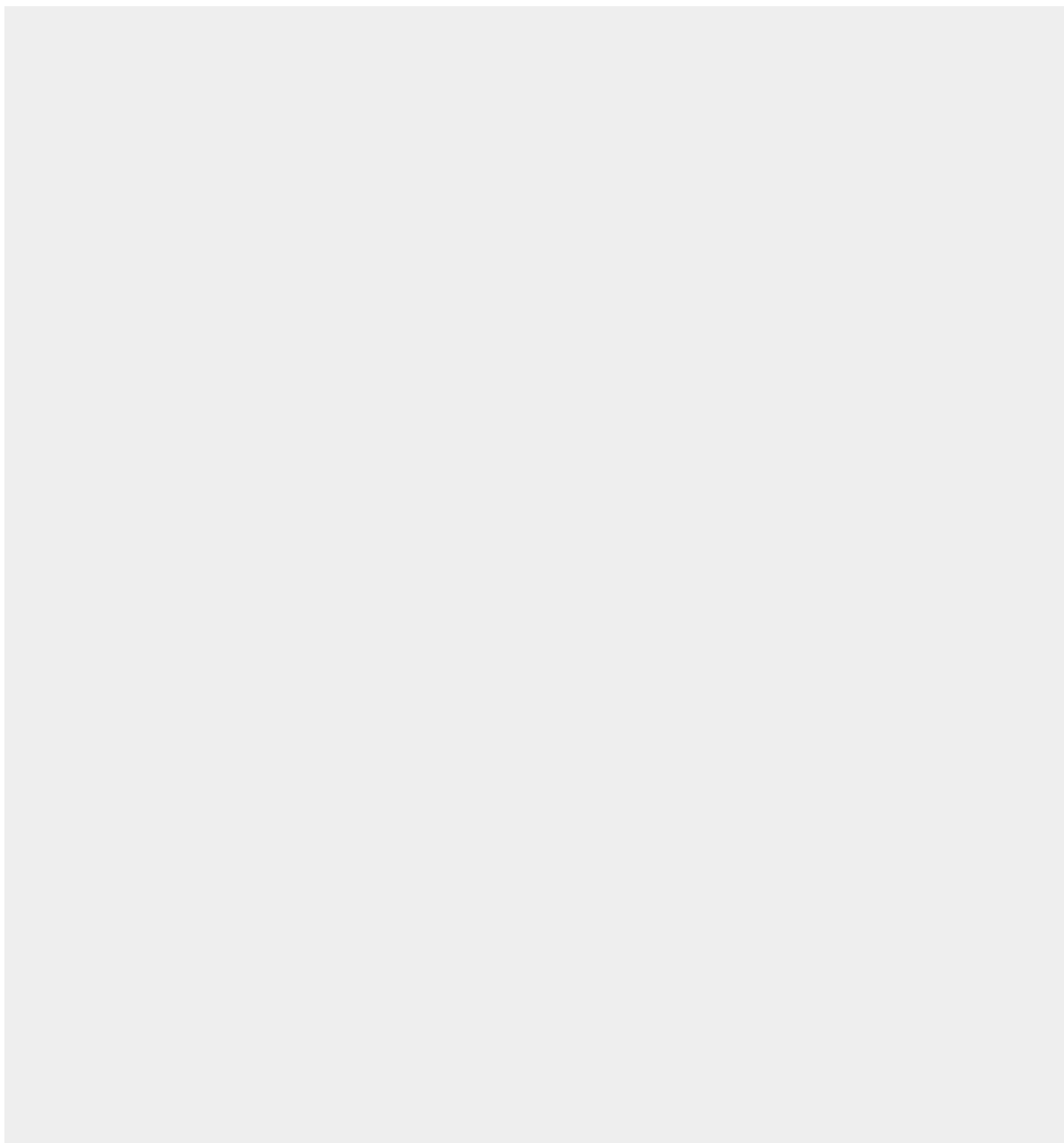
gen Abnahme ihrer Anzahl führte. 1961 hatten mehr als 348.000 ständig Beschäftigte in LPG des Typs I und II gearbeitet, 1975 sollten es nur noch 7.145 sein.

Doch jenseits der administrativ geforderten Orientierung auf die LPG Typ III blieb die Agrarpolitik flexibler als je zuvor. Die Eigenständigkeit der Betriebe wurde weiter ausgebaut, die Quote der ausgebildeten Fachkräfte erhöhte sich spürbar und die Führungspositionen in den Gemeinwirtschaften übernahm nun schrittweise eine jüngere Generation von Landwirten. Auf Fach- bzw. Hochschulen der DDR ausgebildet, ideologisch geschult, jedoch nicht mehr den klassenkämpferischen Absichten der Vierziger- und Fünfzigerjahre verpflichtet, manifestierte sich in ihnen eine neue Ausrichtung agrarwirtschaftlichen Handelns. Der ökonomische Erfolg rückte stärker in den Mittelpunkt, und da er sich in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre tatsächlich einstellte, begannen die LPG langsam, größere Verantwortung für das Leben in den Dörfern zu übernehmen. Noch waren sie weit davon entfernt, als wichtigster Träger von Sozialeinrichtungen, Dorffesten oder Infrastruktur aufzutreten, die Grundlagen dafür wurden jedoch bereits in den Sechzigerjahren gelegt.

Im gleichen Zeitraum erfolgten weitere Normsetzungen, die entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Entwicklung nehmen sollten. Der Übergang zu „industriemäßigen Produktionsmethoden“ bedeutete nicht nur eine Konzentration der Flächen, sondern von Anbeginn auch eine beständig engere Kooperation zwischen den einzelnen Gemeinwirtschaften. Damit sollten Technik und Betriebsmittel besser ausgelastet, neue wissenschaftliche Erkenntnisse schneller und umfangreicher in die Praxis übertragen und

nicht zuletzt die LPG Typ I an eine „sozialistische“ Arbeitsweise herangeführt werden. Nachdem zunächst lose Formen von gemeinschaftlicher Maschinennutzung, Viehhaltung und pflanzlicher Produktion praktiziert worden waren, wurden derartige Kooperationen ab Mitte des Jahrzehnts zunehmend ausdifferenziert und rechtlich abgesichert. Auf verschiedenen Bauernkongressen und SED-Tagungen gefordert, entstanden bald feste Zwischengenosenschaftliche Einrichtungen (ZGE), deren Finanzierung mehrere LPG sicherstellten und die vielfältige überbetriebliche Aufgaben übernahmen: Waldwirtschaft und Melioration, Pflanzenschutz und Bodenbearbeitung, aber auch Viehhaltung und Landhandel. Daneben sorgten enge Kooperationen mit Betrieben der Lebensmittelproduktion und weiteren verarbeitenden Bereichen für eine enge Verflechtung mit dem industriellen Sektor der Volkswirtschaft, Zwischenbetriebliche Einrichtungen (ZBE) waren die Folge. Agrochemische Zentren (ACZ) besorgten Düngung und Pflanzenschutz, „volkseigene“ Kombinate Industrieller Mast (KIM) übernahmen die „industriemäßige“ Erzeugung von Eiern und Fleisch und in allen nur denkbaren Produktionsbereichen bildeten sich Kooperationsverbände (KOV), die unter Beibehaltung der juristischen Selbstständigkeit der beteiligten Betriebe die „planmäßige“ Industrialisierung landwirtschaftlicher Arbeitsabläufe vorantrieben. Hier deutete sich bereits an, was in den Siebzigerjahren perfektioniert werden sollte: die weitere Konzentration und die übermäßige Spezialisierung der Produktionsprozesse.

Am Ende der Sechzigerjahre hatte sich die Landwirtschaft der DDR damit wiederum unübersehbar gewandelt und konnte durchaus auf Erfolge verweisen. Nach den



(Foto: Bundesarchiv 76 775/1N)

4.10.1960 Fleischkombinat Stalinstadt:

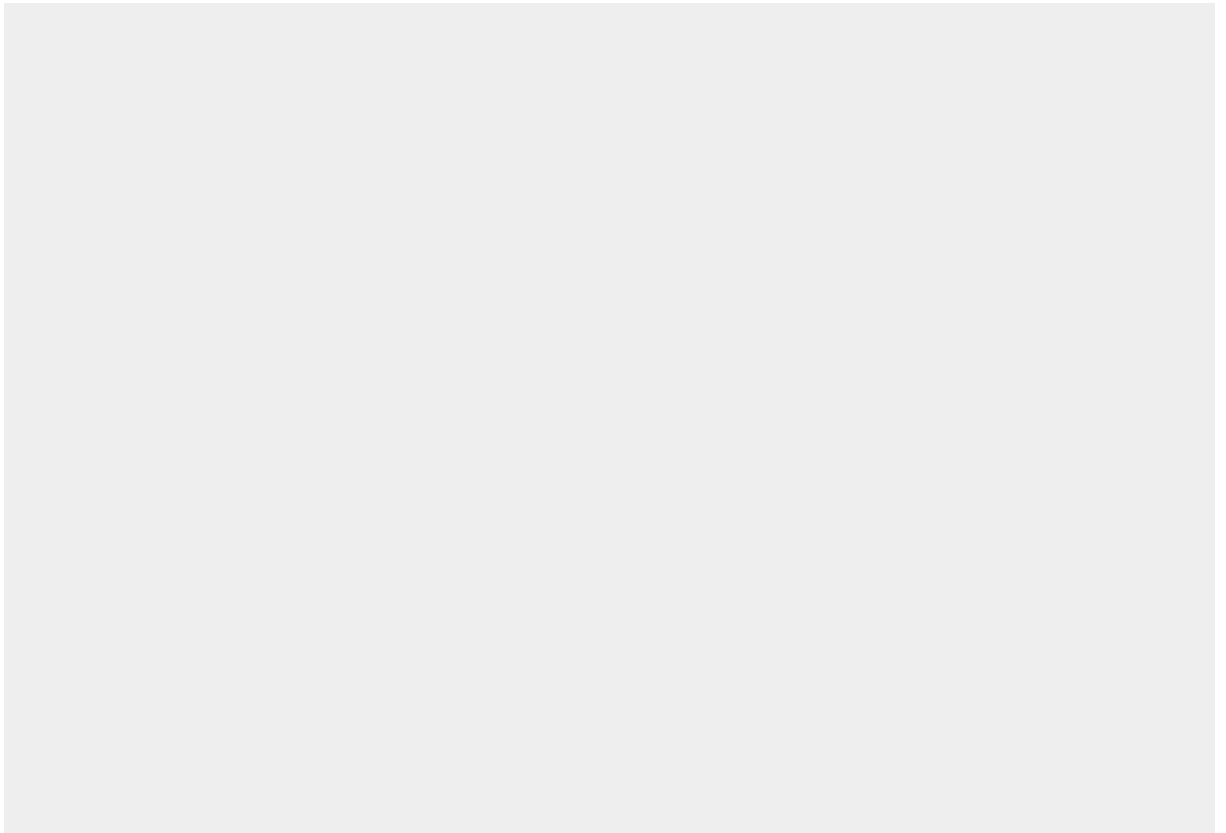
Ca. 7840 t Fleisch- und Wurstwaren verlassen jährlich das Fleischkombinat Stalinstadt, die jedoch nicht nur auf die Tische der Bevölkerung unserer Republik gelangen, sondern auch ins Ausland geliefert werden. So exportiert das Kombinat in diesem Jahr beispielsweise Frischschinken nach Paris, Rindfleischkonserven nach Polen. Allein 900 Tonnen Schweinehälften werden nach Westberlin geliefert. Der Betrieb wurde 1959 Sieger im Wettbewerb der fleischverarbeitenden Industrie im Bezirk Frankfurt/Oder und hat auch im ersten Quartal 1960 das Siegerbanner errungen.

(Zeitgeschichtliche Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR/ADN)

Negativfolgen des Mauerbaus sowie der schwierigen Konsolidierungsphase der Jahre 1962/63 waren die Erträge seit Mitte des Jahrzehnts kontinuierlich gestiegen. Die Auswirkungen der erzwungenen Kollektivierung waren überwunden, die LPG-Mitglieder begannen vielfach, sich mit

„ihren“ Betrieben zu identifizieren. Die Produktionsgenossenschaften vom Typ III beherrschten das Erscheinungsbild und die Einführung „industriemäßiger Produktionsmethoden“ war unverkennbar vorangeschritten. Doch das war erst der Anfang.

Die Siebzigerjahre: Spezialisierung



(Foto: Bundesarchiv 183 H0819 019)

Großraumwirtschaft. Die Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion

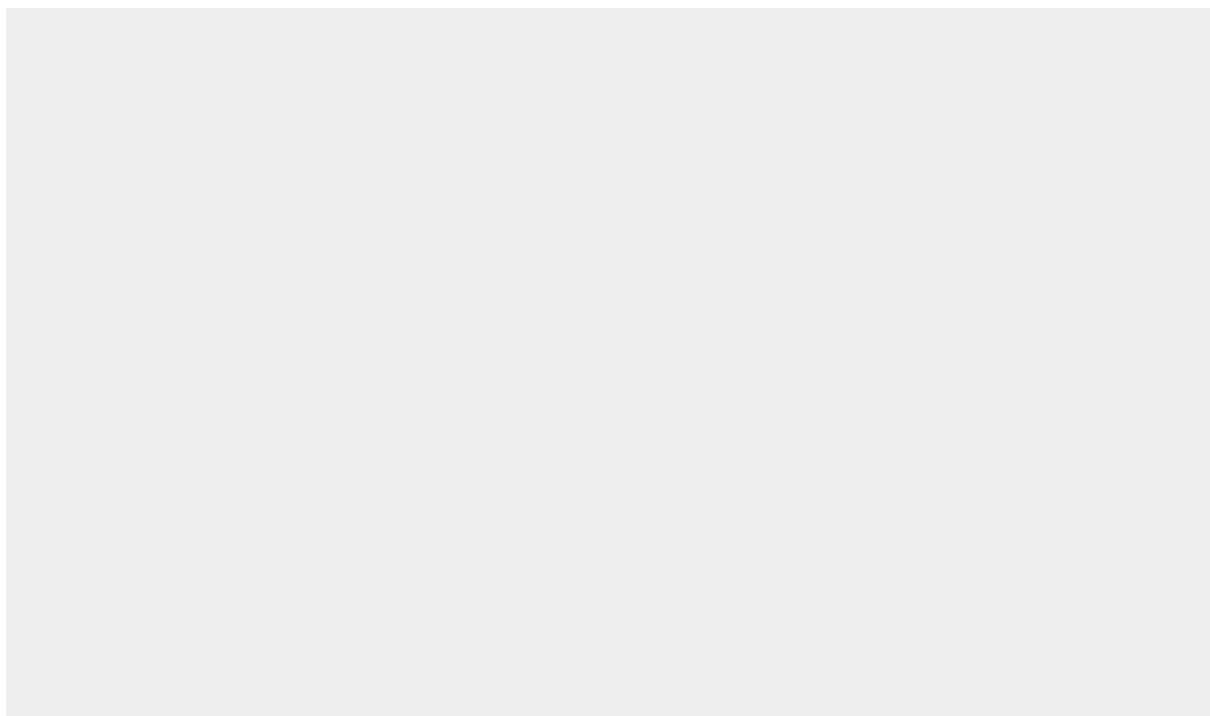
Bereits seit 1963 zielte die SED-Agrarpolitik auf eine Industrialisierung der Produktion. Kooperation, Konzentration und beginnende Spezialisierung waren die Folge. Doch die notwendige Konsolidierung der LPG hatte diese Prozesse zunächst abgebremst. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts forcierte die Parteiführung die agrarwirtschaftliche Strukturpolitik daher mit allem Nachdruck. Auf ihrem VIII. Parteitag im Juni 1971, der auch den Sturz Ulbrichts durch Erich Honecker erbrachte, definierte sie dann endgültig den Durchbruch zur spezialisierten Großproduktion als Hauptziel ihrer Politik. Zuvor veranlasste Entwicklungen wurden nun energisch vorangetrieben, neue inszeniert. Symptomatisch spiegelte sich dieses Bemühen in den Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) wider, die den fließenden Übergang von der Industrialisierung zur Spezialisierung der Landwirtschaft verdeutlichen und viele der damit verbundenen Probleme veranschaulichen.

Schon 1968 hatten Regierung und SED die Etablierung derartiger Einrichtungen angekündigt. Wiederum lag ihnen die Annahme zugrunde, dass große Flächen, darauf abgestimmte Maschinen, ein effektiver Einsatz der Technik sowie die schnelle Umsetzung theoretischer Erkenntnisse zu einer Senkung der Kosten und damit zu einer Steigerung der Erträge wie Gewinne führen würden. Derartige Überlegungen waren

nicht auf die DDR beschränkt, sondern schlugen sich in verschiedensten Modernisierungskonzeptionen auf der ganzen Welt nieder. Doch gerade am Beispiel der KAP und ihren Auswirkungen sollte sich zeigen, welche unerwarteten Folgen sich aus einem ungezügelten Fortschritts- und Technikglauben, aus unbegrenzter Planungseuphorie und agrarstruktureller Gigantomanie ergeben konnten.

Zunächst verlief die Gründung der Kooperativen Abteilungen nur schleppend, doch die eindeutige Ausrichtung auf die Großproduktion brachte wenige Jahre später den Durchbruch. Nun sollten die LPG, die staatlichen Volkseigenen Güter (VEG), die Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG) und andere „sozialistische“ Agrarbetriebe ihre Feldwirtschaft überall im Land gemeinschaftlich organisieren. Das zielte nicht zuletzt auf eine Erhöhung des Wettbewerbsdrucks auf die LPG Typ I und eine weitere Verringerung ihrer Anzahl ab.

Zwischen den beteiligten Betrieben wurden enge Kooperationsvereinbarungen getroffen, Acker- und Grünland faktisch aus den LPG ausgegliedert und dieses fortan durch überbetriebliche Produktionseinheiten, die KAP, bewirtschaftet. Damit sollten endgültig die Voraussetzungen für eine Großraumwirtschaft mit Maschinen von hohem Automatisierungsgrad geschaffen werden. Schon im Jahr 1975 beackerten die insgesamt 1.210 Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion fast 80 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, wobei jede KAP im Durchschnitt mehr als 4.100 Hektar betreute. Die Produktionsverhältnisse auf dem Lande hatten sich wieder einmal fundamental verändert. Zugleich wurde die kommende Spezialisierung vorweggenommen.



(Foto: Bundesarchiv 1984/0821/2N)

1984: Zügig drehen die Mähdrescherbesatzungen der LPG Schwarzbach Süd ihre Runden auf den reifen Getreideschlägen. Qualitätsgerecht und verlustarm wollen die Genossenschaftsbauern das Korn unter Dach und Fach bringen. Drei Mähdrescherkomplexe nutzen dafür jede Erntestunde.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR/ADN)

Doch diese Entwicklung blieb nicht un- widersprochen. Die Produktionsgenossen- schaften hatten in ihrer Mehrzahl den Kon- solidierungsprozess abgeschlossen und seit der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre er- folgreich gearbeitet. Das schlug sich un- mittelbar im Einkommen jedes einzelnen LPG-Mitglieds nieder. Der Entzug der pflanz- lichen Produktion drohte diesen positiven Trend abzubremsen oder gar umzukehren. Zudem wurde die Verfügungsgewalt über den Boden seinen formalrechtlichen Eigen- tümern, den vormaligen Einzelbauern, weit- aus stärker entzogen als dies schon in den LPG der Fall gewesen war. Planung und Be- wirtschaftung der Flächen oblagen nun den KAP, die einzelnen LPG-Mitglieder hatten kaum noch Möglichkeiten, hierauf Einfluss zu nehmen. Gigantische Felder entstanden,

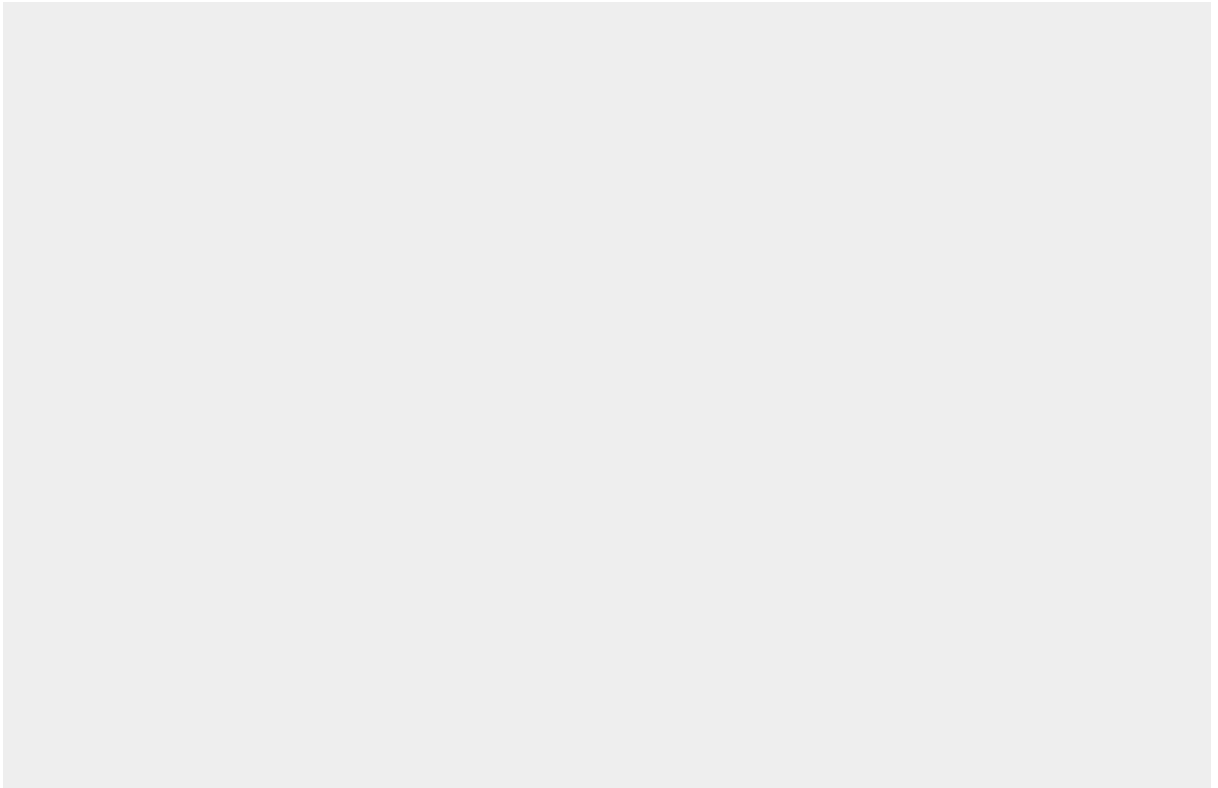
die nicht mehr an traditionellen Gemarkun- gen orientiert waren, sondern sich vielfach über mehrere Gemeindegrenzen hinweg erstreckten. Die Identifizierung der Landwir- te mit dem Boden musste darunter unweiger- lich leiden. Die endgültige räumliche Tren- nung von Lebens- und Arbeitsort verstärkte dieses Phänomen, widersprach sie doch Jahrhunderte alten Traditionen.

Die Einwände gegen die „industriemäßige“, hoch spezialisierte Großproduktion reichten aber noch viel weiter und erstreckten sich bis in die LPG-Vorstände. Gerade weil die Produktionsgenossenschaften auf positive Be- triebsergebnisse verweisen konnten, wehr- ten sie sich teils energisch gegen die von zentraler Stelle verfügte Strukturverände- rung. Selbst LPG-Vorsitzende, die zuvor be-

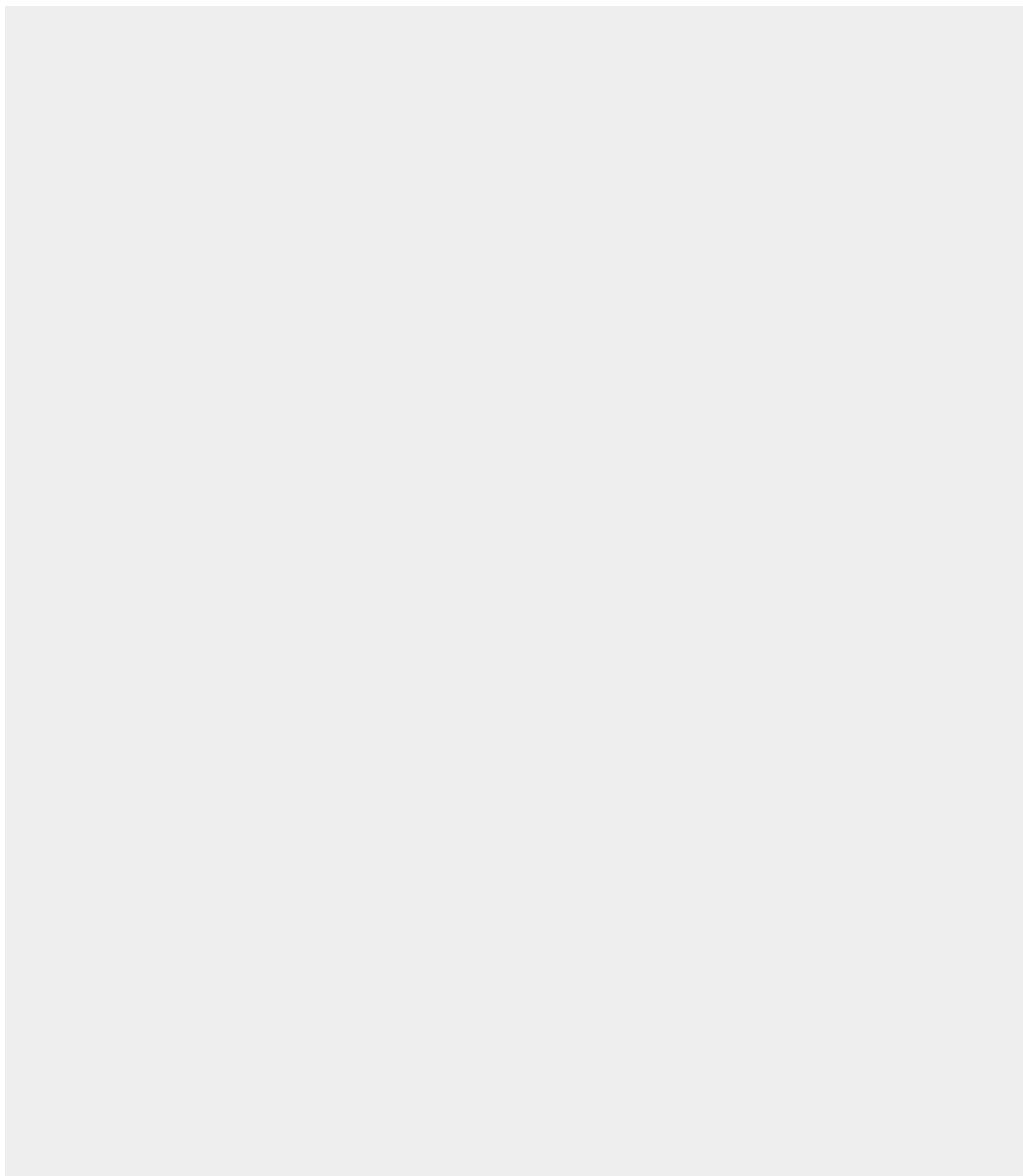
reitwillig die SED-Politik umgesetzt hatten, kamen nun in Widerspruch zu ihrer Partei. Die Sechzigerjahre hatten eine Stärkung der Eigenständigkeit erbracht, die Etablierung der KAP bedeutete eine wahrnehmbare Einschränkung dieser willkommenen Entwicklung. Das Ziel in den Dörfern waren „arrondierte“, „abgerundete“ LPG, in denen Tier- und Pflanzenproduktion in überlieferter Weise ineinander griffen – die Kooperativen Abteilungen standen derartigen Bestrebungen unmissverständlich entgegen. Von Anfang wiesen die Betroffenen daher auf mögliche Negativfolgen hin. Die Größe der Betriebe galt als kaum handhabbar, die langen Transport- und Anfahrtswege als kontraproduktiv. Mit der Spezialisierung drohte der Verlust bäuerlichen Wissens, denn auch Ausbildung und berufliche Qualifizierung sollten nun nur noch in Abhän-

gigkeit von den neuen Strukturen erfolgen. Die Zusammenarbeit zwischen den LPG gestaltete sich oftmals schwierig, insbesondere dann, wenn die Leistungsfähigkeit der Betriebe deutlich verschieden war. Durch die engen Kooperationsbeziehungen mit VEG und Betrieben der Lebensmittelindustrie drohten strittige Eigentumsverhältnisse. Die anstehende Neuorganisation der Arbeitsbeziehungen in den beteiligten Betrieben sorgte für erhebliche Unruhe, drohten doch Einkommens- und Statusverluste.

Unter dem Einfluss des nahezu unbeschränkten Technik- und Fortschrittsglaubens wurden derartige Probleme gleichwohl ignoriert, die Einwände verhallten. Renitente LPG-Vorsitzende wurden diszipliniert und mussten sich dem offiziellen Kurs unterordnen. In den nächsten Jahren sollten die KAP mit ihren



(Foto: Bundesarchiv M0823/28N)



(Foto: Bundesarchiv M1023/1N)

1973/Bez. Erfurt: Drei Monate vorfristig wurde in Bad Langensalza ein vollautomatisch arbeitendes Mehrzwecktrockenwerk in Betrieb genommen. 28 LPG des Kreises Bad Langensalza finanzierten gemeinsam das Objekt. Jährlich werden hier rund 50.000 t Rohware „rund um die Uhr“ verarbeitet. Alle Grünfütterarten, Hackfrüchte und bei Bedarf auch Getreide werden hier getrocknet. Ab 1974 sollen außerdem jährlich 700 Tonnen Strohpellets für die Rindermastanlagen in Herbsleben und Burgtonna produziert werden.
(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR/ADN)

riesigen Schlägen, ihren Mähdrescherbrigaden und ihren Vollerntemaschinen das Bild der DDR-Landwirtschaft maßgeblich prägen.

Doch nicht nur in der pflanzlichen, sondern auch in der tierischen Produktion setzte sich die in den Sechzigerjahren begonnene Industrialisierung fort und mündete zunehmend in eine Spezialisierung der Betriebe. Sie verlief vorerst jedoch schleppend und war den entsprechenden Entwicklungen in der Pflanzenproduktion zeitlich klar nachgeordnet. Schon allein das Problem fehlender Stallkapazitäten führte zu einem wachsenden Gegensatz zwischen den Zielvorgaben der Politik und den Realitäten in den Dörfern. Ein erheblicher Teil der Viehhaltung war lange in privater Hand gewesen, nun mangelte es allseits an „industriemäßigen“ Anlagen. Dennoch setzten sich auch hier allmählich die gewünschten Kooperationsbeziehungen durch. Die Vernetzung verstärkte sich spürbar. Verschiedene LPG arbeiteten eng zusammen, lagerten Produktionsbereiche gemeinschaftlich aus oder erschlossen sich neue Tätigkeitsfelder, wie etwa eine zusätzliche Geflügelproduktion. Zugleich wurde die Zusammenarbeit mit der Nahrungsgüterwirtschaft und der verarbeitenden Industrie intensiviert, um so zu einer aufeinander abgestimmten Stufenproduktion zu gelangen, deren Planbarkeit zu optimieren und damit die Unwägbarkeiten landwirtschaftlicher Arbeit zu begrenzen.

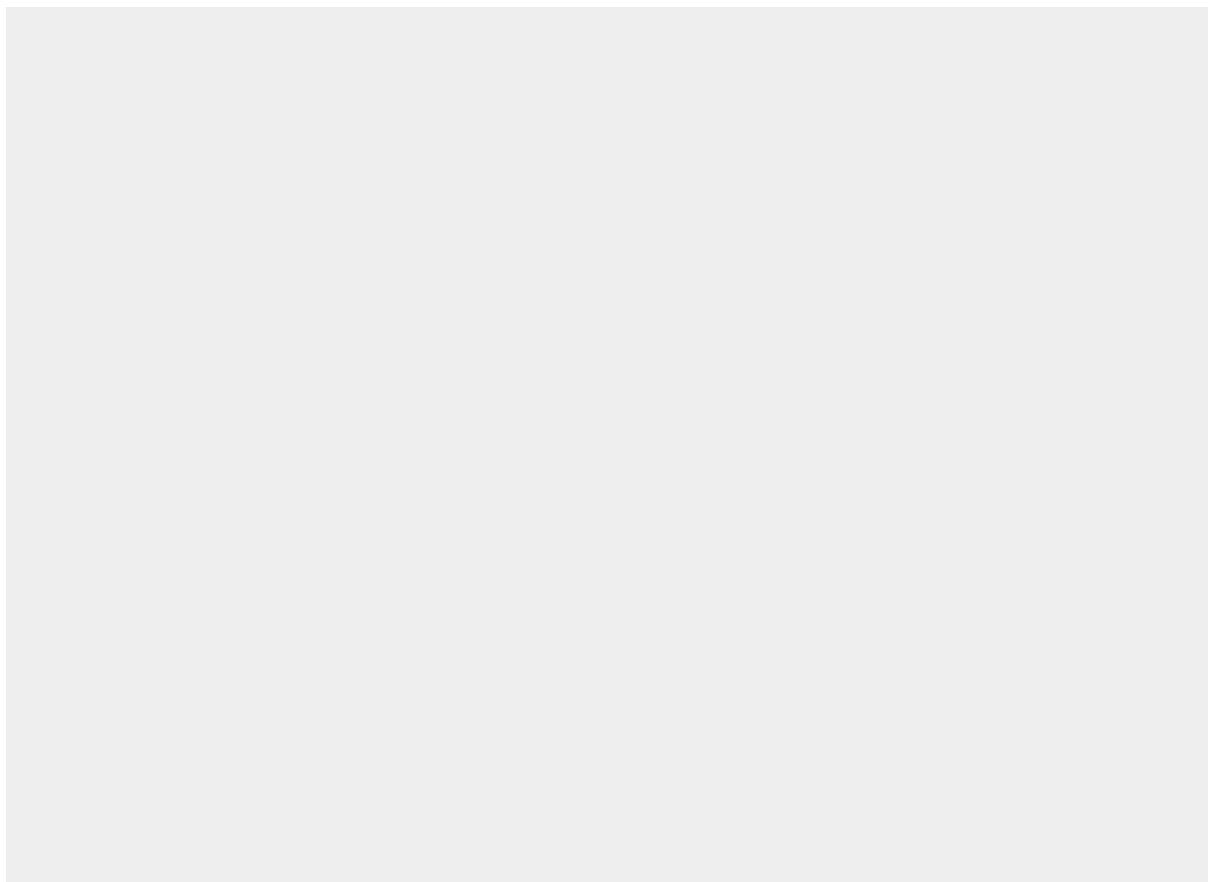
Seit Gründung der DDR war die hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln eine fortwährende Grundfrage der staatlichen Existenz gewesen. Schon Kollektivierung und Industrialisierung hatten im Selbstverständnis der herrschenden SED zur Sicherung der Machtverhältnisse beigetragen, die Spezialisierung war hierfür nur ein weiterer Schritt, und ihr Höhepunkt stand

noch bevor: die endgültige institutionelle Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion.

Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion

Wieder war es eine Spitzenveranstaltung der SED, die den Anstoß gab. Als sich die Genossen im Mai 1976 zu ihrem IX. Parteitag erstmals im Berliner „Palast der Republik“ versammelten, war die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion bereits spürbar vorangekommen. Diese Entwicklung sollte aber auch in der Zukunft konsequent fortgesetzt werden. Daher erhob der Parteitag die Forderung, nun spezialisierte LPG, VEG und kooperative Einrichtungen zu schaffen, in denen die Erzeugung tierischer und pflanzlicher Produkte strikt voneinander getrennt sein würde. Ein solches Ansinnen stellte keine agrarpolitische Neuorientierung dar, denn in der Praxis waren nicht zuletzt mit den KAP bereits wichtige Schritte auf dem Weg zu dessen Umsetzung vollzogen worden. Dass die extreme Spezialisierung nun jedoch als offizielles Politikziel verkündet wurde, konnte kaum ohne Folgen bleiben.

Hintergrund für die Entscheidung war abermals das Streben nach einer Intensivierung der Produktion sowie die Hoffnung auf ökonomische Effizienz. Die Kosten sollten weiter gesenkt, die Produktion erhöht und die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft allgemein gestärkt werden. Gerade in Zeiten der



(Foto: Bundesarchiv L 0601/23N)

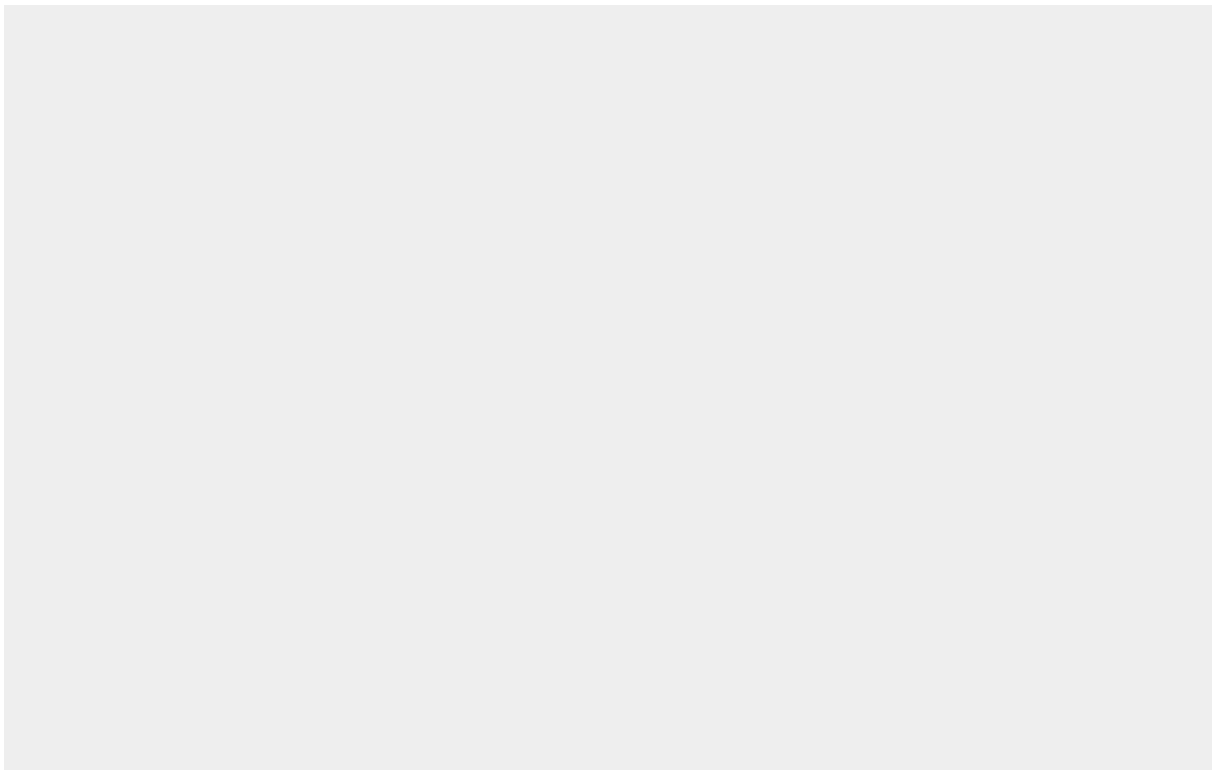
Erich Honecker und Gerhard Grüneberg besuchten am 1.6.1972 das Schweineaufzucht- und Mastkombinat Eberswalde.

von Honecker verkündeten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ war dies dringend notwendig, denn es fehlte an Geld. Die finanzielle Grundlage zu sichern, sollte nun auch Aufgabe der Landwirtschaft sein. Nach Bodenreform, Kollektivierung und Industrialisierung sollte jetzt der nächste Abschnitt einer stufenweise, einer „planmäßig“ entwickelten Landwirtschaft eingeleitet werden: die radikale Spezialisierung der Produktion. Doch wieder einmal standen Ökonomie und Ideologie in einem harschen Widerspruch. Sehr schnell sollte sich erweisen, dass eine Durchbrechung der natürlichen Produktionskreisläufe negative Folgewirkungen nach sich ziehen musste.

Noch 1974 hatte es landesweit 5.764 LPG gegeben, davon 5.066 vom Typ III. Zwar war ihnen durch die Zwischenschaltung der KAP die unmittelbare Verfügungsgewalt über die landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen worden, doch blieben die natürlichen Produktionszusammenhänge, insbesondere der Kreislauf Boden-Pflanze-Tier-Boden, weitgehend erhalten. Das änderte sich jetzt. Nachdem im Sommer 1977 auf verschiedenen Veranstaltungen die Statuten für die LPG Tier- (T) und Pflanzenproduktion (P) verabschiedet worden waren und auch der Ministerrat der betrieblichen Trennung zugestimmt hatte, erfolgte die praktische Umsetzung der Vor-

gaben aus Berlin. Die strukturellen Auswirkungen waren weitreichend. Bis zum Jahr 1980 verringerte sich die Anzahl der LPG auf 3.946, davon 2.899 im Bereich der Tier- und 1.047 in der Pflanzenproduktion. Die LPG (T) waren in erster Linie Nachfolgeunternehmen der verbliebenen Rumpf-Genossenschaften, denen zuvor die Bewirtschaftung des Landes entzogen worden war; die LPG (P) konstituierten sich vor allem aus den KAP, die nun schrittweise in Produktionsgenossenschaften überführt wurden. Hinzu kamen 319 Volkseigene Güter, die tierische, und 66 VEG, die pflanzliche Produkte erzeugten; entsprechende Kooperationsgemeinschaften rundeten das Bild ab.

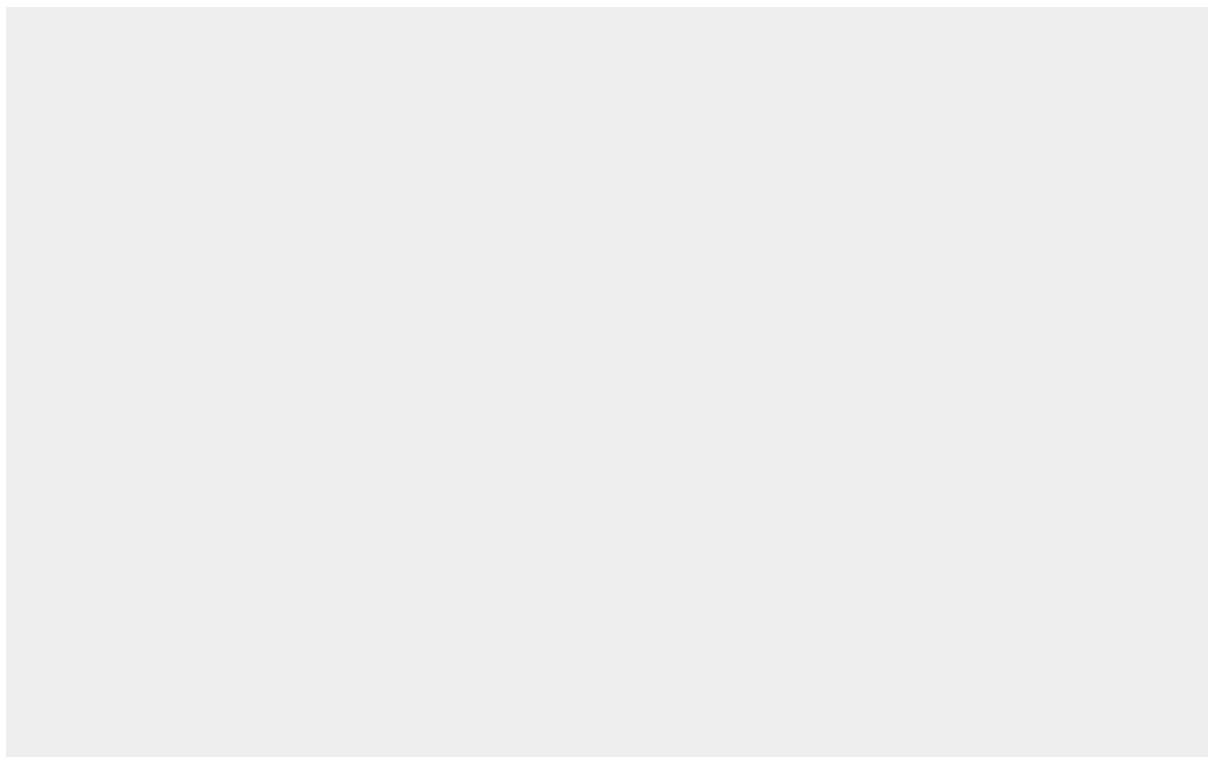
Die zugespitzten Prozesse der Spezialisierung und Konzentration, die sich hier widerspiegeln, waren ganz im Sinne ihrer Urheber, die Folgen dagegen waren es zum großen Teil nicht. Die einseitige Ausrichtung auf die technische Machbarkeit, auf möglichst große Betriebseinheiten und auf standardisierte Produktionsabläufe hatte alle weiterführenden Überlegungen in den Hintergrund gedrängt. Auch die vielfach vorgebrachten Einwände aus den Dörfern verhallten (wieder einmal) ungehört. Die Auflösung der traditionellen Produktionszusammenhänge führte nicht nur zu Verteilungskämpfen um die allseits knappen Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Ersatzteile usw., sondern oftmals auch zu Streit zwi-



(Foto: Bundesarchiv N 0905/3N)

1974: Mit Flugzeugen vom Typ Z-37 „Cmelak“ bringen die Piloten vom agrochemischen Zentrum Neustadt auf den Feldern der LPG Pflanzenproduktion „Orlatal“ im Kreis Pößneck Dünger und Pflanzenschutzmittel aus. Der Landwirtschaftsbetrieb hat in diesem Jahr Maschinen für rund 500 Flugstunden gechartert.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)



(Foto: Bundesarchiv 1983/0720/28N)

Nach der Ernte des Getreides und der Bergung des Strohs wird von den Genossenschaftsbauern der LPG (P) Saarmund Gülle auf die Felder gebracht.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

schen einzelnen LPG. Die großen Anlagen der Viehproduktion etwa, nun oftmals mit mehreren Tausend Tieren besetzt, hatten ein ausgeprägtes Interesse an einer schnellen und preisgünstigen Entsorgung der anfallenden Exkremente in Form von natürlichem Dünger. Den LPG Pflanzenproduktion hingegen lag nur wenig daran, die durch den Einsatz von überdimensionierter Großtechnik ohnehin strapazierten Böden zu überdüngen. Konflikte waren hier unvermeidlich. Im Gegenzug klagten die Viehproduzenten immer wieder über die mangelnde Qualität des gelieferten Futters, über nicht eingehaltene Termine oder ungenügende Mengen. Die konsequente Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, die weitgehende Auflösung der natürlichen Wechselbeziehungen

zwischen beiden Sektoren, zeigte hier deutlich negative Auswirkungen.

Auch die erhofften Kostensenkungen blieben weitgehend aus. Aufgrund der großflächigen Struktur und den sich damit potenzierenden Entfernungen führten in den LPG (P) schon allein die ständig wachsenden Aufwendungen für Transport, Kommunikation und Wartung der Maschinen zu einem anschwellenden Investitionsbedarf. Dieser Bedarf konnte wegen der hohen staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zumeist zwar realisiert werden, der Produktivität der Betriebe aber war er abträglich. Ähnlich sah es in der Tierproduktion aus. In den „industriemäßigen“ Spezialanlagen machten sich insbesondere die

steigenden Kosten für Seuchenprophylaxe, veterinärmedizinische Betreuung, Verwaltungsaufgaben und infrastrukturelle Aufwendungen bemerkbar. Auch hier galt: Die Betriebe arbeiteten tendenziell oftmals erfolgreich, doch die politisch festgelegten Rahmenbedingungen setzten dem angestrebten Produktivitätszuwachs unüberwindbare Grenzen.

Diese Schwäche der SED-Agrarpolitik, die wahrlich nicht neu war, wurde schnell sehr deutlich sichtbar. Die Parteiführung sah sich daher gezwungen zu reagieren. Da sie noch immer behauptete, stets Recht zu haben, vollzog sie keine agrarpolitische Umkehr, modifizierte ihre bisherigen Ziele jedoch unübersehbar. Bereits 1978 erklärte sie den Verzicht auf weitere Konzentrations- und Spezialisierungsprozesse im landwirtschaftlichen Sektor, am Beginn der Achtzigerjahre sollte sie derartige Bemühungen gänzlich einstellen. Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion blieb bis zum Ende der DDR bestehen, die alleinige Orientierung auf „industriemäßige“ Strukturen hingegen wurde aufgegeben.

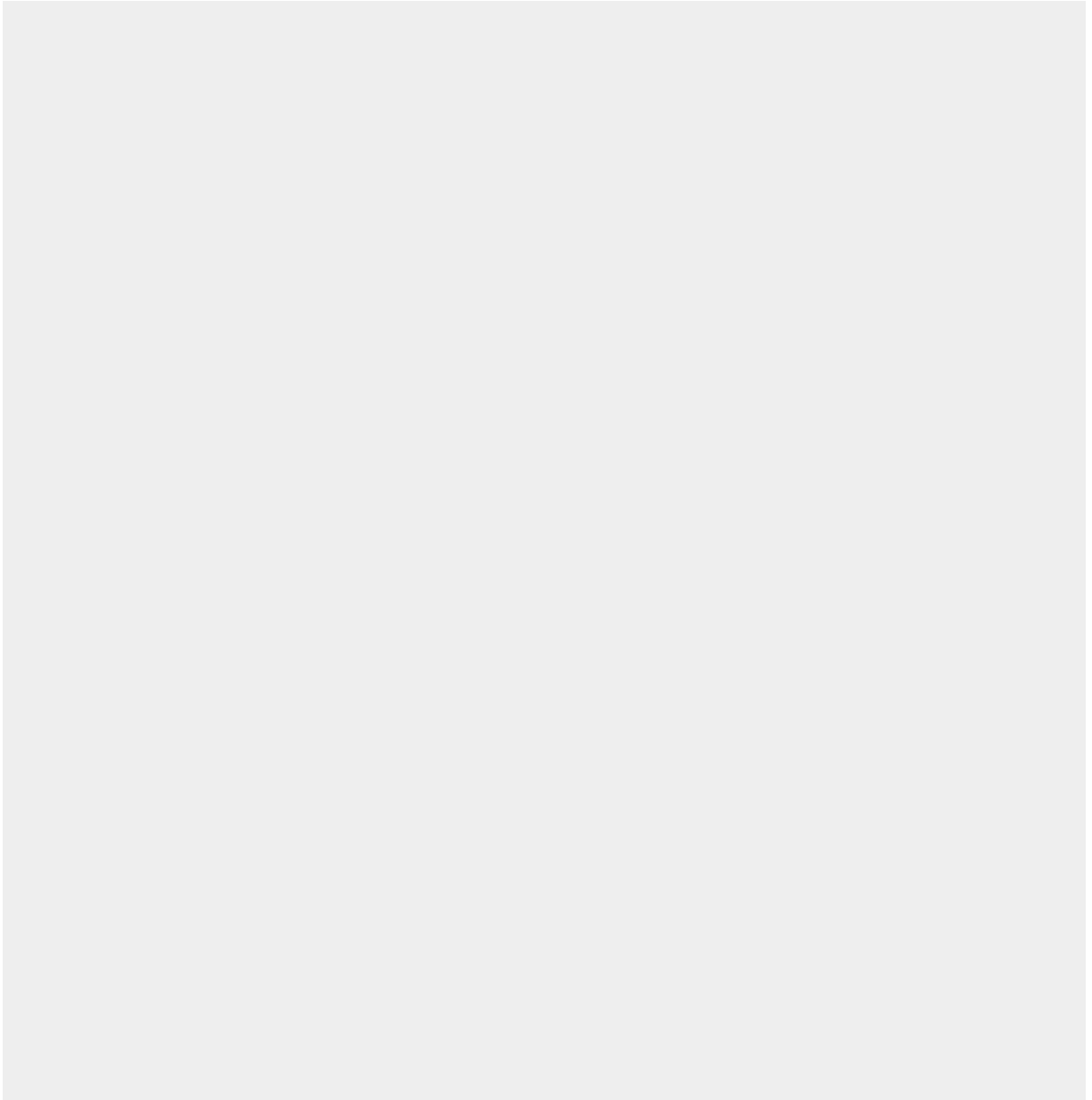
Soziale Realität. Aspekte dörflichen Lebens.

Die Lebensumstände in den Dörfern hatten sich seit dem Ende des Krieges mehrfach einschneidend verändert. Im Rahmen der Bodenreform waren die größten Privatbetriebe entschädigungslos enteignet und ihre

Besitzer aus den Gemeinden verwiesen worden, zugleich hatten Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimstatt gesucht. Mehr als 200.000 Neubäuerliche Wirtschaften entstanden auf diese Weise. Die Kollektivierung hingegen richtete sich von Anbeginn gegen nahezu alle Formen des bäuerlichen Privatbesitzes an Produktionsmitteln. An die Stelle der mehr als 850.000 Einzelbetriebe traten nun weniger als 20.000 LPG. Es sollte jedoch bis weit in die Sechzigerjahre hinein dauern, ehe sich die Produktionsgenossenschaften stabilisieren konnten und begannen, ökonomisch erfolgreich zu arbeiten.

Im Vergleich zu diesen extremen Strukturveränderungen und den immensen Folgeerscheinungen, die sich daraus ergaben, stellten die späten Sechziger- und die Siebzigerjahre eine Zeit der relativen Ruhe dar. Auch Industrialisierung und Spezialisierung hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen, doch begannen sich die neuen sozialen und ökonomischen Gefüge innerhalb der Dörfer zu verfestigen, ohne dabei freilich die überlieferten gänzlich zu verdrängen oder zu überlagern. Die Zeit des rigorosen Klassenkampfes war vorbei. Eingriffe von übergeordneten politischen Organen sollte es zwar immer wieder geben, doch gerade in den Dörfern selbst bildeten sich mehr oder weniger feste Übereinkünfte zwischen Herrschaftsträgern und Bewohnern heraus, die dem ländlichen Lebensraum der DDR seine spezifische Ausprägung gaben. Auf einige sei hier verwiesen.

Nach der Etablierung der LPG kam die Rationalisierung. Jetzt oftmals von jungen, gut ausgebildeten Vorsitzenden geführt, erlangte das Streben nach betriebswirtschaftlicher Effektivität innerhalb der Produktionsgenossenschaften zunehmend an Be-



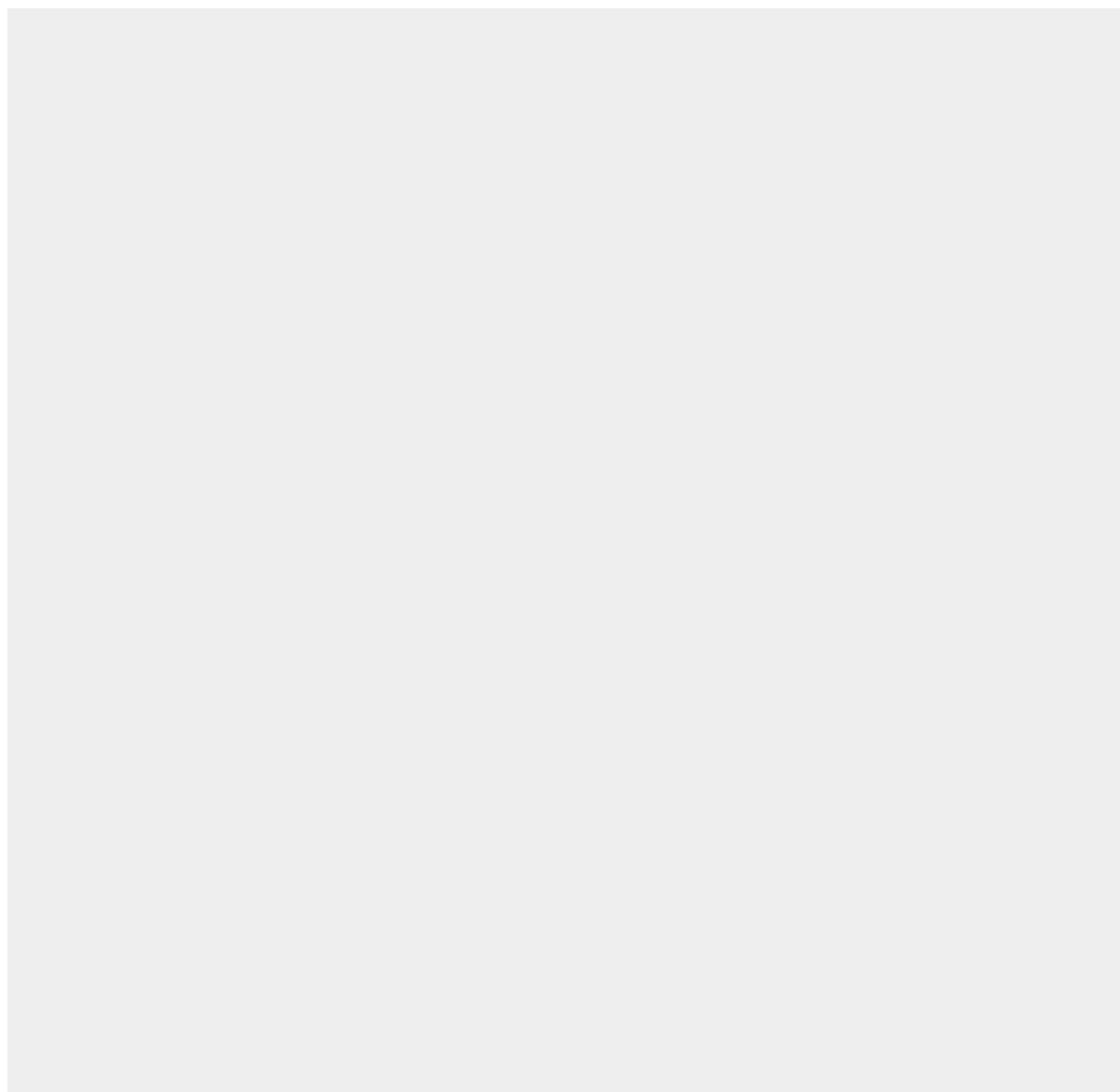
(Foto: Bundesarchiv L 0106/040N)

Wie in der Kreisstadt geht es im Friseursalon in Linum zu. Unter den fachkundigen Händen (...) lassen sich die Genossenschaftsbäuerinnen gern verschönen.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

deutung. Als sich erste Erfolge einstellten, stärkte dies auch die Stellung der LPG in den Gemeinden. Schrittweise übernahmen sie nun Aufgaben, die der Staat nicht zu leisten vermochte. Die hohen, staatlich garantierten Erzeugerpreise, mit deren Hilfe

nicht zuletzt die Überlegenheit der Großproduktion demonstriert werden sollte, sicherten den Betrieben ihr Auskommen; ein rationales, gewinnorientiertes Arbeiten ermöglichte Überschüsse in nicht unerheblicher Höhe. Dabei stand das Agieren der



(Foto: Bundesarchiv K 0816/12N)

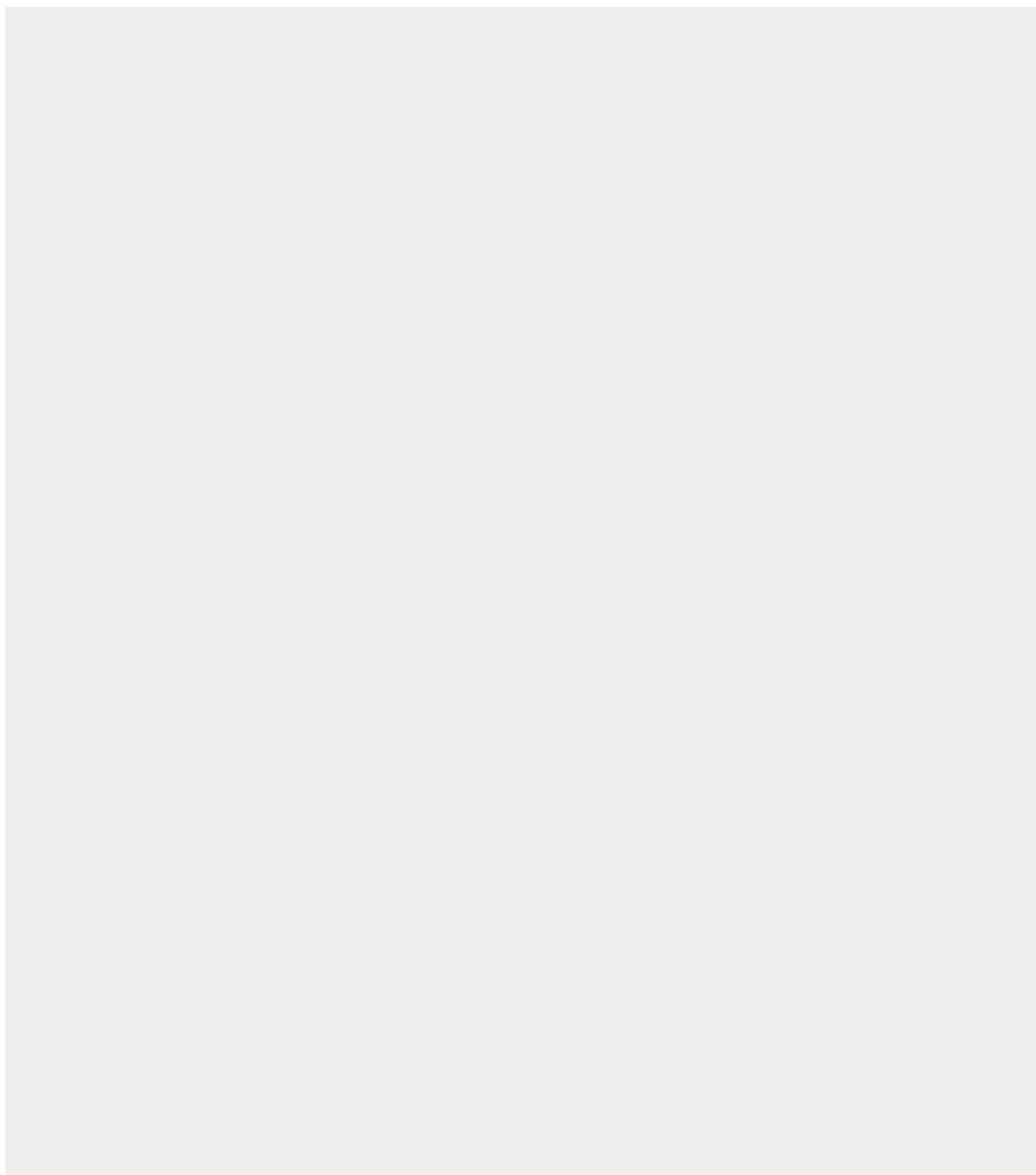
1971 Bez. Halle: Sowjetischer Maler in der LPG Schafstätt

Erntepause auf einem Feld der LPG Schafstätt: prüfende und kritische Zuschauer des sowjetischen Malers und Grafikers Gennadi Jefimotschkin sind die Genossenschaftsbauern der LPG Schafstätt.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

LPG-Vorstände oftmals im Widerspruch zu den zentralen Vorgaben, wurde in der Regel aber so lange geduldet, wie die Erfüllung der Pläne nicht gefährdet oder in Frage gestellt war. Denn eine hinreichende Flexibilität war gerade unter den Bedin-

gungen der Planwirtschaft, deren Unzulänglichkeiten nur allzu deutlich waren, dringend von Nöten. So brachte der permanente Mangel an Ersatzteilen die allseits getätigten Kompensationsgeschäfte geradezu hervor. Aber nur, wer etwas zu bieten



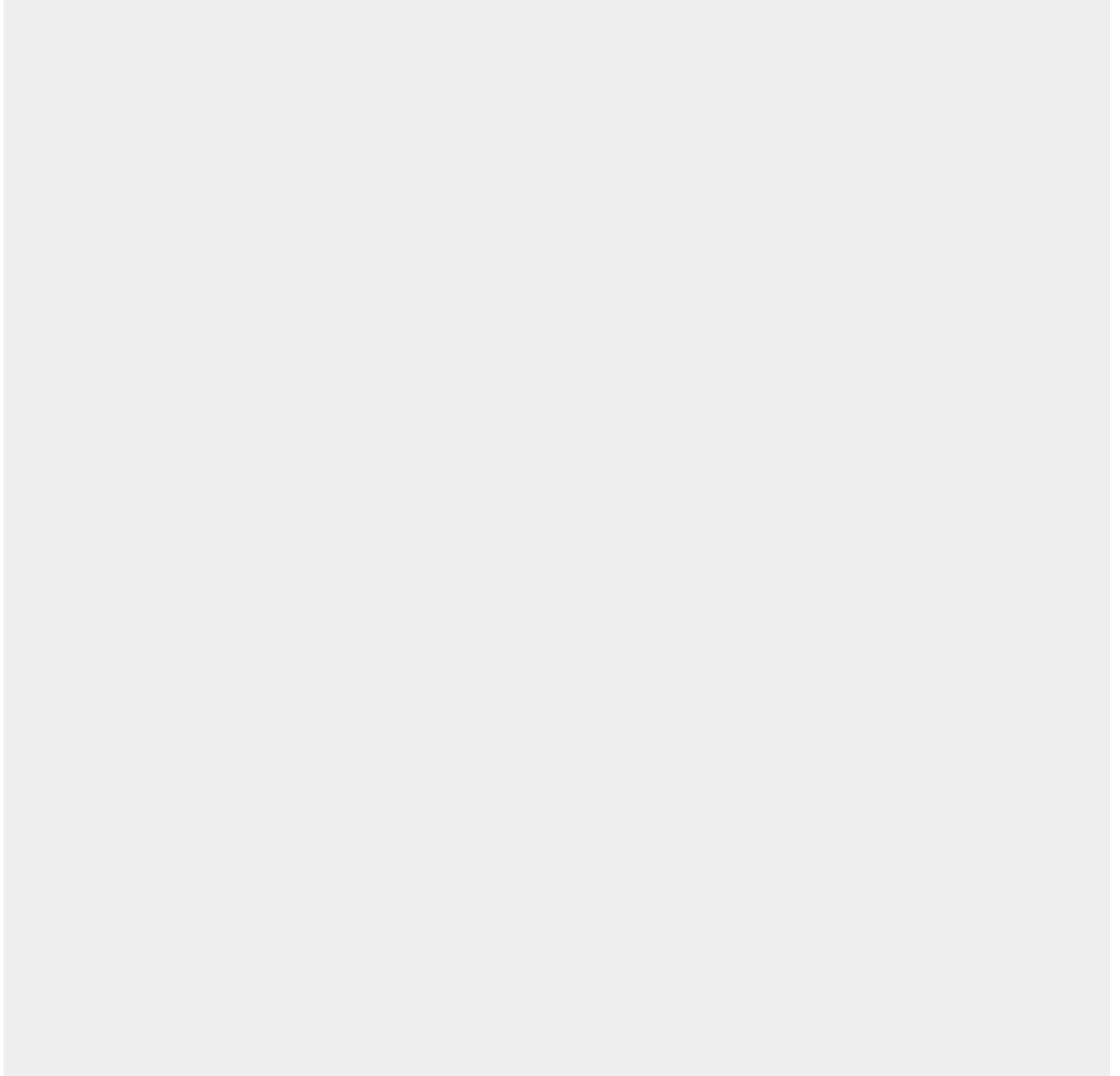
(Foto: Bundesarchiv M 0712/4 N)

Warmes Essen und kühle Getränke werden für jede der zwei Schichtbesetzungen auf das Feld gebracht. Außerdem gibt es Obst, Bockwurst, Süßwaren usw. Die Komplex-Mähdrescherbrigaden der Kooperationsgemeinschaft Görzig-Gröbzig-Wörbzig arbeiten vom Anfang an im Wettbewerb, um das zu schnell reifende Getreide so verlustarm wie möglich zu bergen. Bis zum 10.7.73 konnten bereits 500 ha Wintergerste abgeerntet werden.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

hatte, konnte darauf hoffen, einige der knappen Güter zu erlangen. Offiziell galt die Marktwirtschaft als überwunden, faktisch jedoch lebte sie zumindest in Teilen

weiterhin fort. Die Zahl der gehaltenen Tiere, Qualität und Quantität der angebauten Feldfrüchte, geleistete Arbeitsstunden, Einsatz der Technik und vieles andere mehr



(Foto: Bundesarchiv 10303/14N)

Das Handelsunternehmen „Konsument“ will die Versorgungsleistungen – besonders für die Landbevölkerung – in diesem Jahr um 7,5 % steigern. In der LPG „Wilhelm Florin“ in Linum hatte kürzlich die Frühjahrs- und Sommerkollektion 1972 des „Konsument“ Versandhauses Karl-Marx-Stadt auf dem Laufsteg Premiere. Zum Modeschlager der Saison 1972 gehören auch modische Overalls aus Dederon-Mischgewebe. Sie sind besonders schlanken Trägerinnen vorbehalten und eine Bereicherung der Festkleidung.

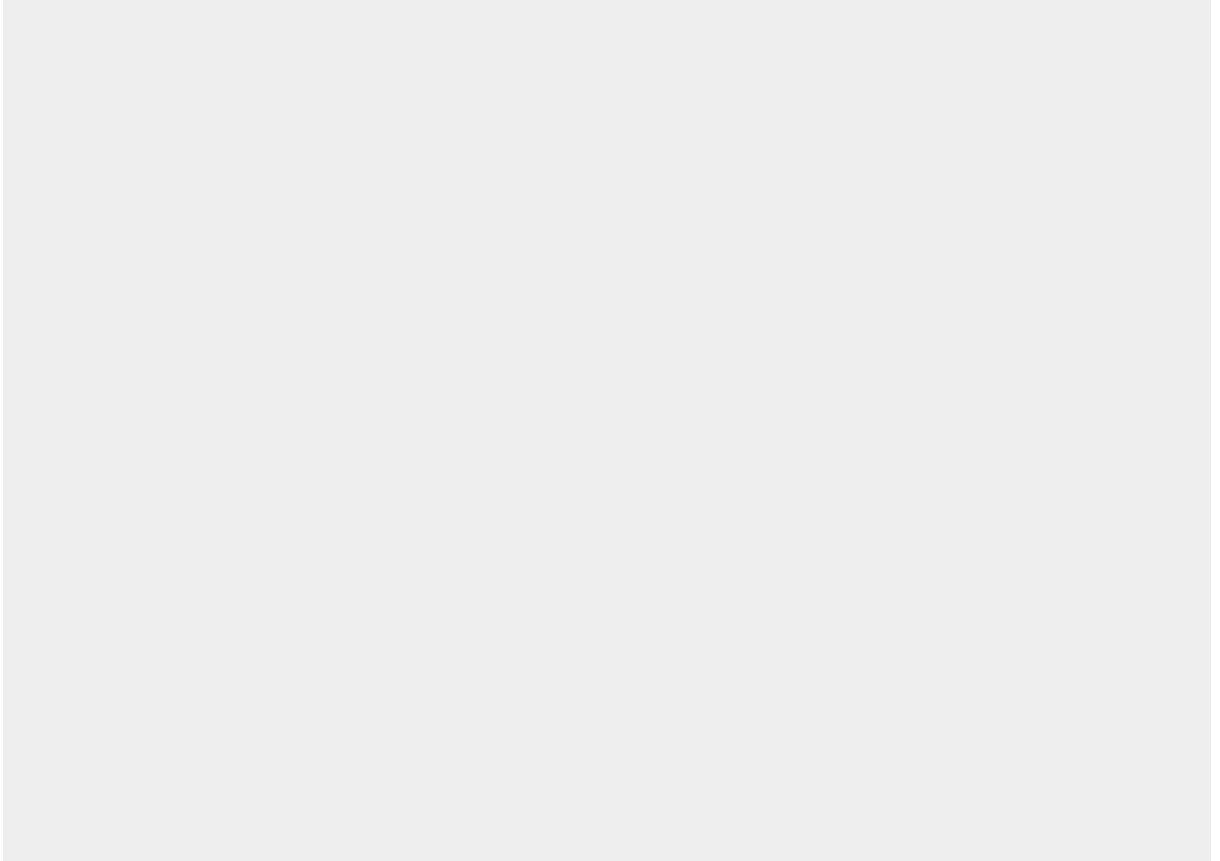
(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

– all dies entsprach auf dem Papier den Vorgaben übergeordneter Verwaltungsstellen. Damit war aber nur ein Teil der Realität abgebildet. Denn tatsächlich musste jeder Betrieb daran interessiert sein, Überbestände zu produzieren, die bei passender Gelegenheit gegen andere begehrte Güter getauscht werden konnten. Nur so blieb die Mangelwirtschaft in Bewegung. Und da dies auch der politischen Führung des Staates bewusst war, tolerierte sie diese Reste der Marktwirtschaft, denn ohne derartige Elemente wäre das System zwangsläufig zusammengebrochen.

Die zunehmende ökonomische Potenz der LPG hatte weitere Folgen. Als wichtigster Arbeitgeber vor Ort kämpften die Produktionsgenossenschaften nicht nur um Ersatzteile, sondern (neben vielen anderen Aspekten) auch um Arbeitskräfte, die ebenfalls nicht in erforderlicher Zahl zur Verfügung standen. Da aber Bauern aus politischen Gründen nicht mehr verdienen sollten als die Arbeiter in den Städten, mussten vom Lohn unabhängige Anreize geschaffen werden. Die Gemeinwirtschaften hatten dafür jetzt zumeist die nötigen finanziellen Mittel. Prämien-, Sozial- und Kulturfonds wurden gebildet, die jedem einzelnen LPG-Mitglied und oftmals auch der gesamten Dorfgemeinschaft zugute kamen. Hier überschritten sich die Interessen der LPG und der Politik abermals, denn je mehr die Produktionsgenossenschaften in betriebsfremde Projekte investierten, um so weniger musste sich der Staat engagieren. Die LPG bauten Wohnungen, Straßen und Kultureinrichtungen, unterstützten Kindergärten und Schulen, bezuschussten Dorffeste und subventionierten regionale Künstler. Das soziale Engagement stieg kontinuierlich und die LPG-Vorsitzenden wurden so zur wichtigsten Kraft in den Dörfern; ohne sie waren

grundsätzliche Entscheidungen kaum noch zu treffen. Zugleich verbesserten sich die Lebensbedingungen spürbar, zahllose Prämien, Naturalzuwendungen und andere Vergünstigungen schufen weitere Anreize für eine Tätigkeit in den LPG. Dennoch ging der Anteil der Landbevölkerung – wie in ganz Europa – kontinuierlich zurück und betrug 1975 erstmals weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die Arbeitskräftefrage blieb trotz der immensen Aufwendungen weiterhin angespannt, insbesondere die Jugendlichen waren nur sehr begrenzt für die noch immer körperlich schwere Arbeit zu begeistern.

Einen zusätzlichen, kaum zu überschätzenden Bonus für den Beitritt zu einer LPG stellten die persönlichen Hauswirtschaften dar. In erkennbarer Abweichung vom sowjetischen Vorbild ermöglichten die Statuten jedem Mitglied die private Nutzung eines halben Hektars Land. Dieses Zugeständnis hatte in den Wirren der Kollektivierung zunächst der unmittelbaren Existenzsicherung dienen sollen, erlangte nun aber in vielfacher Hinsicht wachsende Bedeutung. Spätestens nachdem 1977 die zahlenmäßige Beschränkung der dazu gehörenden Viehhaltung aufgehoben wurde, lohnte sich die Hauswirtschaft auch finanziell. Zwei Drittel der weit mehr als 800.000 LPG-Mitglieder nutzten diese zusätzliche Einnahmequelle. Doch auch jede vierte Familie, die zwar in einem Dorf wohnte, aber nicht unmittelbar in der Landwirtschaft beschäftigt war, verfügte am Ende der Siebzigerjahre zumindest über eine eigene Kleintierhaltung. Wieder war es der enorme Unterschied zwischen den hohen staatlichen Aufkauf- und den niedrigen Ladenpreisen, dem die Hauswirtschaft ihre Lukrativität zu verdanken hatte. Ohne Probleme war mit den eigenen Erzeugnis-

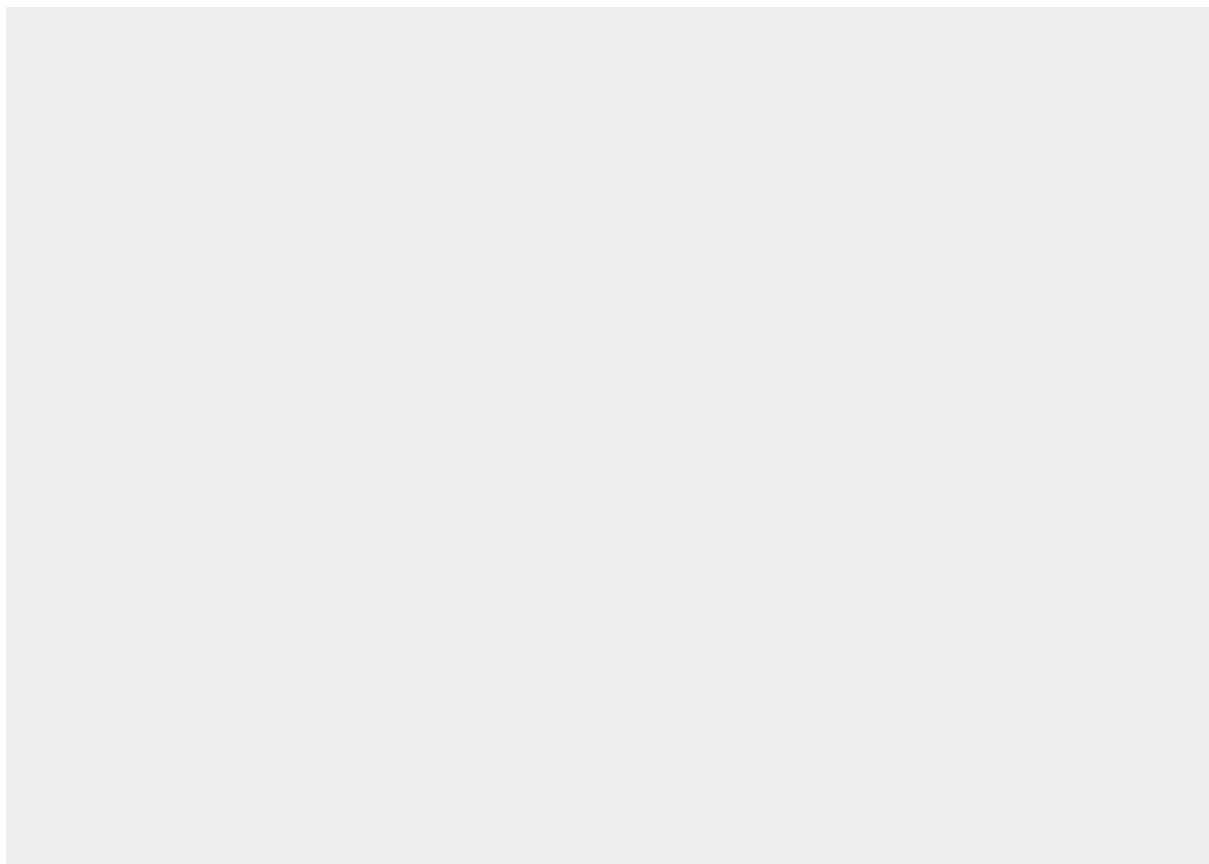


(Foto: Bundesarchiv H 0716/08/1N)

Morgen sind sie Erntekapitäne und Agrotechniker, die Kleinen aus dem Kindergarten der LPG Gröbzig, Kreis Köthen. Die Genossenschaftsbauern der LPG Gröbzig begannen auf einem 320 Hektar großen Schlag mit der Ernte der Wintergerste. Die Komplexbrigade mit 5 Mähdreschern vom Typ E 512, im vergangenen Jahr Wettbewerbsieger der Mähdrescherkomplexe der DDR, will auch in diesem Jahr dieses Ziel erreichen. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

sen ein Vielfaches dessen zu erzielen, was die gleichen Produkte in den Geschäften kosteten. So florierte die individuelle Initiative und wurde zu einem ernst zu nehmenden Bestandteil der Volkswirtschaft. Am Beginn der Achtzigerjahre wurde fast eine Million Schweine privat gehalten; der Anteil der Hauswirtschaften am Gesamtaufkommen machte zum gleichen Zeitpunkt bei Obst mehr als die Hälfte und bei Gemüse fast ein Drittel aus. Bei Kaninchenfleisch und Honig erbrachten sie nahezu das gesamte Aufkommen, bei Eiern mehr als 44 Prozent.

Die damit erzielten Einkünfte, die in Verbindung mit der regulären Entlohnung erkennbar über den Möglichkeiten des durchschnittlichen Industriearbeiters lagen, waren aber nur ein Aspekt. Mit dem erfolgreichen Aufbau einer persönlichen Hauswirtschaft, die oftmals nicht auf die vorgesehene Fläche beschränkt blieb, wurden die Inhaber zum Teil wieder das, was sie oftmals schon zuvor gewesen waren: landwirtschaftliche Unternehmer. Zwar blieb die Hauswirtschaft Nebenerwerb und ihre Betreiber „Genossenschaftsbauern“, doch



(Foto: Bundesarchiv 1985/1212/1N/1212)

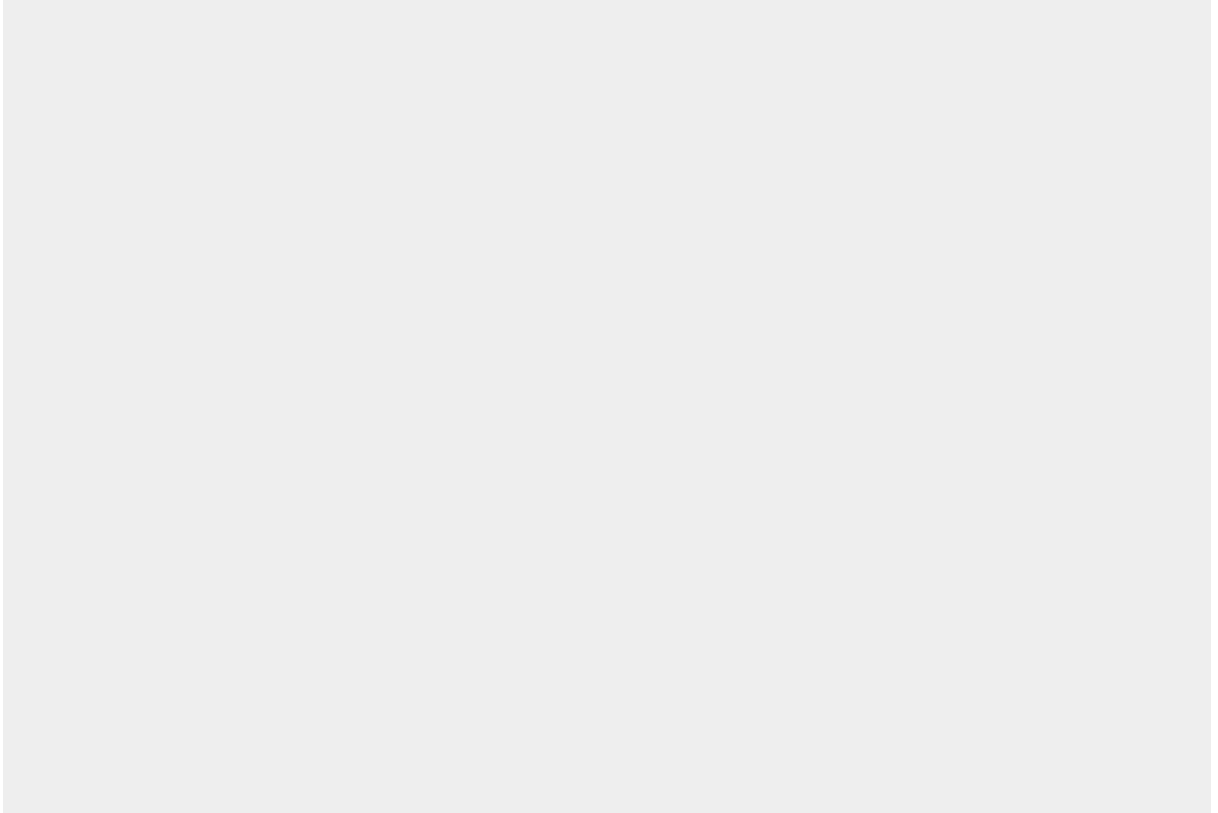
1985: Festtagsbraten/2230 Kaninchen – vorwiegend aus privaten Hauswirtschaften – werden täglich im VEB Thüringer Fleischkombinat, Betrieb Geflügelschlacht und -verarbeitung Schleusingen, geschlachtet, verpackt und an Geschäfte oder Kühlhäuser geliefert. Derzeit ist wegen der Festtagsversorgung Hochbetrieb an den Schlachtstrecken des Betriebes.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

konnten sie hier überliefertes Wissen aktiv nutzen und Reste einzelbäuerlicher Mentalität bewahren. Der angestrebten sozialen Homogenisierung der Landbevölkerung wirkten diese Erscheinungen unübersehbar entgegen. Eine „sozialistische Menschen-gemeinschaft“, wie sie die SED-Führung wiederholt gefordert hatte, war so natürlich nicht zu realisieren.

Daneben häuften sich bald die Klagen, dass viele LPG-Mitglieder ihre Arbeitskraft vor allem auf den Parzellen einsetzen und

der Gemeinwirtschaft dafür Futter oder Betriebsmittel entziehen würden. Doch auch hier griffen die bereits erläuterten Mechanismen. Da die Hauswirtschaften ihre Eigner letztlich auch an die jeweilige Produktionsgenossenschaft banden, da sie einen nicht unerheblichen Beitrag zum Gesamtaufkommen landwirtschaftlicher Produkte leisteten und da sie auf dem Wege des Eigenverbrauchs unmittelbar zur Bedürfnisbefriedigung der ländlichen Bevölkerung beitrugen, wurden derartige Verhaltensweisen zumeist stillschweigend toleriert. Der



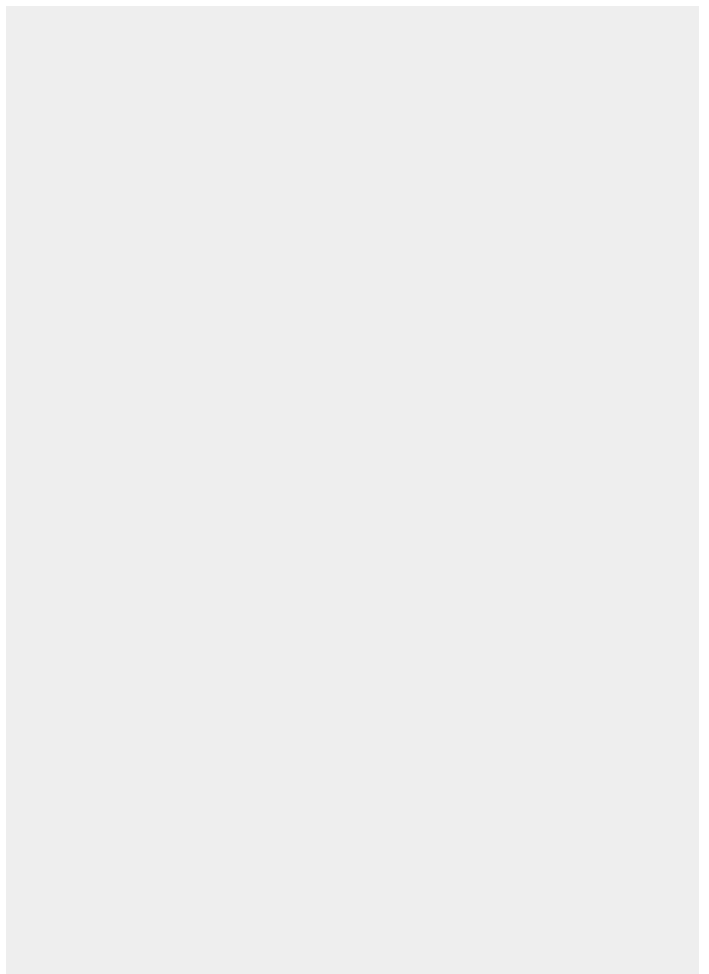
(Foto: Bundesarchiv L 1230/27N)

Nicht als Fleischbeilage für eine Silvesterfeier, sondern für den Export sind diese Schweineköpfe bestimmt (...). Fleisch- und Wurstwaren – speziell vakuumverpackte Ware – liefert das Fleischkombinat an die Hauptstadt und die Randgebiete. Am 1. Januar 1973 begeht das Fleischkombinat Berlin seinen 10. Jahrestag. Vorbildliche Planerfüllung und zusätzliche Produktion sind die Festtagsgeschenke der Werktätigen. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Machtanspruch der SED-Führung war totalitär, die soziale und ökonomische Realität in den Dörfern war jedoch weitaus komplizierter und differenzierter, als dies die „Klas-

siker“ des Marxismus-Leninismus vorhergesehen hatten. Daran sollte sich auch im letzten Jahrzehnt der DDR wenig ändern.

Die Achtzigerjahre: Kurskorrekturen

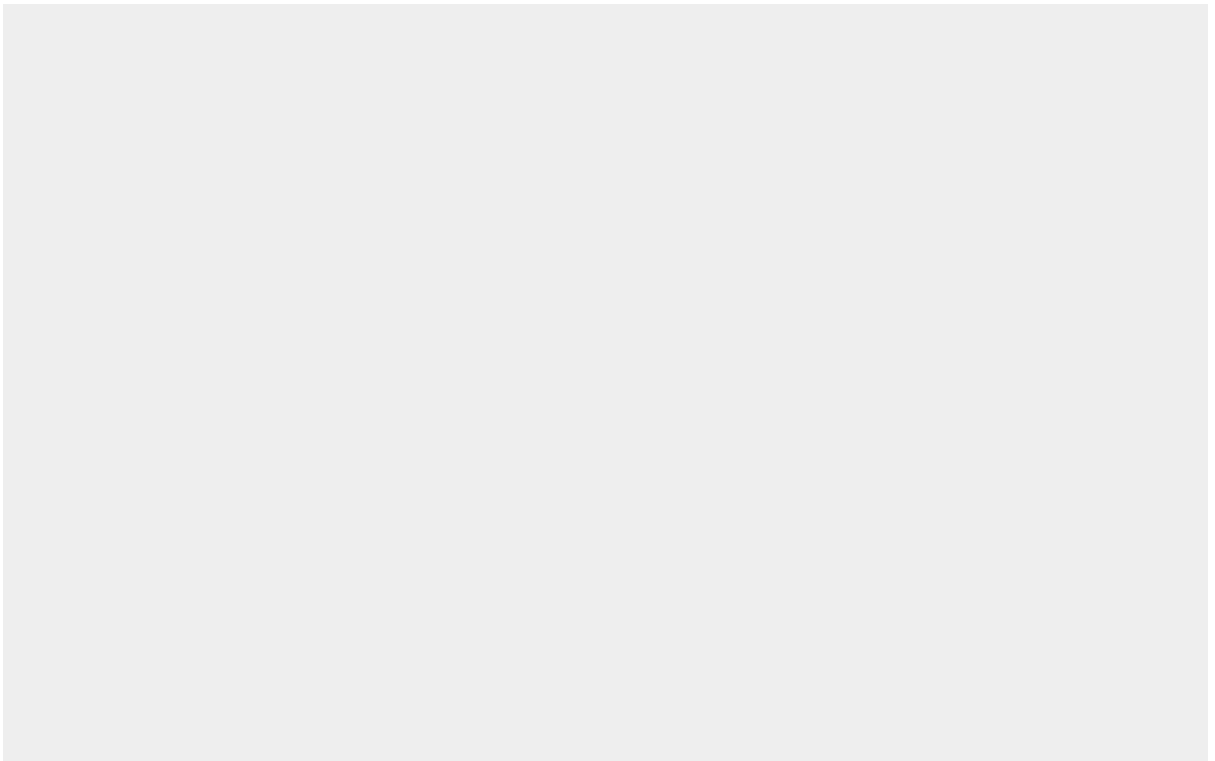


(Foto: Bundesarchiv 102 044 002)

Langsame Veränderungen. Kosten, Erträge, Umwelt

Bereits am Ende der Siebzigerjahre hatte die SED-Führung die negativen Auswirkungen ihrer Agrarpolitik erkannt und den Kurs der bedingungslosen Spezialisierung verhalten abgebremst. Die Lücke zwischen dem betriebenen Aufwand und den er-

zielten Produktionszuwächsen war immer größer geworden, die enorm gestiegenen Kosten und die unübersehbaren Krisensymptome ließen eine Kursänderung letztlich unausweichlich werden. Doch erst ab dem Beginn des folgenden Jahrzehnts, nachdem 1981 mit dem Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED, Gerhard Grüneberg, der herausragende Vertreter der bisherigen Agrarpolitik verstorben war, zeichneten sich substanzielle Veränderungen ab. Statt Spezialisierung stand nun wieder Kooperation im Zentrum der Bemühungen, und 1986 sollte Erich Honecker gar fordern, „die zeitweise vorhandene Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion zum



(Foto: Bundesarchiv U 0627/12N)

1979: Umgestaltet wird gegenwärtig die gesamte Milchviehanlage im VEG (T) Pritzier im Kreis Hagenow. Ohne die Produktion zu unterbrechen, werden modernste Stallplätze sowie Tierbehandlungs- und Melkstände in den vorhandenen Stallanlagen errichtet. Statt bisher 260 Kühe sollen nach Abschluß der Rekonstruktionsarbeiten 960 Kühe untergebracht werden.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Nutzen der Bauern zu überwinden“. Am Grundprinzip dieser Trennung sollte sich bis 1990 zwar nichts ändern, doch zwang der ökonomische Niedergang des Landes zu einem sehr viel realitätsbezogeneren Handeln, als das bisher der Fall gewesen war.

Die Verschuldung der DDR im nicht-sozialistischen Ausland hatte sich seit Honeckers Machtantritt im Jahr 1971 nahezu verzehnfacht, im ökonomischen Systemwettbewerb konnte das Land schon aufgrund unzureichender Innovationen kaum noch bestehen und auch die Sowjetunion war immer weniger willens und in der Lage, den ostdeutschen Staat durch finanzielle Zugeständnisse oder Hilfslieferungen zu entlasten. Fast die gesamte Volkswirtschaft zeigte Krisenerscheinungen; im Jahr 1982 stand die DDR am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund erfolgte die abermalige Modifizierung der agrarpolitischen Handlungsstrategien. Für ideologisch bedingte Feldversuche fehlten jetzt die finanziellen Spielräume; Pragmatismus und Effizienz mussten fortan im Mittelpunkt stehen. Das war schon deshalb notwendig, weil die erhofften Positivfolgen der Spezialisierung durch die hohen finanziellen Aufwendungen für die landwirtschaftliche Gigantomanie mehr als aufgehoben wurden. Wachsende Kosten für die großbetriebliche Struktur, die Fremdbestimmung der LPG durch eine extrem zentralisierte, starre Planwirtschaft, die nahezu uneingeschränkte Unterordnung der Ökologie unter die Ökonomie – all dies forderte einen Tribut, den die DDR nicht mehr aufzubringen vermochte.

Bereits im Mai 1981 forderte die SED-Spitze daher, die zuvor getrennten Sektoren

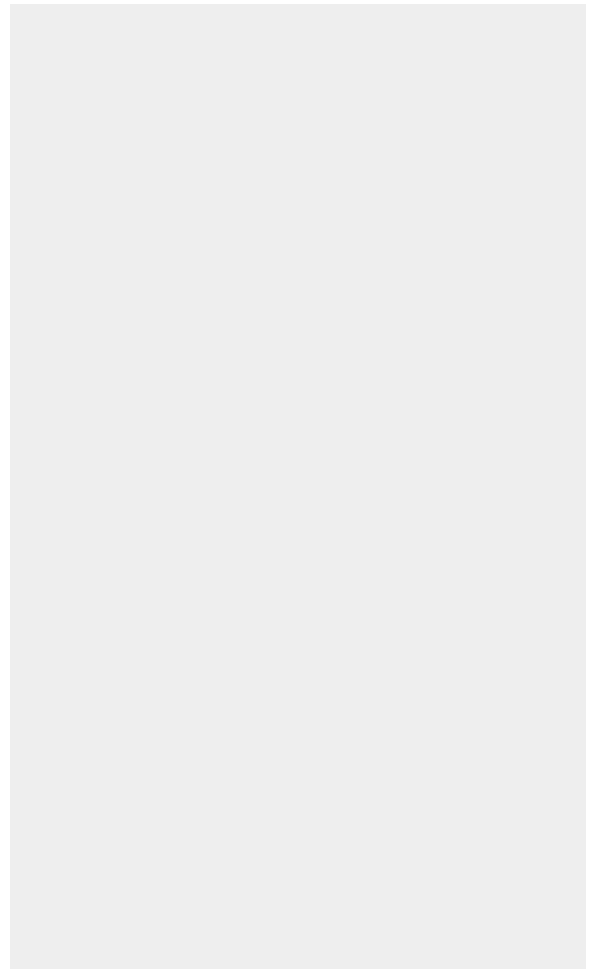
der agrarwirtschaftlichen Produktion wieder enger zusammen zu führen. Die Spezialisierung hatte sich als Fehlschlag erwiesen, die Folgeprobleme waren immens. In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre war der Ertragszuwachs noch überproportional gestiegen, doch schon Mitte des Jahrzehnts stagnierte er und war in der zweiten Hälfte tendenziell rückläufig. Vor allem bei Hackfrüchten, insbesondere bei Kartoffeln und Zuckerrüben, aber auch bei Grün- und Silomais war dieser Trend unübersehbar. Damit aber fehlten wiederum wichtige Grundlagen für die tierische Produktion, was sich am offensichtlichsten im Rückgang des Bestandes an Milchkühen niederschlug. Seit der Kollektivierung hatten die politisch Verantwortlichen darauf hingearbeitet, das Land von Importen unabhängig zu machen und somit knappe Devisen zu sparen. Nun erwies sich, dass dieses Ziel unter den bestehenden Maßgaben nicht zu erreichen sein würde. Dazu trug auch der allgemeine Mangel an Industriegütern unmittelbar bei. Denn die Bevölkerung konzentrierte sich aufgrund fehlender Alternativen auf den Konsum von Lebensmitteln. Deren Subventionierung stieg zwischen 1983 und 1988 von 12 auf über 30 Milliarden Mark im Jahr und fiel dem Staatshaushalt so massiv zur Last.

Aus den steigenden Kosten folgte nahezu zwingend eine Verringerung der Investitionen. Zwischen 1974 und 1988 betrugen die Einschränkungen annähernd 20 Prozent, ein zunehmender Modernisierungsrückstand war die Folge. Auch der Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen, etwa an Traktoren und Mähdreschern, ging im Verlauf der Achtzigerjahre zurück. Dies und der permanente Mangel an Ersatzteilen führten zu einer längeren Nutzungsdauer bzw. zu einer späteren Aussonderung aus

dem vorhandenen Bestand, was zwangsläufig in erhöhtem Kraftstoffverbrauch, unnötigen Ernteverlusten und steigenden Produktionskosten gipfelte.

Mit der Schaffung neuer Rahmenbedingungen sollten die vielfältigen Negativercheinungen möglichst kurzfristig beseitigt werden. Sowohl Fachleute als auch Partei- und Staatsführung suchten intensiv nach möglichen Auswegen aus der Misere. Die Ablösung des Ministers für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Heinz Kuhrig, sowie des entsprechenden Abteilungsleiters im ZK der SED, Bruno Kiesler, signalisierten im Jahr 1982 die Entschlossenheit, die bisherige Politik zu modifizieren. Offensichtlichster Ausdruck dieses Bemühens wurde aber eine umfassende Agrarpreisreform, die ab dem 1. Januar 1984 in Kraft trat. Im Gegensatz zu manch früherer „Reform“ beruhte sie auf relativ umfangreichen Vorarbeiten, auf praktischen Erkenntnissen und realitätsnahen Berechnungen. Ihr Herzstück war die Streichung von direkten Subventionen bei gleichzeitiger Anhebung der Aufkauf- und Bezugspreise. Die landwirtschaftlichen Produzenten erzielten für ihre Erzeugnisse nun noch höhere Vergütungen, mussten im Gegenzug jedoch mehr für den Erwerb von Produktionsmitteln zahlen. Auf diese Weise sollten Leistungsanreize geschaffen, Sparsamkeit stimuliert und der Staatshaushalt entlastet werden. So sanken die Beihilfen für Reparaturen und Ersatzteile im Bereich der Pflanzenproduktion um 50 Prozent, der Preis für Dieselmotorkraftstoff stieg parallel dazu um mehr als 150 Prozent. Die beträchtlichen Mehrbelastungen wurden durch die ebenfalls gestiegenen Aufkaufpreise kompensiert. Bei Weizen lagen diese nun um 83, bei Zuckerrüben um 79 und bei Kartoffeln um 74 Prozent höher als zuvor. Den deutlich-

ten Anstieg erlebten jedoch die Futtermittelpreise. So kostete Fischmehl nun fast dreimal und Sojaschrot mehr als doppelt so viel wie vor der Preisreform. Futter war in der DDR immer knapp gewesen und musste (zum wesentlichen Teil gegen Devisen) importiert werden, hier sollten daher die größten Spareffekte erzielt werden.



(Foto: Bundesarchiv J 1112/203/1N)

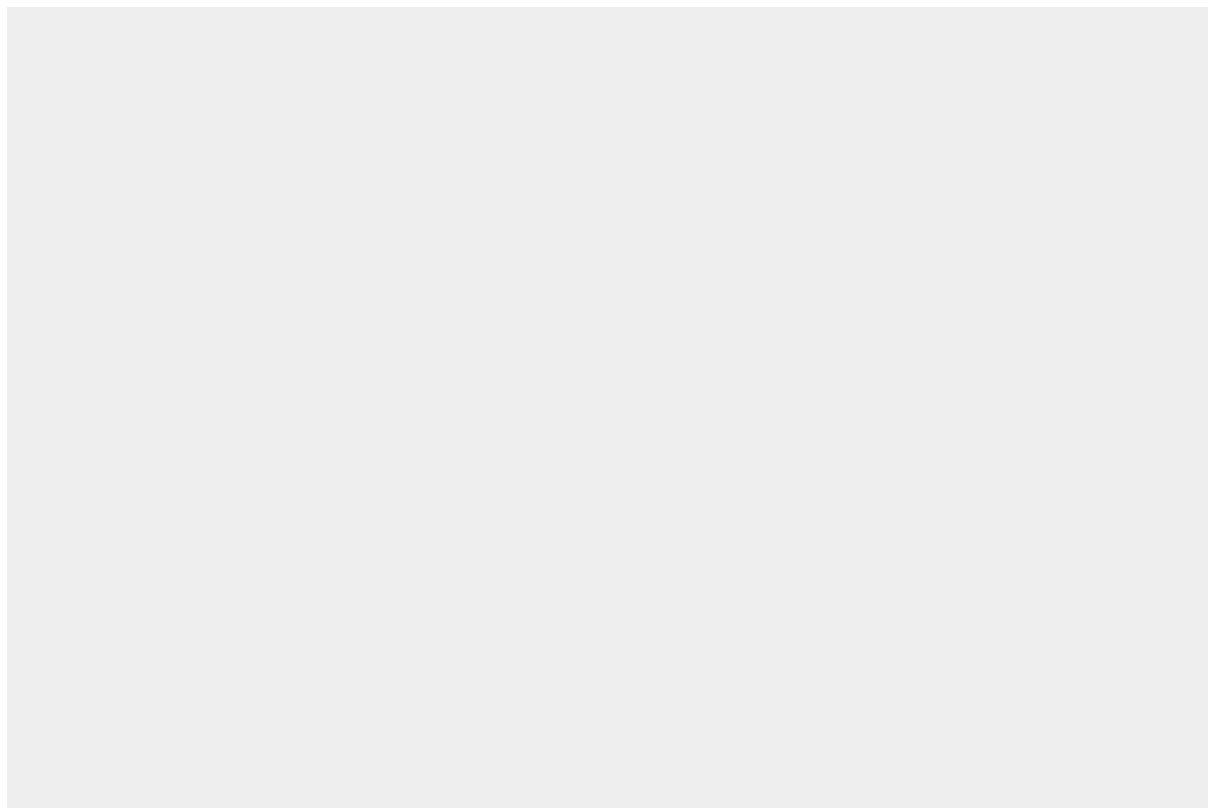
1970: Bez. Suhl: Bullenmastanlage Römhild. Traktoren mit Spezialanhängern bringen Häckselgut an die Rampe der Förderanlage, die in Minutenschnelle eine Ladung nach der anderen in die Hochsilos der Römhilder Bullenmastanlage befördert.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Ökonomisch erbrachte die Reform beachtliche Erfolge. Eine Vielzahl der Betriebe konnte trotz sinkender Subventionen steigende Einnahmen verbuchen; ihre Situation verbesserte sich zum Teil beträchtlich. Auch die persönlichen Hauswirtschaften profitierten und konnten sowohl die erzielten Gewinne als auch ihren Anteil am Gesamtaufkommen agrarischer Erzeugnisse erhöhen. Diese positive Entwicklung wurde durch eine vorsichtige Dezentralisierung der agrarischen Produktion gestützt. Die Gigantomanie der letzten beiden Jahrzehnte galt nicht länger als Leitbild der Agrarpolitik. Zwar sollte jede der 1.145 LPG (P) im

Jahr 1986 noch immer durchschnittlich 4.500 ha bearbeiten und 240 ständige Arbeitskräfte beschäftigen, doch wurde innerhalb der Gemeinwirtschaften sowie der zwischenbetrieblichen Einrichtungen nun auf kleinere Produktionseinheiten mit kleineren Einsatzgebieten orientiert. Das „Territorialprinzip“ sollte wieder gestärkt, die hohen Transport- und Anfahrtkosten gesenkt und so eine bessere Identifikation der Mitglieder mit ihrer Arbeit gewährleistet werden.

Eine derartige Rücknahme von Fehlentwicklungen, die von der SED-Spitze zuvor forciert worden waren, kann als wesent-



(Foto: Bundesarchiv U 0205/11N)

Erfurt: Eine Ausbildung als Landmaschinenschlosser erhalten 25 Jugendliche aus der VDR Laos gegenwärtig in der Betriebsschule des Kombinats für landtechnische Instandsetzung in Kleinfurra, Kreis Nordhausen. In drei Lehrjahren eignen sich die angehenden Facharbeiter Kenntnisse in der Metallbearbeitung an und sammeln bei Einsätzen in Instandsetzungskollektiven praktische Erfahrungen.

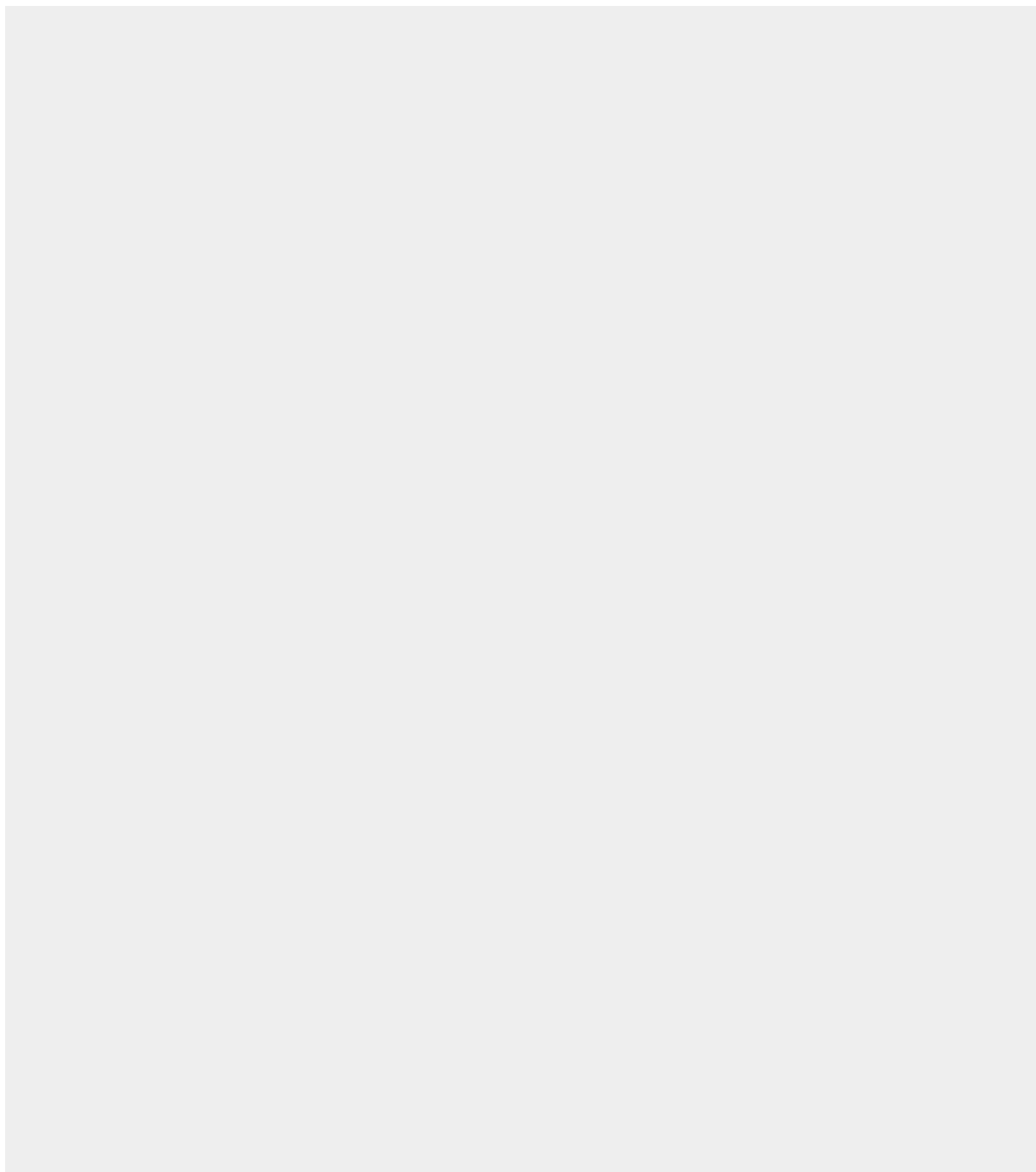
(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

liches Merkmal der Achtzigerjahre angesehen werden. Ab Oktober 1983 wurden in den Dörfern Kooperationsräte gebildet, mit deren Hilfe die Zusammenarbeit zwischen der Pflanzen- und der Tierproduktion koordiniert werden sollte. Zu offensichtlich waren die negativen Auswirkungen der willkürlichen Trennung beider Sektoren. Den Räten, die neben den ebenfalls integrierten VEG zumeist eine LPG (P) und vier LPG (T) vertraten, oblag es nun, die Produktion wieder gemeinschaftlich zu planen und zu leiten. Auch von der vorgesehenen und teilweise bereits praktizierten Schaffung von „Zentraldörfern“ und „Agrostädten“ rückte die politische Führung nun ab. Nicht mehr die einseitige Förderung einzelner Gemeinden (bei gleichzeitiger Vernachlässigung aller anderen) stand im Mittelpunkt, sondern der Wille zur allgemeinen, möglichst umfassenden Modernisierung des ländlichen Lebensraumes. Die Reaktivierung der zuvor nahezu bedeutungslosen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und die ihr zugestandenen Mandate in der Volkskammer symbolisierten darüber hinaus eine stärkere Berücksichtigung dörflicher Belange auf der politischen Ebene.

Doch die aus den vorherigen Jahren resultierenden Probleme konnten damit nur zum Teil gelöst werden. Insbesondere die „industriemäßigen Produktionsmethoden“ brachten nun immer größere Folgeprobleme hervor. Durch den Einsatz der überdimensionierten, schweren Technik war mehr als die Hälfte der Nutzfläche unterbodenverdichtet: durch den außerordentlich hohen Druck war das Erdreich in etwa 30 bis 40 Zentimeter Tiefe derart verhärtet, dass sich hier eine Sperrschicht bildete. Sie behinderte die Belüftung der Wurzeln ebenso wie die Wasser- und Nährstoffaufnahme der Pflanzen. Hinzu kamen schwere Ero-

sionsschäden, die Abtragung fruchtbarer Bodenschichten durch Wind und Wasser, da Raine und Wege umgepflügt und Feldbegrenzungen wie Hecken entfernt worden waren. All dies wirkte sich negativ auf das Wachstum der Feldfrüchte aus – Ertragsminderungen waren die unvermeidliche Folge.

In den Großstallanlagen gestaltete sich neben der hohen Krankheits- und Sterblichkeitsrate der Tiere vor allem die Entsorgung der anfallenden Abwässer und Exkreme zu einem kaum noch beherrschbaren Problem. Allein das Abwasseraufkommen einer Milchviehanlage mit 2.000 Rindern entsprach dem einer Stadt mit etwa 25.000 Einwohnern. Die „Gülle-Seen“ belasteten die Umwelt schwer. Mangelnde Lagerkapazitäten führten zu ungeklärtem Einleiten in Gewässer oder zur übermäßigen Verbringung auf Feldern und Grünflächen. Die Hälfte aller anfallenden Gülle wurde auf nur 10 Prozent der Nutzfläche verteilt, zumeist in unmittelbarer Nähe der Großanlagen. In vielen Fällen war die daraus folgende, massive Umweltschädigung am schlechten Zustand der dortigen Wälder deutlich ablesbar. Verstärkt wurden derartige Erscheinungen durch die ungezügelte Chemisierung der Landwirtschaft. So wurden schon am Beginn des Jahrzehnts je Hektar Ackerfläche 40 bis 50 Prozent mehr Pflanzenschutzmittel als in der Bundesrepublik ausgebracht, der Einsatz von Agrarflugzeugen berücksichtigte die Standortbedingungen nur ungenügend und in den Agrochemischen Zentren, von denen sich etwa ein Drittel in Trinkwasserschutzzonen befand, lagerte mehr als eine Million Tonnen Düngemittel ständig unter freiem Himmel. Wasser und Wind wirkten vollkommen unbehindert darauf ein. Die Folgen sind zum Teil bis heute zu spüren.



(Foto: Bundesarchiv H 0417/15/1N)

1969/Frankfurt/Oder: Ammoniak-Flüssigdüngung im Oderbruch.

Erstmalig 60 Tonnen flüssiges Ammoniak hat die Kooperationsgemeinschaft Altzeschdorf im Komplex mit der Saatbettvorbereitung ausgebracht. Auf unserem Foto bearbeiten die Genossenschaftsbäuerinnen und Bauern der LPG Mallnow, Kooperationsgemeinschaft Altzeschdorf, mit ungarischen Radschleppern (D 4 KB) das Saatbett für Zuckerrüben vor.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Endzeitstimmung

Im Verlauf der Achtzigerjahre hatte sich die Landwirtschaft wieder einmal spürbar gewandelt. Das Ausmaß dieser Veränderungen entsprach aber keineswegs jenen Forderungen, die sowohl in den Dörfern als auch von einzelnen Spitzenfunktionären immer wieder erhoben wurden. Weder wurde die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion aufgehoben, noch die „industriemäßige Produktionsweise“ grundlegend in Frage gestellt. Zu sehr hätten derartige Schritte die ideologischen Grundfesten der Monopolpartei in Frage gestellt. Dennoch markierte das letzte Jahrzehnt der DDR erstmals eine Trendwende. Zuvor waren die jeweiligen Zielstellungen der Machthaber mit Hilfe von mehr oder weniger gut inszenierten Kampagnen und gegen jegliche Widerstände durchgesetzt worden, nun rückten landwirtschaftliche Rationalitätskriterien stärker in den Mittelpunkt. Das hatte jedoch nur begrenzt mit Lernprozessen zu tun, vielmehr zwangen die negativen Auswirkungen von mehr als 30 Jahren SED-Agrarpolitik dazu ebenso wie die ökonomisch bedenkliche Lage des Landes.

Das Leben in den Dörfern war abermals nicht von den Transformationsprozessen unberührt geblieben. Die Arbeitsorganisation hatte sich inzwischen fundamental verändert. Nachdem bereits mit der einseitigen Orientierung auf die LPG Typ III die gemeinschaftliche Viehhaltung Einzug gehalten hatte, wurde in den Großanlagen nun oft im Schichtbetrieb rund um die Uhr gearbeitet. An die Stelle der selbstverantwortlichen Landwirte traten endgültig abhängige Lohnempfänger. Die von der SED häufig zitierte „Klasse der Genossenschafts-

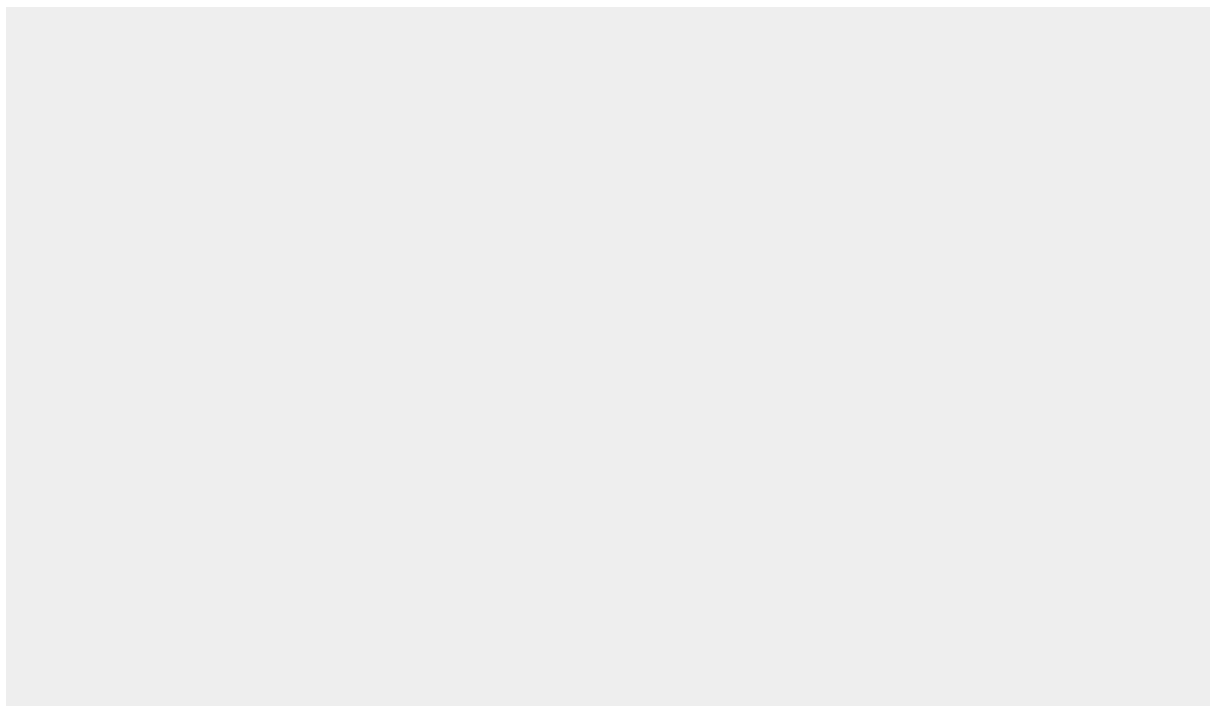
bauern“ blieb jedoch Fiktion. Zu unterschiedlich waren die regionalen Besonderheiten, zu präsent die Jahrhunderte alten Traditionen, als dass eine solche „Klasse“ innerhalb von wenigen Jahrzehnten hätte konstruiert werden können. Nicht zuletzt die persönlichen Hauswirtschaften sorgten dafür, dass Reste bäuerlicher Eigenständigkeit trotz des Abbrechens der Hoftradition gewahrt blieben.

In den LPG, VEG und anderen „sozialistischen“ Betrieben war die Arbeit nun vornehmlich in Brigaden organisiert. Sie waren in allen Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion zu finden, und auch sie erfuhren eine zunehmende Spezialisierung. Hatten zunächst nur Arbeitskollektive für Feldbau und Viehwirtschaft bestanden, so differenzierten sich vor allem die letzteren beständig weiter. Damit einher ging eine Spezialisierung der Berufsausbildung, in deren Folge sich zwar das jeweilige Spezialwissen vertieft, die Kenntnisse um landwirtschaftliche Gesamtzusammenhänge oftmals jedoch schwanden. Ein angehender „Facharbeiter für Tierproduktion“ lernte zwar in aller Ausführlichkeit Rinder, Schweine sowie andere Nutztiere und deren Bedürfnisse kennen, die Notwendigkeiten der pflanzlichen Produktion blieben ihm zumeist aber verschlossen.

Obwohl sich im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten die Anzahl der Beschäftigten im agrarischen Sektor bereits seit Mitte der Siebzigerjahre wieder erhöht hatte, boten sich nun auch für die Dorfbewohner Alternativen zur Arbeit in der Landwirtschaft. Die wachsende finanzielle Potenz der LPG einerseits und der beständige Mangel an industriellen Gütern andererseits hatten dazu geführt, dass in vielen Gemeinden und kleineren Städten Ferti-

gungsstätten entstanden waren, die – oftmals unter Trägerschaft des örtlichen Landwirtschaftsbetriebes – verschiedenste Produkte herstellten. Damit erhöhte sich nicht nur das Warenangebot, sondern es eröffnete sich zugleich die Möglichkeit, in weniger arbeitsintensiven Zeiten überzählige Arbeitskräfte sinnvoll einzusetzen. Auch hier waren Brigaden und Schichtsystem eher die Regel als die Ausnahme. Ebenso wie zahllose LPG-Mitglieder wohnten viele der ständig Beschäftigten dieser Betriebe in Wohnungen, die von den Produktionsgenossenschaften errichtet oder rekonstruiert worden waren; allein zwischen 1971 und 1983 belief sich deren Zahl auf etwa 170.000 Unterkünfte.

Insgesamt entsprachen die an die landwirtschaftliche Arbeit geknüpften Sozialleistungen den allgemeinen Gepflogenheiten. Zugleich spiegelte sich in ihnen der politisch gewollte Wandel des bäuerlichen Berufsbildes. Die Wochenarbeitszeit war klar begrenzt, grundsätzlich galt die Fünf-Tage-Woche, Urlaubsanspruch bestand ebenso wie das Recht auf bezahlte Freistellung bei Krankheit. Betriebseigene Küchen stellten preisgünstiges Essen zur Verfügung und die Unterbringung der Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen war zumeist gesichert. Darüber hinaus verbesserten zahlreiche Zulagen, Prämien und Naturalzuwendungen die Einkünfte. So willkommen diese Sozialleistungen auch



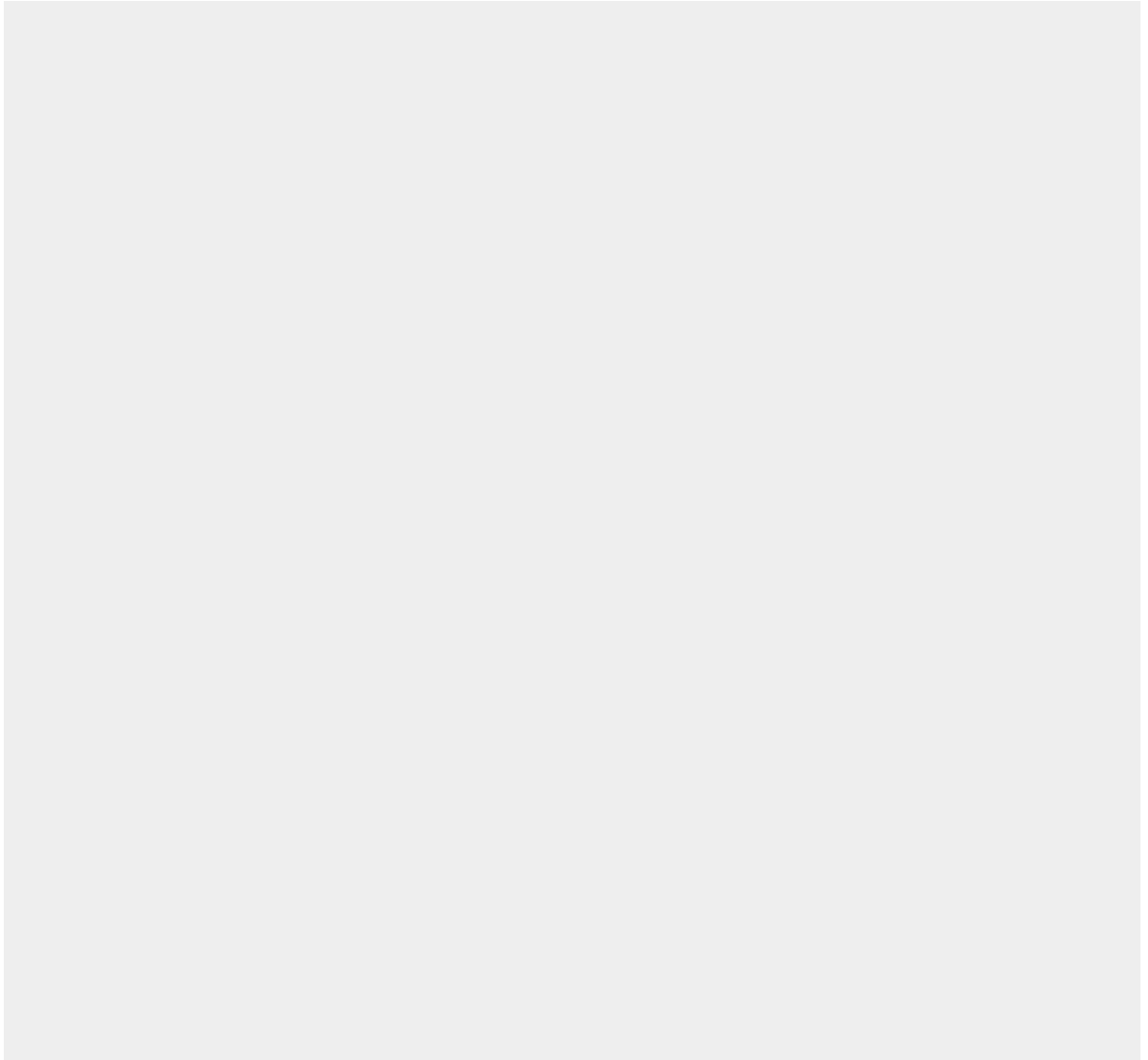
(Foto: Bundesarchiv M 0905/16N)

1973: Gute Versorgung/Für ein umfangreiches Angebot für die Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in Königsborn sorgt die Konsumgenossenschaft Burg. Insbesondere der Kombinebesatzungen auf den Feldern gilt ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge. Täglich fahren Versorgungsfahrzeuge des Konsums mit Lebensmitteln und Getränken zu den Komplexen.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

waren – der Staat konnte sie sich nicht mehr leisten. Das war spätestens 1983/84 klar, als die Zahlungsunfähigkeit der DDR nur mit Hilfe von Milliardenkrediten aus der Bundesrepublik verhindert werden konnte. Dem hätte eine drastische Reduzierung der Ausgaben folgen müssen, doch nichts

fürchteten die Machthaber mehr, als den Unmut breiter Bevölkerungsteile zu wecken. Auch die Ereignisse vom Juni 1953 hatten sich zunächst an finanziellen Kürzungen entzündet und waren dann sehr schnell zu einem Volksaufstand gegen das SED-Regime umgeschlagen. Und genau hier lag



(Foto: Bundesarchiv M 0901/10N)

1973: Die Genossenschaftsbauern der Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion Großenhain haben in diesen Tagen alle Hände voll zu tun bei der Einlagerung der Kartoffeln. – Den Arbeitern der Kartoffelannahmestelle wurde ein neues Sozialgebäude übergeben.

(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

das Problem. Die allein herrschende Partei hatte sich die Ruhe im Land seit dem Mauerbau nicht zuletzt durch die soziale Absicherung der Bevölkerung erkaufte. Mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte die Überlegenheit des eigenen Systems bewiesen werden. Doch das funktionierte nicht. Die marode Planwirtschaft war immer weniger in der Lage, die dafür notwendigen Mittel aufzubringen.

Als sich die greise SED-Spitze auch noch den immer deutlicher hörbaren Forderungen nach politischen Reformen verschloss und so die notwendige Unterstützung der sowjetischen Schutzmacht verlor, kam das Ende schnell. Davon blieb auch die Landwirtschaft nicht verschont. Verschiedenste Interessengruppen suchten im Prozess der staatlichen Vereinigung jeweils günstige Vorbedingungen für die kommende Entwicklung zu schaffen. Letztlich setzte das Land-

wirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990 jenen rechtlichen Rahmen, unter dem der agrarische Sektor der DDR in die Marktwirtschaft überführt werden sollte. Bei dessen Umsetzung traten zahlreiche Fehlprognosen, Unzulänglichkeiten und offene Fragen zu Tage, die für Unfrieden in nicht wenigen Dörfern sorgten und bis heute gerichtliche Auseinandersetzungen provozieren. Doch obwohl in einigen Punkten noch immer dringender Handlungsbedarf besteht, darf der Transformationsprozess insgesamt wohl als Erfolg angesehen werden. In den ostdeutschen Bundesländern hat sich eine moderne Agrarwirtschaft etabliert. Noch immer wirken die großflächigen Strukturen aus DDR-Zeiten nach, doch haben sich daneben auch zahlreiche kleinere Betriebe unterschiedlichster Art etabliert. Gerade in dieser Vielfalt dürften die besten Chancen für die Zukunft liegen.

Weiterführende Literatur

Theresia Bauer,
Blockpartei und Agrarrevolution von
oben.
Die Demokratische Bauernpartei
Deutschlands 1948 – 1963,
München 2003.

Arnd Bauerkämper (Hg.),
„Junkerland in Bauernhand“?
Durchführung, Auswirkungen und
Stellenwert der Bodenreform in der
Sowjetischen Besatzungszone,
Stuttgart 1996.

Arnd Bauerkämper,
Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur.
Zwangsmodernisierung und Tradition
in Brandenburg 1945 – 1963,
Köln 2002.

Antonia Maria Humm,
Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf?
Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt
in der DDR und der Bundesrepublik
Deutschland 1952 – 1969,
Göttingen 1999.

Ulrich Kluge/Winfrid Halder/
Katja Schlenker (Hg.),
Zwischen Bodenreform und
Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte
der „sozialistischen Landwirtschaft“ in
der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in
die fünfziger Jahre,
Stuttgart 2001.

Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/
Gunter Holzweißig (Hg.),
Die Endzeit der DDR-Wirtschaft.
Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und
Umweltpolitik,
Opladen 1999.

Patrice G. Poutrus,
Die Erfindung des Goldbroilers.
Über den Zusammenhang zwischen
Herrschaftssicherung und Konsum-
entwicklung in der DDR,
Köln 2002.

Barbara Schier,
Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“.
Merxleben und seine LPG im
Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik
1945 – 1990,
Münster 2001.

Jens Schöne,
Landwirtschaftliches Genossen-
schaftswesen und Agrarpolitik in der
SBZ/DDR 1945 – 1950/51,
Stuttgart 2000.

André Steiner,
Von Plan zu Plan.
Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR,
München 2004.
